Nr. 161 März/April 2011

Dr. zeck

Die garantiert selbst kopierte Doktorarbeit aus der Flora rechnet möglichen Investoren vor

Neue Erkenntnisse nach 1 Million Sachschaden wegen Berliner Liebigräumung:

Was kostet die Rote Flora?



0,2 Millionen Senat 2001

1,2 Millionen Senat 2011

5 Millionen Kretschmer

19,3 Millionen Bild

Unbezahlbar!

autonome gruppen

Vorwort

Werte Leser_innenschaft,
erstmal: Danke, danke, danke!!! Wir haben einige finanzielle Spritzen bekommen und auch an zuckriger Nervennahrung hat es nicht gefehlt. Und, was mindestens genauso wichtig ist: Uns haben diesmal endlich wieder viele Beiträge erreicht - ihr seid also doch nicht der Winterstarre erlegen. So kann es aus unserer Sicht das ganze Jahr weitergehen ;).
Zunächst möchten wir hier einen Fehlerteufel der sich in die letzten Ausgabe geschlichen hat berichtigen: In der DOKU "NS_Täter sind keine Opfer!" handelt sich bei dem niedersächsischen Ort um Essel und nicht wie fälschlich abgedruckt um Esset! So, das hätten wir dann ja geklärt. Jetzt zu dieser Ausgabe:
Für den eigentlich oft trägen Jahresstart ist doch so einiges passiert: Das Positionspapier zur Unverträglichkeit der Flora ist fertig und es hat auch schon die erste VV zur derzeitigen Lage und dem perspektivischen Umgang mit Drohkulissen gegenüber dem Projekt stattgefunden. Auf einen Nenner kamen wir noch nicht, aber hey, es war immerhin ein Anfang. Im Gegensatz zur Flora, die sich jeglichen Kaufinteressen oder andersweitigen Vertäglichkeiten gegenüber sperrig zeigt habe wir einen Text der Korn in Hannover aufgenommen die sich dazu entschlossen haben das Projekt zu kaufen. Außerdem haben wir uns natürlich dem weniger freudigem Thema, der Räumung der Liebigstr. in Berlin, gewidmet. Der Unmut darüber hat (leider etwas spät) breite Wellen geschlagen, nicht zuletzt auch in Hamburg, und den Preis ordentlich in die Höhe getrieben.
Dann haben uns auch wieder 3 Doku's erreicht - zweimal wurden Nasen Hausbesuche abgestattet, einmal gab es Unmut über den Gentrifiezierungsprozess in der Schanze. Außerdem hat in der Bernhard-Nocht-Str. ein Bagger seine Erleuchtung gefunden und sich aktiv gegen den Umbau des Quartiers gewandt indem er sich außer Kraft setzte.
Ferner findet ihr mehrere Texte die sich mit Antirepression auseinandersetzen, den Kämpfen um Leestände, Umstrukturierung und Gentrifizierung und den Anti-Atom-Block. Auch einige andere Thematiken stehen für euch bereit. Aber das könnt ihr ja alles nachlesen.
So, und jetzt viel Spaß mit dem Heftchen - und bleibt so aktiv, auf dass sich auch die nächste Ausgabe wieder von ganz alleine füllt - das wär super!
Also dann, auf ein knackiges Frühjahr,

eure Prof. Dr. Dr. Zecken

Inhalt

Inhalt	Seite
Kurzes	3-5
Konflikt um die Rote Flora	6-8
Flora VV	8
Hausbesetzungen	8/9
We're not gonna take it!	10
Räumung Liebigstraße	11
38 Jahre UJZ Korn	12
Doku	13
Mal wieder was wagen	13
RAF	14
Anti-Repression	15/16
Info EA	16
Aus der Wüste	17
Gedanken zu Repression	18
Gefangenen-Info	19
Versammlungsrecht	20/21
Autonome VV	22/23
Autonomer Kongress	23/24
Oz-Prozeß	24
Solidarität Jüdische Gemeinde	25
Bündnis gegen Extremismusstudien	26
Kein Frieden	27/28
Anti-Atom	28-31
Flora Termine	Rückseite

Impressum

V.i.S.d.P.: K aus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20 48 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote ora, Schu terb att 7 , 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artike auf CDs mit bei iegendem Ausdruck, am besten a s Textdatei. Sie können nicht zurückgegeben werden. Artike im Heft geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionssch uss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck gibt es im örderabo für 0 Euro à drei Ausgaben. Ge d in einem Umsch ag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, K einer Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ä tere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Ge d).

Eigentumsvorbeha t: Die Zeitschrift b eibt so ange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbeha ts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur tei weise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Tei e - und nur diese - an den Absender mit ausführ icher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erb inden!). Eigendruck im Se bstver ag.

Zum unangemeldeten Anti-Knastspaziergang in HH

Am Dienstag den 16.11.10, sollte im Rahmen des Widerstandes gegen die Innenministerkonferenz (IMK) ein unangemeldeter Anti-Knastspaziergang stattfinden. Dieser sollte um den U-Haft Knast Holstenglacis gehen. Nachdem sich abzeichnete das die Bullen schon im Vorfeld massiv aufgefahren hatten (ca. 300 Bullen und 5 Wasserwerfer + Räumpanzer um den Knast verteilt) wurde der geplante Ablauf geändert und um kurz vor 18 Uhr sammelten sich Kleingruppen in den Wallanlagen vor der Knastmauer.

Ein großes Feuerwerk wurde gezündet, Böller und andere Fackeln abgebrand , Parolen gegen die Knäste und für die Freiheit aller Gefangenen gerufen und ein Redebeitrag gehalten der auch im Park und an anderen Orten noch an Passant_innen verteilt wurde. Einige zufällig anwesende Angehörige von Gefangenen zeigten sich begeistert und informierten sich über weitere Aktionen. Die ca. 60 Personen, mit Karnevals und anderen Masken verkleidet, bewegten sich in Richtung B. Lawschool. Auf dem G.H. Wall wurde der Feierabendverkehr noch ein wenig durch Rauch verlangsamt. Die Bullenpräsenz wurde immer größer und der Spaziergang zerstreute sich. Eine Gruppe von 40 Menschen die sich Richtung Vorderseite des Knastes bewegte wurde von den Bullen eingekesselt. Nach etwas hin und her wurden die Menschen mit einer Durchsuchung und Platzverweisen in die Nacht entlassen.

Unglücklicherweise wurden am Rande des Kessels noch 6 Menschen vorübergehend Festgenommen und in die Wache "Caffeemacherei" gebracht. Vielen dank an dieser Stelle an den EA und Prisoner-support. Auch wenn der Anti-Knastspaziergang nicht wie geplant stattfinden konnte, war es trotz des großen Bullenaufgebots möglich die Kundgebung am Knast unangemeldet durchzuführen. Viel mehr war an diesem Tag unter diesen Voraussetzungen leider nicht möglich aber vielen hat es wohl wie uns gefallen.

Auf der Seite der Bullen lassen sich seit dem Wochenende leichte Abnutzungserscheinungen feststellen: Die Überstunden zehren wohl an den Nerven. Nun ja, das soll nicht unser Problem sein.

Schon das viele da waren!

Für eine Welt ohne Knäste, Lager, Grenzen und jeden Staat! IMK versenken!

Einige die gegen Knäste (spaziert) sind

::

Anarchistischer Abend

Um unsere Ideen zu diskutieren, um Informationen auszutauschen, um Projekte und Kämpfe vorzustellen...

wollen wir zwei mal im Monat Raum für Anarchist_innen und Interessierte schaffen. Wir werden Mitstreiter_innen und Projekte aus anderen Städten und Ländern einladen, uns austauschen und diskutieren oder auch einfach mal einen Film gucken. Außerdem finden wir es wichtig Publikationen zugänglich zu machen und auszutauschen. Es wird also jedes Mal einen offenen Infotisch geben.

Wir würden uns auch freuen wenn der ein oder andere Abend von anderen Menschen mit ihren Themen und Ideen gefüllt/gestaltet werden würde.

Der Anarchistische Abend wird zwei mal im Monat jeden 1. und 3. Mittwoch um 19:30 Uhr im LIZ (Karolinenstr. - U2-Messehallen) stattfinden.

Wir freuen uns auf interessante Abende mit euch!

Anarchie und Freiheit!

Kontakt: a-abend@riseup.net

::

Dresden 2011

2011 versuchten die Nazis gleich zwei Mal in Dresden aufzumaschieren. Am 13. Februar protestierten 3000 AntifaschistInnen gegen 1500 Neonazis, eine Woche drauf am 19.2. verhinderten 20.000 DemonstrantInnen großteils über Blockaden den Aufmarsch der Nasen, die in wesentlich kleinerer Anzahl als erwartet anreisten.

Die Polizei ging nicht selten sehr rabiat (u.a. mit Gasgranaten und Pepperballs) gegen DemonstrantInnen vor, die Medien hingegen stürzen sich allein auf brennende Barrikaden. 200 Nazis griffen am Samstag den 19.2. abend ein alternatives Wohnprojekt in Löbtau an. Noch am gleichen Abend drangen knapp zwei dutzend Spezialkräfte der Polizei fälschlicherweise in das "Haus der Begegnung" im Stadtteil Pieschen ein, beschädigten die Einrichtung und nahmen 16 Personen vorläufig fest.

::

Hungerstreik Griechenland

“Ich möchte wie ein Mensch behandelt werden - wie die Griechen. Wenn wir Papiere bekommen, werde ich keine Angst mehr vor der Polizei haben und ich kann legal mit Versicherung arbeiten. Aber den größten Teil der Zeit denke ich nun: Was wird passieren, wenn der Staat keine Antwort gibt?” Arqal, einer der Hungerstreikenden in Athen

Seit mehr als vier Wochen befinden sich in Griechenland etwa 300 Migranten im Hungerstreik. Die meist aus Nordafrika stammenden Hungerstreikenden fordern die Legalisierung aller MigrantInnen und Flüchtlinge in Griechenland. Meistens langjährig in der griechischen Landwirtschaft beschäftigt haben sie dennoch nur minimale Aufenthaltsrechte - wenn überhaupt. Mittlerweile wirkt sich der Hungerstreik bedrohlich auf die Gesundheit einiger der Beteiligten aus: Von der Athener Gruppe wurden acht Personen ins Krankenhaus geschickt, in Thessaloniki ist eine weitere Person ebenfalls ins Krankenhaus eingeliefert worden.

Die griechische Regierung hat bisher nicht auf die Forderungen der Hungerstreikenden reagiert.

Um die Hungerstreikenden nicht weiter zu gefährden ist die Regierung aufgefordert, sofort zu handeln: "Der Hungerstreik ist eine entscheidende Phase getreten", kommentiert Reza Hosseini vom Netzwerk "Welcome To Europe". "Die Regierung hat die Forderung der Hungerstreikenden zu erfüllen muss jetzt ein Gesetz zu deren Legalisierung beschließen."

Angesichts der jüngsten Ankunft von mehr als 5.000 MigrantInnen auf Lampedusa, Italien, zeigt den Hungerstreik das völlige Versagen der europäischen Migrationspolitik. Der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl von 2008 verbot kollektive Legalisierungen. Das Dublin-II-System machte eine koordinierte Aufnahme und Verteilung von Migranten auf weitere europäische Staaten unmöglich, wie sich im Fall von Italien zeigt. In Griechenland hat Dublin II zu einem Kollaps des Asylsystems geführt. Eine grundlegende Änderung der Asylpolitik für Europa ist dringend notwendig: Dublin II muss weg!

Blogs der Hungerstreikenden und mehr Informationen:

Athen: hungerstrike300.blogspot.com

Thessaloniki: allilmap.wordpress.com

Die Vollversammlung der Hungerstreikenden im Janiuar 2011

Wir sind Migrantinnen und Migranten aus ganz Griechenland. Wir kamen hierher, vertrieben von Armut, Arbeitslosigkeit, Kriegen, Diktaturen. Die multinationalen Konzerne des Westens und ihre politischen Handlanger in unseren Heimatländern haben uns keine andere Wahl gelassen, als -zig mal unser Leben zu riskieren, um an Europas Pforte zu gelangen. Der Westen, der unsere Länder ausplündert, mit seinem unvergleichlich höheren Lebensstandard ist für uns die einzige Hoffnung, wie Menschen

zu leben. Wir kamen nach Griechenland (mit regulärer Einreise oder ohne), um zu arbeiten und um uns und unsere Kinder zu ernähren. Wir befinden uns in unwürdigen Zuständen und im Dunkel der Illegalität, damit die Arbeitgeber und die staatlichen Institutionen von der brutalen Ausbeutung unserer Arbeit profitieren. Wir leben von unserem Schweiß und mit dem Traum, eines Tages gleiche Rechte mit unseren griechischen Kollegen zu bekommen.

In der letzten Zeit ist die Situation für uns sehr schwierig geworden. Je mehr Löhne und Renten gekürzt werden, je teurer alles wird, desto mehr wird der Migrant als der Schuldige vorgeführt, als der Verantwortliche für die Verelendung und die brutale Ausbeutung der griechischen Erwerbstätigen und Kleinunternehmer. Die Propaganda faschistischer und rassistischer Parteien und Organisationen ist inzwischen die offizielle Sprache des Staates zum Thema Migration geworden. Ihre Phraseologie wird mittlerweile unverändert von den Medien wiedergegeben, wenn sie von uns sprechen. Ihre "Vorschläge" werden heute als Regierungspolitik verkündet. Mauer am Evros, Lagerhaft auf Schiffen und Euromilitär in der Ägäis, Pogrome und Überfallkommandos in den Städten, Massenabschiebungen. Sie versuchen die arbeitenden Griechen zu überzeugen, daß wir plötzlich eine Gefahr für sie darstellen, dass wir an dem beispiellosen Angriff, dem sie seitens ihrer eigenen Regierungen ausgesetzt sind, schuld sind.

Die Antwort auf diese Lügen und diese Barbarei muß jetzt gegeben werden und wir, die Migranten und Migrantinnen, werden sie geben. Wir setzen unser Leben aufs Spiel, um jetzt die Ungerechtigkeit zu unseren Lasten zu stoppen. Wir fordern die Legalisierung aller MigrantInnen, wir fordern gleiche politische und soziale Rechte und Pflichten mit den arbeitenden Griechen. Wir fordern von unseren griechischen arbeitenden Kollegen, von jedem Menschen, dem es jetzt wegen der Ausbeutung seines Schweißes schlecht geht, an unserer Seite zu stehen. Er soll an unserer Seite stehen, um nicht in seiner eigenen Heimat der Lüge und der Ungerechtigkeit, dem Faschismus und der absoluten Herrschaft der politischen und wirtschaftlichen Eliten das Feld zu überlassen. Dem also, was in unseren Heimatländern die Oberhand bekommen und uns zur Migration gezwungen hat, um in Würde leben zu können, wir und unsere Kinder.
Wir haben keine andere Wahl, unsere Stimme hörbar zu machen, damit Ihr von unserem gerechten Anliegen erfahrt. Dreihundert (300) von uns beginnen am 25. Januar in Athen und Thessaloniki einen gesamtgriechischen Hungerstreik. Wir bringen unser Leben in Gefahr, weil so oder so dieses Leben für einen Menschen mit Würde kein Leben ist. Wir ziehen es vor, hier zu sterben, als dass unsere Kinder das leben, was wir durchmachen mussten.

::

dokumentation 1
Wir haben in der Nacht vom 19. auf 20.02. dem Neonazi Steffen Holthusen, wohnt im Schlagboom in Bramfeld, Farbe auf Auto & Haus hinterlassen.
Und wir freuen uns, dass verschiedenste Aktivitäten am 19.02. in Dresden den Na-



zis die Suppe versalzt haben.
yeah!

dokumentation 2
In der Woche vor der Wahl haben wir mit einer Aktion auf den 46-jährigen Neonazi Thorsten Schuster aufmerksam gemacht. Schuster (Webdesigner) ist wohnhaft in der Gefionstrasse 24 und ist Mitglied der NPD (Platz 3 der Landesliste zur Bürgerschaftswahl). Er ist aktiv in der Hamburger Neonaziszene, sei es als Teilnehmer von Neonaziaufmärschen, Infoständen oder Aktionen und kandidiert zum wiederholten male für die NPD.
Wir haben mit mehreren Plakaten, mit seinem Foto drauf, die Nachbarn in der Gefionstrasse informiert, ausserdem haben wir sein Haus mit mehreren "Nazi" sprayings verschönert.



Denn Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!
Antifaschistische Aktivist*innen

::

Nachbereitung zu den anti-Siko-Protesten 2011

Am 04. und 05. Februar fanden auch dieses Jahr wieder die Proteste gegen die Nato-Sicherheitskonferenz in München statt.
Als Gruppen aus der linksradikalen Mobilisierung gegen die Siko wollen wir im Folgenden unsere Einschätzungen zu den gelaufenen Aktionen darlegen.
Eine Woche vor der Konferenz fand eine Jubeldemo der SDAJ statt, die durch die verkleideten Akteur_innen und die ironischen Parolen Aufmerksamkeit auf sich zog, vor allem bei der Abschlusskundgebung auf dem Marienplatz, die ein Bundeswehr-Gelöbnis karikierte. Ende Januar fand außerdem ein Antikriegs-Festival im Feierwerk mit etwa 500 Besucher_innen statt, das neben einigen Vorfeldaktionen einen wesentlichen Teil der Mobilisierung zu dem Protest-Wochenende darstellte.
Die Proteste begannen ansonsten auch dieses Jahr mit einem Repressionsmanöver: Am Mittwoch, den 2. Februar, durchsuchten 30-40 Bullen das autonome Zentrum Kafe Marat. Die Grundlage der Durchsuchung war ein Beschluss von Mitte Januar, der die Sicherstellung von Interim-Ausgaben zum Ziel hatte. Der gewählte Zeitpunkt der Durchsuchung war sicher kein Zufall - an dem Abend und dem Ort, an dem die Kundgebungsmittel des Blocks gefertigt werden sollten, zwei Tage vor Beginn der Siko, sollte die radikale Linke Münchens eingeschüchtert werden. Die anwesenden Aktivist_innen ließen sich aber nicht beirren. Nachdem sich die Bullen verpisst hatten, haben wir unsere Transpis und Schilder feritg gebastelt.
Am Freitag, den 4. Februar, fand von nachmittags bis abends eine Kundgebung des Bündnisses gegen die Nato-Sicherheitskonferenz mit Agit-Prop statt. Ein straßentheaterähnliches "Monopoly" der SDAJ, "Würfeln um die Welt", wurde auf dem Marienplatz aufgebaut. Plastisch sollte dargestellt werden, wie Konzerne mit Soldat_innen Länder besetzen und ausbeuten. Schautafeln um das "Spielfeld" herum gaben nähere und ernsthafte Informationen zu den besetzten Ländern. Im Anschluss gab's Musik und Kabarett auf dem Marienplatz. Die Teilnehmer_innenzahl blieb dabei recht begrenzt.
Die staatlichen Drohgebährden fanden zeitgleich im Osten der Münchner Innen-

stadt ihre Fortsetzung, wo eine Spontandemo am frühen Abend stattfinden sollte. Ganz Haidhausen wurde von den Bullen in einen Ausnahmezustand versetzt. Alleine im Umfeld des Orleansplatzes waren an die 40 Wannen postiert.
Am Samstag, den 5.Februar, kamen im Vergleich zum letzten Jahr erfreulicherweise deutlich mehr Menschen auf die Großdemonstration gegen die Siko. Das Bündnis gegen die Nato-Sicherheitskonferenz geht von über 5000 Teilnehmer_innen aus - ein klarer Erfolg der diesjährigen Mobilisierung. Im Anschluss an eine angenehm kurze Auftaktkundgebung formierte sich die Demo: Hinter einer Massendelegation des Bündnisses kam der internationalistische Block. Wir hatten uns dieses Jahr dafür entschieden, das Auftreten des Blockes offener zu gestalten: So lief die Blockspitze ohne Seitentransparente und ohne Ketten - sehr wohl aber in organisierten Reihen. Wir bewerten die Stimmung im Block, seine inhaltliche Ausrichtung und seine Außenwirkung als sehr positiv: Es waren viele gute Hochtransparente (u.a. zur Solidarität mit den Aufständischen in Tunesien und Ägypten) und massenhaft Schilder (v.a. mit der Parole "Gegen Krieg und Krise: Blockieren, Desertieren, Sabotieren, Generalstreik") im Block zu sehen und es wurden viele Parolen gerufen. Der Block in dieser Form war entschlossen, aber nicht abgeschlossen, sichtbar, laut, kreativ und selbstbewusst.
Auch die Anti-Siko-Demo als Ganzes hatte in diesem Jahr ein etwas anderes Gesicht: Die Präsenz zahlreicher politischer Migrant_innengruppen aus Ägypten, Äthiopien, Sudan und Afghanistan gaben der Demo insgesamt einen deutlich internationalistischeren Charakter, als dies die letzten Jahre der Fall gewesen war. Zahlreiche große Puppen und Agit-Prop-Aktionen bereicherten die Demo zusätzlich.

Zwei Probleme wollen wir hier dennoch thematisieren: Das erste hat mit der Zusammensetzung des Blocks in diesem Jahr zu tun, das zweite mit einzelnen Teilnehmer_innen der Demo, deren Auftreten uns dieses Jahr negativ auffiel:
Der Block war dieses Jahr innerhalb der autonomen Szene Münchens deutlich weniger breit getragen als in den Jahren zuvor. Wir haben es bedauert, dass die Zahl der beteiligten Münchner Gruppen trotz unserer wiederholten Anfragen, in die antimilitaristische Mobilisierung einzusteigen oder zumindest am internationalistischen Block selbst teilzunehmen, deutlich zurückgegangen ist. Dieser Umstand war aus unserer Sicht ein wesentlicher Grund dafür, dass schon die Blockspitze nur zu einem kleinen Teil von organisierten Kräften aus München getragen werden konnte. Was bereits im vordersten Teil des Blockes ein Problem war, wurde weiter hinten wohl noch deutlicher: Unorganisierte Leute zwischen organisierten Ketten, Zivilbullen mitten in der Demo usw. Diese teils chaotische Situation lag in unseren Augen v.a. am Mangel an organsierten Kräften und weniger am offeneren Auftreten des Blockes. Beides zusammenzudenken (und zu praktizieren) sehen wir als Ziel: Wir finden es sinnvoll, dass sich organisierte Zusammenhänge im Vorfeld verbindlich absprechen, um während der Demo in offenen Reihen zu gehen, die sich im Fall von Bullenübergriffen schnell zu einem mit Seitentranpis geschützten und in Ketten laufenden Block zusammen tun können, aber dieses Repressionsszenario nicht stets in ihrem Autreten vorwegnehmen müssen. Ein solches Vorgehen würde Spielräume für einen offenen Ausdruck des Blockes nutzen und im Fall von Repression dennoch Schutz bieten.
Getrübt wurde die positive Stimmung durch zwei problematische Vorfälle: Kurz nach dem Isartor tauchten ‚antideutsche' Provokateur_innen mit u.a. Israelfahne am Rande des Blockes auf. Trotz des Versuchs der Ordner_innen, die "antideutschen Provokateur_innen" vom Demozug zu verweisen, kam es zu Handgreiflichkeiten. Aufgrund ihres Auftretens sehen wir diese ‚antideutschen' Provokateur_innen nicht als Teil der linken Bewegung: Wer eine linke Demo gegen die Nato-Kriegskonferenz wiederholt zu stören versucht und sich dabei mit einem Transparent ("Solidarität mit Israel - Iran in die Schranken weisen") bei den in München tagenden Kriegsstrategen für eine (Kriegs?)-Intervention einsetzt, hat für uns mit linker Bewegung nichts zu tun. Das ändert nichts an der Tatsache, dass wir es falsch fanden, die Provokateur_innen anzugreifen.
Auf die ‚antideutschen' Provokationen hin wurden aus dem Block teilweise Parolen gerufen, die wir kategorisch ablehnen. Antisemitische Slogans wie "Israel zurück ins Meer" haben in unserem Block sowie auf der Demo insgesamt absolut nichts verloren. Auch zu anderen Themen gab es inakzeptable Parolen: Vor dem Lautsprecherwagen wurden bei verschiedenen Gelegenheiten Slogans gerufen, in denen positiv auf Stalin Bezug genommen wurde - auch solcher Müll hat in dem linksradikalen Block, wie wir ihn uns vorstellen, nichts zu suchen.

Wir sehen die diesjährige Demo und insbesondere den internationalistischen Block als Erfolg: Nach dem letztjährigen Einbruch waren heuer die Teilnehmer_innenzahl, die Stimmung und das Auftreten sowohl der Demo insgesamt als auch des Blocks ausgesprochen positiv. Allerdings werden wir als linksradikale Gruppen in München für zukünftige Demonstrationen einen bestimmten, aber deeskalierenden Umgang finden müssen, damit Provokateur_innen, die Bellizismus und imperialistischen Krieg abfeiern, nicht den fortschrittlichen, antimilitaristischen Ausdruck des Blocks beeinträchtigen können. Gruppen und Personen, die antisemitische Agitation betreiben, haben im Block nichts zu suchen. Darüberhinaus lehnen wir den positiven Bezug auf autoritäre Systeme wie das der Stalinzeit ab.
Schlüssel zur Lösung dieser Probleme und auch zu einer noch kämpferischeren Demo 2012 ist in unseren Augen wieder eine stärkere Beteiligung der lokalen linksradikalen Kräfte, eine bessere Einbindung interessierter Zusammenhänge aus anderen Städten und eine breiter aufgestellte Ordner_innenstruktur, die in der Lage ist, gemeinsam getroffene Entscheidungen noch effektiver umzusetzen. Zentrales Ziel bleibt es in den kommenden Jahren, mehr Leute, v.a. auch junge, zu antimilitaristischem Widerstand zu motivieren und durch diese Kämpfe zu politisieren.

Gegen soziale Ausgrenzung und Rassismus

Anti-Faschistischer 1. Mai 2011 in Bremen

Naziaufmarsch verhindern! Informationen, Treffpunkte und Termine unter www.keinen-meter.org



Der Konflikt um die Rote Flora

Bereits seit September letzten Jahres existiert eine Kampagne zur Unverträglichkeit der Flora. Da am 28. März die Rote Flora frei - das heißt ohne Vetorecht Hamburgs - verkauft werden kann und die Verträge des Investors mit der Stadt auslaufen, wurde nun ein längeres Positionspapier veröffentlicht. Mehrere zehntausend Exemplare im klassischen Design früherer Stellungnahmen aus der Flora und einige tausend Aufkleber werden derzeit im Schanzenviertel und dem Rest der Stadt verteilt, während in der Presse heftiger Widerstand befürchtet wird, falls ein neuer Investor räumen lässt.

Im verteilten Flugblatt werden inhaltliche Eckpunkte einer Verteidigung der Flora vorgestellt und dafür geworben, sich an der Kampagne zu beteiligen. Er versteht sich als Initialzündung für weitere Diskussionen und praktische Interventionsformen. Für weitere Diskussionsbeiträge, Kritik und Infos ist der Blog http://florableibt.blogsport.de eingerichtet worden, auf dem auch der Text veröffentlicht ist. Obwohl in diesem Artikel zur aktuellen Situation, einige Aspekte beispielhaft herausgegriffen und auch kommentiert werden, ersetzt dies keinesfalls ihn selbst zu lesen.

Vereinnahmungspolitik

Ausgehend von der eigenen Praxis und Entstehung, verschiedenen Erfahrungen wie der eigenen Rolle im Zusammenhang mit der Gentrifizierung des Stadtteils wird die Gefahr von Vereinnahmungspolitik als Zusammenspiel von Vertreibungspolitik und Integration betont. Dabei wird auch vor einer medialen Spaltung in vermeintlich neue kreative und damit legitime und vermeintlich altmodische und als illegitim betrachtete Aktionsformen gewarnt: "Auf diese Weise wird ein Gegensatz aufgemacht zwischen innovativem und ewig gestrigem Protest, Federn und Steinen, Künstlern und Halbstarken. So soll widerständiges Potenzial sortiert werden in einen integrierbaren Teil, der sich trotz (oder wegen) Prekarität als Standortfaktor vermarkten lässt, und einen nicht integrierbaren, nicht verwertbaren Teil, der die volle Härte des Polizeiknüppels zu spüren bekommen soll. "

Ablehnung von Verträgen

Zudem wird die Diskussion um die Ablehnung von Verträgen und Vertragsverhandlungen dargestellt: "Zum einen bietet der Besetzt-Status der Flora Handlungsspielräume, die ansonsten schon aufgrund von juristischen und ökonomischen "Sachzwängen" ausgeschlossen sind. Darüber hinaus vervielfältigt er Möglichkeiten, immer wieder die geltenden politischen Spielregeln zu übertreten und Brüche in der herrschenden Ordnung zu produzieren. Zum anderen wurde schnell deutlich, dass die Legalisierung eine Befriedung des Projekts zum Ziel hatte, indem die Flora als Kulturzentrum integriert und ihre politischen Inhalte verdrängt werden sollten. Mit der Ablehnung von Vertragsverhandlungen konnten wir öffentlich ein deutliches Zeichen gegen das Zusammenspiel von Integration und Ausgrenzung setzen."

Freiraumbegriff

Die Verteidigung besetzter Räume und Projekte wird in der Zielsetzung häufig mit dem politischen Begriff eines Freiraumes verbunden. "Freiräume" sind insbesondere für Jugendliche oder in ländlichen und kleinstädtischen Räumen wichtige Orte der Sozialisation und Selbstorganisation. Sie beschreiben darin Orte der Abweichung zu sozialen Normen und Wertsystemen z.B. den Eltern oder dem gesellschaftlichen Mainstream, die als Enge und Zwangssystem empfunden werden. Sie sind damit in einem subkulturellen Sinne wichtige Nischen und Experimentierräume zur Erprobung selbstbestimmter Praktiken, queerer Lebensentwürfe oder sonstiger Formen der Selbsterfindung.

In einem politischen Sinne sind "Freiräume" dabei jedoch nie wirklich frei, da wir selbst ein Teil der gesellschaftlichen Zwänge sind und diese uns selbst und unsere Wahrnehmungen durchdringen. Sie drohen auf diese Art und Weise zudem auch selbst zu einem positiven Standortfaktor im Rahmen der Gentrifizierung zu werden. Eine Erfahrung, die die Flora Ende der Neunziger machte, als die Handelskammer deren kreatives Potential betonte und zum Standortfaktor für die blühende Werbeindustrie im Viertel erklärte. Das die Gentrifizierung das Projekt dabei inzwischen längst überholt und hinter sich gelassen hat und es wieder vom Standort- zum Störfaktor mutierte, gehört wohl zu den Regeln des Spiels.

Von der Unverträglich-Kampagne wird jedenfalls statt des Freiraumbegriffes im Fall der Roten Flora eine andere politische Schwerpunktsetzung stark gemacht. Dies kommt in der in der Formel zum Ausdruck, dass das Projekt Flora versuche, zwar "Gegenentwürfe zu den hierarchischen und diskriminierenden Gesellschaftsstrukturen, in denen wir leben, umzusetzen" dabei sei die Kampange sich aber bewusst, "dass auch wir Teil der gesellschaftlichen Strukturen sind, die wir überwinden wollen". Damit wird zwangsläufig die Fragestellung aufgeworfen, ob ein politischer Bezug auf die eignen Praxis nicht im Sinne einer breiter angelegten Kampagne zu kurz greifen muss. Auf den Punkt gebracht wird dies in dem Satz: "Nicht in der Schaffung von "Freiräumen" besteht für uns die Perspektive des Projekts, sondern im Kampf gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse, die uns in solche Nischen zwingen."

Störfaktor bleiben

Statt einem stärker auf sich selbst bezogenen Ausgangspunkt um den eigenen Alltag innerhalb des Projektes wird eine politische Zielsetzung der Verteidigung der Flora in Form einer Auseinandersetzung um gesellschaftliche Begriffe gesucht. Die Privatisierung des öffentlichen Raumes und die zunehmende Ökonomisierung der Städte als Marken und Standorte werden damit ins Zentrum einer solchen Konfliktlinie gerückt. Kapitalistischen Sachzwängen als vermeintliches Gemeinwohl und Summe privatwirtschaftlicher Interessen, werden dabei individuelle Bedürfnisse und Begriffe um Gerechtigkeit entgegengesetzt.

Mit der Flora soll versucht werden, die Stadt als Austragungsort innerer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Teilhabe stark zu machen, gegenüber einem Bild von Stadt als Unternehmen und von außen bedrohter Schicksalsgemeinschaft. Politisch sieht die Kampagne sich dabei einerseits als Teil der neuen Kämpfe und Bewegungen um Recht auf Stadt, andererseits in internationalem Bezug zu militanten Auseinandersetzungen und Revolten wie z.B. in Griechenland oder um das Ungdomshuset in Kopenhagen.

Was könnte passieren, wenn der jetzige Eigentümer Kretschmer tatsächlich verkauft und der Neu-Eigentümer dann eine Räumung erwirkt, darüber spekuliert das Abendblatt vom 19.2.2011: "Joachim Lenders, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), sieht dann berufsmäßig schwarz für den Stadtfrieden. Er rechne bei einem Verkauf der Roten Flora mit monatelangen Auseinandersetzungen

zwischen linken Gruppen und der Polizei, sagte er dem Abendblatt. "Dabei wird nicht nur die linksautonome Szene aus Hamburg beteiligt sein, sondern aus ganz Europa." Der Hamburger Verfassungsschutz ist nicht ganz so pessimistisch. Es bestehe zwar die Gefahr, aber kein Automatismus zur Gewalt, sagt Manfred Murck, stellvertretender Leiter des Landesamtes. Zwar hingen die Rotfloristen an dem Objekt und versuchten, es auch zu halten. Doch gebe es innerhalb der Szene Personen, die durchaus bereit seien, in einen "Diskussionsprozess einzusteigen, der Verhandlungscharakter" habe." In diesem Fall scheint Lenders jedenfalls näher dran als der Hamburger Verfassungsschutz.

Die Unverträglich-Kampagne möchte die Flora als Störfaktor und offenen Widerspruchsort im Geflecht der Stadt erhalten. Nicht Befriedung wird angestrebt, sondern die Förderung und Entwicklung sozialer Proteste und Bewegungen. Entsprechend werden Verträge ebenso abgelehnt wie Verhandlungen. Mit dem Besetzt-Status der Flora soll nicht nur das Projekt selbst und wie es funktioniert, verteidigt werden, sondern generell die Berechtigung von legalitätsüberschreitenden Aneignungen als Demonstration und Forderung gesellschaftlicher Anwesenheit.

Extremismustheorien widersetzen

Von Medien und Parteien wurde die Rote Fora zuletzt häufig als überholter Anachronismus diffamiert. Diese Versuche der Isolierung des Projektes sind eingebunden in den zunehmenden Versuch, linke Inhalte und Geschichte abzuwickeln. Die rechtskonservative Deutung von 68 oder die neue Extremismustheorie bedienen sich dabei einer Gleichsetzung von linken Inhalten und Utopien mit faschistischen Ideologien.
Doch gesellschaftliche Freiheiten und Emanzipation waren schon immer untrennbar verbunden mit der Entwicklung von linkem Widerstand und der Infragestellung des Bestehenden. Totalität entsteht nicht aus einer Kultur des Widerspruchs, sondern aus einer Hegemonie der Zustimmung. Linksradikale Kritik mag nicht der Stein der Weisen sein, aber ein unverzichtbarer Bestandteil einer Gesellschaft jenseits autoritären Stillstandes und eines Strebens nach Gleichberechtigung in der Welt. Es geht in diesem Sinne bei der Verteidigung der Flora auch um die Verteidigung eines Begriffes von Gerechtigkeit selbst. Um Marx Gespenster, die man nicht los wird, um den Erhalt von Protestkulturen, die sperrig sind, die Idee und Möglichkeit der Verweigerung in den täglichen Zwängen und Normen.
Mit der Ablehnung von Verträgen wird von den Nutzer_innen der Flora viel aufs Spiel gesetzt, aber nicht weniger eingefordert. Darin liegt möglicherweise auch der derzeitige Stellenwert und das Gewicht dieses Projektes in Hamburg und darüber hinaus. Nicht in der Hausmeisterei, den Selbstversuchen im Alltag und Endlosdebatten auf Plenas, sondern in der Verweigerungshaltung, auf eine Kosten-Nutzen Rechnung einzugehen und die Existenz über die Idee des Projektes zu stellen. Dies mag eine spezielle Situation sein. Entstanden aus den erfolgreichen Kämpfen der Vergangenheit, den lokalen Entwicklungen im Stadtteil und nicht so einfach übertragbar auf andere Konflikte und Orte. Aber es ist wichtig, dass es immer wieder solche Orte gibt. Nicht als Museen linksradikaler und subkultureller Politikinhalte, sondern als Objekte des Begehrens und physisches Ausfrufezeichen, dass ein ganz anderes Ganzes möglich ist.

Offene Fragen

Die Rote Flora, wie sie sich heute darstellt, kann es nur im besetzten Zustand geben. Als "großes schmutziges, unverkäufliches Monster" wie es Not in our Name in der Erklärung "Ich würd's so lassen" ausgedrückt haben. Mehr als 1500 politische Projekte, Künstler, Galerien, Musikgruppen und Einzelpersonen haben dieses Manifest bereits online unterzeichnet. Um die Flora im Fall eines Angriffes zu verteidigen, wird dies nicht ausreichen. Wie mensch sich organisiert und wie interveniert, soll in auf einer großen Vollversammlung am 24.2. diskutiert werden. Wenige Tage darauf, am 27.2., findet ein Tag der offenen Tür für Anwohner_innen und alle Interessierten statt. Bereits im vergangenen Jahr fanden erste bundesweite Veranstaltungen zur Situation der Flora statt, auf denen um Unterstützung geworben wurde. Es ist nicht zu übersehen, dass sich das Projekt breit aufstellen will.

Die Herausforderung wird dabei sein, eine Praxis zu entwickeln, die nicht an ein konkretes Räumungsszenario gebunden ist. Denn ob und wann geräumt wird, steht derzeit ebenso in den Sternen wie die Frage, was mit dem Gebäude im Anschluss passiert. Es kann wie im Falle der Berliner Liebig 14 plötzlich sehr schnell gehen, sich aber auch noch Jahre hinziehen. Bestehende Kampagnen, wie "Leerstand zu Wohnraum" oder zum Mietenwahnsinn, die die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Hausbesetzungen aufgestellt haben, können hier langfristige Anknüpfungspunkte liefern und Aktionsfelder öffnen.
Offen auch die Frage, wie es gelingt, dass unterschiedliche Ausgangspunkte und politische Praktiken in einer Kampagne zur Flora zusammenwirken können. Wie belastbar Bündnisse angesichts möglicher militanter Auseinandersetzungen sind und wie verbindlich autonome Strukturen in der Lage sind, sich zu vernetzen und mit anderen zusammenzuarbeiten. Dabei lässt sich allerdings aufbauen auf die früheren politischen Auseinandersetzungen um Vertreibungspolitik, die Erfahrungen bei den Mobilisierungen und Bündnissen im Zusammenhang mit Bambule, das Engagement beim Recht auf Stadt Netzwerk oder die langjährige Praxis und Verankerung im Schanzenviertel

Stadtentwicklung und Privatisierung als Kernfrage

Entscheidend wird allerdings die Frage sein, ob es gelingt, die Stadt in Form des Senats, als politisch verantwortlich zu adressieren oder es diesen gelingt, sich in der Rolle von Unbeteiligten im Rahmen eines privaten Konfliktes aus der Verantwortung zu stehlen. Von Seiten der Flora wurde angekündigt, den Investor nicht in den Mittelpunkt des konkreten Konfliktes zu stellen. Das Haus ist besetzt und die formale Frage des Eigentums wird zurecht abgelehnt. Man will sich zum aktuellen Zeitpunkt nicht an einzelnen Investoren abarbeiten und sieht sich stattdessen im Konflikt mit der Stadtentwicklung.
Dabei ist die Flora nicht alleine; so stellt das Abendblatt fest: "2001 verkaufte der damals SPD-geführte Senat die von Linkautonomen besetzte Rote Flora samt Grundstück, um die ständige Diskussion um Räumung und Randale aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Zehn Jahre und mehrere Wahlkämpfe später gehen die Parteien jetzt erneut auf Tauchstation. Obwohl in gut vier Wochen, am 28. März, eine wichtige Vertragsklausel in dem Kaufvertrag entfällt, das Gebäude weiterverkauft werden könnte, Räumung und Randale drohen, hält man das Thema wieder aus dem Wahlkampf heraus. Statt Entscheidungen zu treffen, die eine solche Zuspitzung abwenden könnten. "Herr Ahlhaus äußert sich nicht zum Thema Rote Flora", heißt es lapidar bei der CDU. "Die Rote Flora eignet sich nicht als Wahlkampfthema", sagt auch SPD-Politiker Andy Grote." Zwar wird noch festgestellt: "Wir werden aber nichts unternehmen, um die jetzigen Nutzer rauszubekommen" doch dies muss der Senat auch gar nicht unbedingt selbst."
Sowohl beim Ungdomshuset in Kopenhagen als auch bei der Flora wurde durch die

Stadt versucht, sich mit einem Verkauf ein Problem vom Hals zu schaffen. Wie beim Undomhshuset verweigerte auch in Berlin im Fall der Liebig14 die Stadt schließlich irgendeine Verantwortung für die Räumung. Im Rahmen neoliberaler Stadtentwicklungskonzepte sind Privatisierungen zunehmend ein Regulationsmodell, um unpopuläre Maßnahmen gegen Proteste durchzusetzen. Diese taktische Verschiebung von öffentlichen Konflikten ins Feld privater Aushandlungsprozesse dient im Kern einer Entpolitisierung von gesellschaftlichen Fragen zugunsten einer alternativlos dargestellten Dynamik der Ökonomie.
Wenn sich die Arbeitsbedingungen von Beschäftigten der Hamburger Krankenhausbetriebe nach einem Verkauf verschlechtern, die Grundversorgung der Wasserqualität abnimmt oder städtische Wohnungen verkauft werden und deren Bewohner_innen von steigenden Mieten oder der Umwandlung in Eigentum betroffen sind, dann berührt dies dieselben Fragen, dieselbe Arroganz der Macht und Gewalttätigkeit der Verhältnisse wie eine Bedrohung der Roten Flora.

Das Private ist politisch und damit öffentlich!

Die Politik ist keineswegs unbeteiligt im Feld von solchen Konflikten. Weiter und konkreter als ein selbstreferentieller Begriff von Aneignung ginge deshalb die kollektive Enteignung von Investoren wie Kretschmer. Eine Rückführung des Privaten in das Öffentliche und die Einforderung dieser Ressourcen und der Stadt selbst als frei zugänglichen und offenen Ort, der von denen gestaltet wird, die dort leben, stehen als Idee und Einsatz im Raum. Nicht als Unikum und individuelles Konzept Rote Flora, sondern als Modell zur Verbreiterung der Kampfzone.

AG für autonome
Teilchenbeschleunigung

Das Positionspapier der Kampange und weitere Informationen zur Flora gibt es im Internet:
http://florableibt.blogsport.de
http://twitter.com/florableibt
http://www.rote-flora.de
Kontakt zur Unverträglich Kampagne unter: flora-bleibt@nadir.org

Flora Vollversammlung

Im Rahmen einer Flora VV mit 100 Leuten wurde am 24.2. das Positionspapier der Kampagne vorgestellt und über verschiedene Szenarien einer möglichen Räumung und die Praxis zur Verteidigung diskutiert. Im Rahmen der Plattform zur Kampagne wird es künftig unregelmäßige offene Treffen geben, auf denen über den aktuellen Stand informiert wird.

Die Plattform soll solidarischen Menschen die Möglichkeit geben, mit der Kampagne in Kontakt zu treten und Raum zur Vernetzung mit anderen Gruppen und Spektren bieten. Die Flora soll zum jetzigen Zeitpunkt der Ausgangspunkt, aber nicht unbedingt der Mittelpunkt sein. Stattdessen soll neben eigenen Aktionen auch in bestehende Kampagnen wie "Leerstand zu Wohnraum" oder "Mietenwahnsinn" interveniert werden.

Unabhängig hiervon wurde sich von der Vollversammlung für eine Sachschadenkampagne im Vorfeld einer möglichen Räumung ausgesprochen. Der politische Preis einer Räumung soll für den Senat damit hochgetrieben werden und möglichen neuen Investoren bereits im Vorfeld deutlich werden, dass es an der Flora nichts zu verdienen gibt. Die Räumung der Liebig14 in Berlin konnte zwar nicht verhindert werden, aber die Proteste wurden als positives Beispiel gesehen, das im Zusammenhang der Flora ausgebaut werden kann. Begrüßt wurden neben den militanten Aktionen in Berlin und anderen Städten, auch die spontanen Scherbendemos in der Hamburger Innenstadt, auf St. Pauli und Altona.

Hausbesetzung gegen Gentrifizierung

Heute wurden in Hamburg 7 Häuser besetzt. Die Besetzungen wurden in Vierteln durchgeführt die von Gentrifizierung betroffen sind.

Erklärung der Aktivisten:

Wir sind Individuen, die zusammen die menschenverachtenden Normen und Zustände brechen wollen.
Wir setzen mit diesen Besetzungen ein Zeichen, ein Zeichen dafür, dass uns die derzeitige Stadt nicht passt und wir ganz andere Bedürfnisse haben. Diese Besetzungen sind politische Aussage. Es geht uns nicht nur um das Aufzeigen von Leerständen und eine allgemeine Gentrifizierungskritik, sondern einerseits um das selbst-organisierte Aneignen eines Raumes und dem damit verbunden Aufzeigen des gemeinsamen solidarischen Lebens. Und andererseits wollen wir durch diese Besetzungen den entsprechenden Wohn- und Lebensraum aus den kapitalistischen Verwertungsprinzipien loslösen.
Ein weiter Grund unseres Wiederstandes ist die Räumung der Liebig in Berlin und die drohende Räumung der Flora.
Nachdem in Hamburg Wirtschaft und Politik mit ca. 1mio qm leerstehendem Büroraum Fakten geschaffen haben, legen wir los und schaffen ganz andere!

Unerfüllte Bedürfnisse

Uns BesetzerInnen geht es darum, unsere Wohn- und Lebenssituation an unsere Bedürfnisse anzupassen.
Vordergründig bedeutet das, dass wir unser Leben gemeinsam gestalten und somit ein sozial angenehmes Umfeld schaffen wollen. Gemeinsames Leben ist für uns dabei mehr, als nur in einem Wohnhaus zu leben. Es ist die räumliche und materielle Möglichkeit alltäglicher Vereinzelung zu entkommen.

Dabei spielt es eine untergeordnete Rolle, ob mensch selbst in einem beispielsweise sozialen Zentrum wohnt, wichtig ist vor allem die Möglichkeit des Gemeinsam-Seins, des Austausches und der Teilhabe. Eine Teilhabe, die es in diesem kapitalistischen System so kaum gibt.
Dieses gemeinsame Zusammenleben ermöglicht ziemlich zwangsläufig ein weiteres Bedürfnis, nämlich das eines sozialen Zusammenlebens. Dieses Zusammenleben stellt einen klaren Bruch mit u.a. der systemgegebenen Notwendigkeit des Einzelnen, sich unbedingt profilieren zu müssen, dar. Denn wir wollen niemanden in unse-

rem Umfeld hängen lassen. Wir verstehen "den Begriff des Sozialen" definitiv nicht schwammig, sondern ganz faktisch: dass JedeR, auch wenn er/sie mal kein Geld (für Essen, Miete etc.) hat, weiterhin mit uns Leben kann. Es bedeutet, dass wir ein Umfeld schaffen wollen, das frei ist von Sexismen, Rassismen, bestimmter vorgegebener Normen und Werten sowie anderen menschenverachtenden Tendenzen.
Des weiteren sind wir darauf bedacht, Häuser aus der kapitalistischen Verwertungslogik heraus zu nehmen. Kern des Gedankens ist dabei, dass ein Gebäude nicht mehr für Spekulationen zur Verfügung steht und dass es jeder/-m möglich ist dauerhaft darin zu wohnen. Neben dem ideellen Wert eines "losgelösten" Gebäudes gibt es auch ganz praktische Vorteile. Denn dies heißt, dass sich niemand mit den Vorstellungen eines "schönen Hauses" und der Gier von irgendeinem Eigentümer herumschlagen muss.
Zudem vereint uns das Bedürfnis nach menschlichem Schutz und sozialer Sicherheit. Dabei ist natürlich nicht die vermeintliche Sicherheit einer anonymen, repressiven Staatsmacht und deren marionettenhaften Polizei-Gangs gemeint.
Gemeinsam sind wir stark!

Das Potenzial von Freiräumen

Die größte Gefahr erwartet uns im Kapitalismus selbst. Der Verlust der eigenen wirtschaftlichen Existenz droht jedem von uns. Jederzeit! Statt sozialer "auffang-Netze", existiert nur ein bis ins Detail geplantes Netzwerk aus Drangsalierungen.
Da uns jedoch genau das nicht passt, schließen wir uns zusammen, um uns aktiv dagegen wehren zu können

Soziale Zentren sind Orte der Möglichkeiten, nämlich dass soziale und gesellschaftliche Randgruppen dort einen Platz und Halt finden, nicht mehr Fremdkörper sind.
Während sich ansonsten zumeist alle Möglichkeiten einer gesellschaftlichen Teilnahme darauf beschränken, zu konsumieren, muss es für alle, die sich dies nicht leisten können oder wollen, die Möglichkeit geben, sich auszuleben bzw. überhaupt zu leben. Ohne die Möglichkeit eines konsumfreien Alltagslebens bleibt nur die aktive Ausgrenzung als Folge.

Großstadt heute

Im krassen Gegensatz zu diesen Bedürfnissen steht die Stadt als Lebensraum.
Bereits das grundlegendste Bedürfnis in Wohnraumfragen, nämlich das nach einer bezahlbaren und lebensfreundlichen Bleibe, erfüllt die Stadt heute nicht. Während Menschen auf der Straße oder in unpassenden Wohnungen leben, stehen Gebäude leer. Falsch wäre es, hier zu behaupten, das läge bloß an einer verfehlten Wohnraumpolitik. Nein! Spekulationen sind ein grundlegendes Instrument der Preisfindung in der Marktwirtschaft. Solange wir nach solchen Prinzipien leben, werden grundlegende Bedürfnisse von Menschen nicht erfüllt werden können.

Statt Gemeinschaft oder grundlegender sozialer Kontakte existiert in den meisten Mietshäusern vor allem soziale Vereinzelung. Wen wunderts noch, wenn jemand nicht einmal die Hälfte seiner Nachbarn kennt und nie mehr als ein freundliches "Hallo" mit ihnen wechselt, trotz 10 Jahre gemeinsamen Wohnens. Als Beispiel müssen alte Menschen oft in Altersheime umziehen, obwohl sie eigentlich seit 20 Jahren in einem Haus, mit sehr vielen engagiert Menschen leben. Für diese wäre es theoretisch ein leichtes, die Probleme eines älteren Nachbarn, weites gehend aufzufangen.

Mit dem folgenden Beispiel der Jugendlichen wollen wir noch einmal kurz auf die gesellschaftliche Exklusion von "Randgruppen" eingehen. Als Jugendliche verstehen wir dabei Alle, die noch in ihrer "Entwicklung" sind (z.B. der/die 20jährige SchülerIn).

So sind insbesondere Jugendliche eine gesellschaftliche Gruppe für die kein Platz vorgesehen ist. Der Spielplatz wird von einem Schild flankiert "Nur für Kinder", die Kneipe oder Discothek mit einem Schild: "Zutritt erst ab 18!". Dazwischen scheint es einen leeren Raum zu geben: zu jung, um zu Konsumieren, zu alt, um die gesellschaftlich akzeptierte Kinderrolle auszufüllen. Wo bleiben da die Orte, um sich auszuleben? Wer draußen als Jugendlicher mit Freunden unterwegs ist, ist schnell im Verdacht, gefährlich, kriminell etc. zu sein.
Auch für Jugendliche müssen Orte geschaffen werden, die es ihnen ermöglichen, sich ohne Konsumzwang auszuleben.

Marke Hamburg (natürlich übertragbar auf andere Städte!)

Konkurrenzverhältnisse sind prägend für



große Teile der heutigen Gesellschaft!
So sind auch Städte davon betroffen, wirtschaftlich, chic, modern und ganz allgemein anziehend zu sein. Die Marke Hamburg ist dabei kein reiner Name einer Stadtplanung mit Vermarktungsinteresse. Im Sinne des Begriffes Marke Hamburg werden Fakten geschaffen: Ob als Umwelthauptstadt, als Austragungsort der IBA (Internationale Bau Ausstellung) oder mit dem Werben von Hamburg als "Tor zur Welt" (Hafenstadt) soll ein Image aufgebaut werden.
Weitere Standorte, die gemäß der Marke HH in Szene gesetzt werden, ob in Zeitungen, Reiseführern oder dem Werbematerial der Stadt Hamburg, sind derzeit St. Pauli und die Sternschanze.
Da die Lukrativität gegeben ist und ein neuer alternativer Stadtteil für Touristenströme konsumierbar gemacht wird, trifft es grade auch Wilhelmsburg. Die Folgen sind den meisten Bewohnern zwar bewusst, jedoch bleibt die offene Feindschaft zu den Umstrukturierungen allzu oft aus. Zu groß ist bei vielen das Gefühl der Machtlosigkeit gegenüber den Entwicklungen.
Doch Hoffnung besteht. Immer!
Bündnisse wie Recht auf Stadt und deren teilnehmenden Gruppen schaffen ein Bewusstsein, welches schon heute nicht mehr ignorierbar ist.

DAS BEWUSSTSEIN IST DA!

DER KAMPF WIRD JETZT GEFÜHRT!

Zusammen kämpfen gegen Verdrängung und Gentrifizierung

"We´re not gonna take it ... anymore"

Steigende Mieten, zunehmender Mangel an günstigem Wohnraum, Luxussanierungen und Neubau von immer mehr Eigentumswohnungen. Die Privatisierung öffentlicher Räume und die Vertreibung von Geringverdiener_innen oder nicht-verwertbaren Menschen, all das ist nicht neu: Doch es nimmt uns zusehends den Atem.

Menschen werden aus dem Innenstadtbereich verdrängt, um Platz zu machen für noch mehr leerstehenden Büroraum und die Bedürfnisse einer zahlungskräftigen, umworbenen "Kreativ- Klasse". Hamburg soll schick gemacht werden, um in Standortkonkurrenz zu anderen europäischen Metropolen treten zu können. Auf den Weg dorthin sind Hartz-IV-Empfänger_innen nur hinderlich. Die Menschen sollen sich gefälligst der "Marke Hamburg" anpassen. Doch wir haben die "Frechheit" da noch ein paar Worte mitreden zu wollen!

Die grundsätzliche Frage nach einem "Recht auf Stadt" für Alle wird nicht durch Runde Tische und Beteiligungsverfahren beantwortet werden, sondern durch eine selbstbestimmte politische und kulturelle Praxis. Besetzungen und der Kampf um selbstverwaltete Orte sind ein Teil davon.

Die Auseinandersetzungen um das Gängeviertel, BNQ, bezahlbaren Wohnraum, leerstehende Büroflächen, Angriffe auf Gentrifizierungsobjekte und die umkämpften Projekte in Berlin und in anderen Städten zeigen die Aktualität der Frage der Aneignung und Subversion. Es brodelt auch in Hamburg. Im letzten Jahr ist aus einigen Brennpunkten etwas Neues entstanden. Das Verlangen nach einer anderen Stadt wird eingefordert an den Orten, an denen eine durchökonomisierte Stadtplanung Vertreibungsmechanismen in Gang setzt oder verglaste Betonbauten in den Himmel wachsen. Dabei geht es uns auch um eine Auseinandersetzung um gesellschaftliche Teilhabe und den Kampf gegen Vertreibung und Repression.

Seit dem letzten Jahr zeichnet sich in immer stärkenden Maße ein möglicherweise bevorstehender Angriff auf die Rote Flora ab. Dies ist für uns nicht überraschend, sondern ist u.a. eingebunden in die fortgeschrittene Umstrukturierung und Gentrifizierung des Schanzenviertels. Wir haben weder Angst noch Panik vor einer Bedrohung der Roten Flora. Denn diese kann die Möglichkeit für eine Neubestimmung stadtpolitischer Kämpfe im Floraumfeld und die Chance für die Entwicklung einer breiten Protest- und Solidaritätsbewegung schaffen. Die Rote Flora ist für uns ein Symbol für Widerstand und Aneignung des öffentlichen Raumes. Damit werden Möglichkeiten eröffnet. Perspektiven eines emanzipatorischen und solidarischen Lebens zu entwickeln und diese zu praktizieren - jenseits von den vorherrschenden Macht- und Besitzverhältnissen.

Deshalb halten wir es auch für notwendig, sich im Kampf um die Rote Flora den herrschenden Eigentumslogiken auch hinsichtlich der Frage der vertraglichen Legalisierung zu entziehen.

Wir möchten hervorheben, dass wir solidarisch mit allen Protesten sind, die sich aus emanzipatorischer Perspektive kritisch mit Vertreibung und Gentrifizierung auseinandersetzen. Der Schwerpunkt unserer Betrachtung liegt aber auf der Durchführung und Anregung militanter Aktionen. Es geht uns dabei darum, den begrenzten Handlungsrahmen der Legalität zu verlassen und unseren Kämpfen eine gewisse Leidenschaft zu verleihen.

Die wesentlichen Eckpunkte unseres Kampagnenentwurfes "We´re not gonna take it... anymore" sind:

1. Besetzung/Aneignung: Es gab im letzten Jahr verschiedene Besetzungen, wie z.B. die des ehemaligen Erotic-Art-Museums, die das Problem des Leerstands und des Wohnraummangels in den Fokus der Öffentlichkeit brachten. Nehmt euch, was euch gefällt! Die Stadt gehört uns!

2. Sabotage/Sachschaden: Der Preis für die Aufwertung von Vierteln und die Verdrängung einkommensschwacher Menschen kann durch militante Aktionen gegen z.B. Loft- und Eigentumsbauten in die Höhe getrieben werden. Leuchtturmprojekte, Immobilienfirmen, Makler und Baukonzerne sind angreifbar! Farbe, Glasbruch, Buttersäure... eure Fantasie ist gefragt!

3. Kennzeichnung politisch und wirtschaftlich Verantwortlicher: Gentrifizierung ist ein Prozess, dem durch politische und wirtschaftliche Weichenstellungen der Weg geebnet wird. Politiker_innen, Behörden, Firmen, und Wirtschaftsinstitutionen haben Namen, Adressen, und oft schicke Autos vor der Tür.

4. unkontrollierte Verhältnisse schaffen: "We´re not gonna take it... anymore" ist ein Mitmachkonzept, welches von unser aller Beteiligung lebt. Je mehr auf der Straße und in der Nacht unterwegs sind, umso größer das Spektakel. Denkt euch was aus, trefft Verabredungen mit euren Freund_innen und bringt die herrschenden Verhältnisse zum Tanzen.

Eine kämpferische Perspektive wird aus der Spannung zwischen Worten und Taten geboren, aus einer lebhaften Dynamik zwischen greifbaren Ideen und konkreten Widerständen. Wenn wir die Passivität durchbrechen wollen, dann ist es notwendig zu erkennen, dass der Ursprung der Revolte auch in uns selbst liegt. Um auf dieser Basis die Selbstorganisation eines gemeinsamen Kampfes anzugehen, der sich allen Formen der Herrschaft und Unterdrückung entgegenstellt. Dabei ist es nötig in der Subversion des Alltags uns die Räume und die Zeit zurück zu holen, die uns genommen wird. Das revolutionäre Projekt einer ganz anderen Welt ist noch längst nicht begraben, aber es bedarf noch einiges, um ihm wieder mehr Leben einzuhauchen.

Denn es bleibt dabei: Wir wollen alles!
Liebig lebt, Flora bleibt!

Räumung Liebigstraße 14

An alle Unterstützer_innen der Liebig14 die in den letzten Tagen und Wochen unglaubliches geleistet haben. Besonders der 2. Februar hat gezeigt:
Wir sind viele und wir sind stark!

Und so wollen wir, die nun ehemaligen Bewohner_innen der 14, uns bei all den Menschen bedanken, die durch Texte schreiben und Flyer verteilen, Mobilisieren im Bekanntenkreis, öffentlichkeitswirksame Aktionen aller Art, durch Kreativität und Entschlossenheit deutlich gemacht haben, dass wir nicht tatenlos zusehen werden, wie die letzten Orte unkommerzieller Kultur und kollektiven Lebens Stück für Stück platt gemacht werden. Tausende haben unglaubliche Dinge auf die Beine gestellt.
Es ging und geht in unserem Widerstand nie nur um die Liebig 14, sondern um alle bedrohten Hausprojekte, um alle aufmüpfigen Mieter_innen, die sich wehren und um unser Recht auf eine Stadt, die nach den Bedürfnissen ihrer Bewohner_innen gestaltet wird und nicht nach Maßgabe von Profit. Der support für die 14 und die Wut auf die totale Kommerzialisierung unserer Städte waren größer als von vielen erwartet.
Der Sachschaden an Büros von Immobiliengesellschaften, Luxusshops, Staat und Polizei überstieg die "Vorkommnisse" des letzten 1. Mai an Zielgerichtetheit und Kosten.
Über Stunden hatten die Cops jede Kontrolle über die Lage verloren. Mehrere Gruppen von hunderten Menschen zogen Richtung Mitte. Über die Ereignisse des vergangenen Tages und der letzten Nacht ist zum jetzigen Zeitpunkt nur schwer ein Überblick zu gewinnen.
Etliche Soli-Demos und Aktionen im ganzen Bundesgebiet, in Kiel, Dortmund, Bielefeld, Hamburg, Leipzig, Göttingen, Tübingen und anderen Städten weitere in Kopenhagen, sogar in Japan und Peru. Schon im Vorfeld hatte es auch in Berlin beinahe täglich Hausbesetzungen gegeben.
Die Vielzahl von kreativen_bunten_militanten_xxxx Unterstützungsaktionen,von lieben e-mails und Briefen, Umarmungen und Soli-Streetart lässt sich kaum fassen. All das hat uns viel Kraft gegeben. Wir haben gesehen, dass wir nicht allein sind.
Und vor allem haben wir gesehen, dass wir zusammen stärker sind als Polizeigewalt und Wirtschaftsinteressen. Senat und Bullen machen sich in die Hose. Und auf dieser Erfahrung können wir aufbauen.
Lasst uns weiterhin auf allen Ebenen die Stadtgestaltung in unsere eigene Hand nehmen. Neue Hausprojekte, Gemeinschaftsgärten und Graffiti statt Immobilienbüros und Carlofts. "Das politische Klima in der Stadt" sei gefährdet sagt Körting.
Das lässt uns hoffen ...
Let's push things forward.
Es geht weiter. Diese Räumung bedeutet nicht das Ende, sondern das Aufflammen unserer Wut!

Jackpot geknackt: Die Million ist voll!
"Allein der Sachschaden soll jetzt bereits bei 1 Million Euro liegen. Dazu kommen die Kosten für den Tage dauernden Großeinsatz: 1500 Berliner Beamte und rund 1000 Unterstützungskräfte aus Brandenburg, Sachsen, NRW, Niedersachsen und von der Bundespolizei sorgten dafür, dass die Ausschreitungen nicht auf noch mehr Stadtteile übergriffen. Nach der Auflösung einer Protestkundgebung gegen die Liebig-14-Räumung zogen Gruppen von 20 bis 200 linken Randalierern die ganze Nacht durch die Straßen. Sie schlugen Scheiben ein, warfen Steine, beschädigten, was ihnen in die Quere kam. Die Liste ihrer Zerstörungen: ein Kripo-Gebäude in Treptow, ein Toyota-Autohaus am Warschauer Platz, zwei Kaufhäuser, Modegeschäfte, Bürogebäude des Liegenschaftsfonds, der Ostbahnhof, diverse Banken, Privatautos, ein BVG-Bus, Telefonzellen, Stromverteilerkästen und die O2-World. Moritz Hillebrand, Sprecher der Anschutz Entertainment Group zur B.Z: "25 Arena-Scheiben wurden demoliert. Die genaue Höhe des Schadens kennen wir noch nicht." "Wir sind schockiert", so auch Steffen Remus vom Kaufhof am Ostbahnhof, "18 zerstörte Schaufenster und auch die Ware dahinter beschädigt!"
BZ 3.2.2011

Solidemos in Hamburg
"Liebig 14, Flora Bleibt -
One struggle one fight"
Am 02.02. zogen etwa 400 Leute um 20 Uhr von der Roten Flora zur Hafenstraße. Die Bullen hielten den Aufzug nach wenigen Metern auf. Als Antwort wurden sie mit Pyro und Flaschen angegriffen. Weitere, halbherzige Versuche die Bullensperre zu durchbrechen, scheiterten. Nach 20 Minuten fand sich ein Anmelder und eine kraftvolle Demo zog durch St.Pauli. Auf der Reeperbahn, sollte die Demo direkt zur Hafenstr. führen, jedoch lösten sich zahlreiche Teilnehmer aus der Demo und gingen auf der Reeperbahn weiter. Die Bullen versuchten dies zu unterbinden, bekamen den wütenden Mob aber nicht mehr unter Kontrolle. In der Hafenstr. wurden Barrieren gebaut, das ein oder andere Feuer loderte auf und ein Wasserwerfereinsatz folgte. An mehreren Orten in St. Pauli kam es daraufhin zu Sachbeschädigungen, es brannten Blockaden, die Reeperbahn wurde gesperrt und vier Polizisten wurden verletzt. "In der Nacht wurden noch bei fünf Banken und Sparkassen die Fenster eingeschlagen, ebenso bei einem Café in der Bernhard-Nocht-Straße und einem Drogeriemarkt in der Talstraße".

Am 04.02. versammelten sich um 19 Uhr 250 Leute auf dem Gänsemarkt. Nach einer Weile bildete sich entgegen ursprünglicher Planungen einer Demo Richtung Schanzenviertel, ein spontaner Mob der in die City zog mit Pyros und Parolen wie "Liebig 14, Flora Bleibt, One struggle one fight". Die durchgehend sehr laute und schnelle Spontandemo wendete sich dann Richtung Jungfernstieg, wo erste Barrieren aus Baustellenmaterial gebaut wurden und ein paar Luxuskarossen litten. Schaufenster wurden zertrümmert, Polizeibeamte angegriffen und das Rathaus beworfen. Um 21 Uhr sammelten sich ca. 60 Menschen an der Hafenstraße und setzten sich, Parolen rufend und von Feuerwerk begleitet, los! Gegenstände wurden auf der Fahrbahn verteilt und in Altona gingen zahlreiche Scheiben zu Bruch. Eine weitere spontane Solidemo am darauf folgenden Freitag wurde von der Polizei aus der City in Richtung Uni getrieben. Dort gab es einen kleinen Kessel und einige Festnahmen.



38 Jahre UJZ Korn - Zeit zu wachsen

Das UJZ Korn in Hannover existiert seit 1972 und ist damit das älteste noch existierende, unabhängige Jugendzentrum in der BRD. Durch die vielen unterschiedlichen Nutzer_innen haben sich im Laufe der Jahre auch die politischen, sozialen und kulturellen Schwerpunkte immer wieder verändert.

Das UJZ Korn war aber immer Raum sozialer Kommunikation, politischer Auseinandersetzung und Organisierung und kulturellen Lebens - und dafür soll es bald noch mehr Raum geben.

1972 pachtete der "Verein für angewandte Sozialarbeit", nach monatelangen Forderungen der "Initiativgruppe Jugendzentrum" und einer schnell geräumten Besetzung, die Gebäude in der Kornstraße 28 und 30. Das UJZ Kornstraße versteht sich seitdem als Aktionszentrum der außerparlamentarischen Bewegung. Eine Kneipe als öffentlicher Bereich, wurde aufgebaut. Ein Buchladen zieht ein.

1973 eröffnete der Kinderladen. Im Rahmen der "proletarische Jugendarbeit" wurde versucht arbeits- und wohnungslosen Jugendliche durch die gemeinsame Gestaltung ihrer Freizeit zu politisieren. Ab **1974** wurde das UJZ gefördert, da eine derartige "Sozialarbeit" kaum ehrenamtlich zu leisten war. Solidarität mit Betriebsbesetzungen und anderen Projekten im Stadtteil nahmen viel Raum ein. Das Verhältnis zur Stadt war in dieser Phase durch die permanente Auseinandersetzung um die weitere Förderung geprägt. Ab 1975 wurde die "Korn" zum Mittelpunkt der hannoverschen Anti-AKW-Bewegung. Ab **1979** belebte eine neue Jugendbewegung, die zunächst als New-Wave-, dann als Punk-Bewegung auftrat, die Korn. Gleichzeitig schwappte eine breite Hausbesetzer_innenbewegung über das Land, so waren in Berlin über 100 Häuser besetzt und auch in Hannover kam es zu zahlreichen Hausbesetzungen. Mit den Protesten gegen die öffentlichen Rekrutengelöbnisse 1980 kam noch eine antimilitaristische Position hinzu, lange vor der "großen Friedensbewegung".

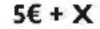
1982 wurde das Zentrum wurde von einer Immobilienverwaltungsgesellschaft gekauft, die von Mitarbeiter_innen des Zentrums gegründet worden war. Dies hatte zwei Folgen: Zum einen reduzierte es die Möglichkeiten der Einflussnahme staatlicherseits (Obwohl auch eine Enteignung ins Auge gefasst wurde), zum anderen wurde der ökonomische Druck auf das Zentrum erheblich erhöht.

Da sich der "aktionsorientierte" Ansatz der 80er Bewegung sich auf Dauer nicht aufrechterhalten ließ, zerfiel die Einheit der Bewegung zunehmend. Einem sich entpolitisierenden und konsumorientierten Kulturbereich stand ein sich zunehmend auf feste Gruppen beziehender politischer Zusammenhang gegenüber. Während dies auf der einen Seite Konzerte sowie allwöchentlichen Disko's war, waren es auf der anderen Seite vor allem Initiativen im antimilitaristischen Bereich. Hinzu kamen unterschiedliche Einschätzungen zu den "Chaos-Tagen". Das Jahr 1988 stellt einen weiteren Einschnitt dar. Die "Immobilienverwaltungsgesellschaft" war Pleite, die Zwangsversteigerung stand an. In dieser Versteigerung gelang es einem neuen Trägerverein, dem "Verein zur Förderung politischer Jugendkulturen" die Korn zu ersteigern. Dies hatte zunächst paradoxerweise die Folge, dass sich die ökonomischen Belastungen reduzierten. Wichtig war aber vor allem, dass im Entscheidungsprozess, hin zur Versteigerung, die Gruppe, die den kulturellen Bereich getragen hatte, aus dem Zentrum ausstieg. Damit war erstmals seit 1984 wieder die Spaltung des Zentrums aufgehoben.



1991 gelang es zudem Sanierungsgelder für die Korn zu bekommen. Natürlich war die Entscheidung, das erste Mal seit 1978 Staatsgelder in Anspruch zu nehmen, nicht einfach. Die 90er durch das Entstehen einer neuen antifaschistischen Bewegung geprägt. In den letzten Jahren kamen antimilitaristische Aktivitäten hinzu. Die damals entwickelten inhaltlichen und praktischen Schwerpunkte haben seitdem weitgehend Kontinuität. Feministische und antirassistische Gruppen nutzen die Korn ebenso wie globalisierungskritische oder Anti-AKW Aktivist_innen uvm.

Das Plenum hat sich zu einem kollektiven Entscheidungsgremium entwickelt, das die Gruppen- und bereichsübergreifende Hintergrundarbeit macht. Seit **2003** bekommt die Korn von der Stadt, eine nicht an politischen Bedingungen geknüpfte, teilinstitutionelle Förderung, in Höhe von jährlich 31.000 € für eine Stelle mit 29 Stunden. Organisatorisch und finanziell steht die Korn auf gesicherten Füßen. Alle laufenden Kosten können aus Eigenmitteln gedeckt werden und die alten Kaufkredite sind 2010 ausgelaufen. Gleichzeitig nutzt in allen drei Projektlinien (sozial, kulturell, politisch) eine steigende Anzahl von Menschen und Gruppen die Korn und ihre Infrastruktur für ihre Arbeit. 38 Jahre nach dem Entstehen und 23 Jahre nach dem Kauf läuft es so gut, dass es mittlerweile häufig zu eng wird. Zu den Vokūs kommen so viele Leute, dass zumindest bei schlechtem Wetter, der Platz nicht für Alle reicht und das Kochen in der kleinen Küche zur Herausforderung wird. Auch die Gruppenräume stoßen an ihre Kapazitätsgrenzen. An manchen Tagen sind einfach alle Räume belegt und es ist nicht mehr möglich zusätzlichen Gruppen Räume für Treffen anzubieten. Außerdem brauchen wir einen zweiten Veranstaltungsraum, Archivräume und mehr Toiletten. Ganz zum Schluss hätten wir dann noch einen kleinen Überschuss an Platz. Auf alten Aufklebern hieß es "UJZ Korn ein Haus mit vielen (T)Räumen". Es braucht Raum um träumen zu können. Wo schon jeder m² verwaltet ist, bleibt kein Platz dafür. Deshalb wird es Zeit zu wachsen. Seit einiger Zeit steht das Haus neben dem UJZ, die Kornstr. 32, leer. Wir haben uns deshalb entschlossen: Wir wollen es kaufen!!



5€ + X

Die finanzielle Unabhängigkeit der Korn ist eine wichtige Voraussetzung um Raum für selbstorganisierte und emanzipatorische Projekte zur Verfügung stellen zu können. Wenn für den Kauf des Nachbarhauses einen neuer Kredit aufgenommen wird, helfen viele kleine, monatliche Spenden, langfristig zu planen, die Korn zu erweitern und dabei unabhängig zu bleiben.

Auch einmalige kleinere Spenden oder Solipartys helfen uns!

Dokumentation

"Großzügig wohnen im Herzen der Stadt, Nähe Schanzenpark entstehen 10 edle Eigentumswohnungen, Loft- und Etagenwohnung Kaufpreis ab 468.215 Euro" www.ksk33.de

Am 06. und 07.02.11 splitterten die Scheiben und zerplatzten Farbflaschen an dem Lofthaus im Kleinen Schäferkamp 33 und dem edel modernisierten Altbau im Schulterblatt 29.
Ein kleiner Mob hinterließ Flugzettel mit den Parolen:

Uns gehört die Stadt - Solidarität mit der Liebigstrasse - Rote Flora bleibt. Im Schulterblatt wurde zudem der benachbarte Klamottenladen "store2" demoliert.

In dem Prozeß fortschreitender "Gentrifizierung" der innenstädtischen Stadtviertel, mit einhergehender Vertreibung von Menschen mit wenig Kohle, sollten sich die Besitzer_innen und Bewohner_innen edler Lofthäuser zukünftig warm anziehen.
Mach eine Wurfsendung aus dem Pflasterstein und wirf ihn in das Lofthaus rein!

Mal wieder was wagen

Wir konnten während der Aktionstage gegen die IMK feststellen, dass es durchaus möglich ist auch unangemeldet und auf alten/neuen Wegen unseren Widerstand zu praktizieren und somit tatsächliche Momente von Kontrollverlusten und Konfrontation zu erzeugen. So sind wir sehr motiviert in Richtung neues Jahr gegangen.

Die diesjährige Silvester Demo/Kundgebung hingegen war ein harten Schlag in die Magengrube. Der Vorbereitungskreis hatte sich wohl entschieden Anzumelden um das gemeinsame Ins-neue-Jahr-gehen mit den Gefangenen sowie den Angehörigen zu sichern. Ein durchaus nachvollziehbarer Gedanke. Im Endeffekt haben wir uns von den Bullen auf den Arm nehmen lassen. Der Kompromiss eine Demo/Kundgebung anzumelden sollte ein großer sein. Wir fragen den Staat nicht wie, wann und wo wir unsere Kritik und unsere Wut äußern. Neben der Schmach Auflagen der Bullen zu verlesen dann auch noch die eigenen Ordner_innen stellen zu müssen (uns ist klar das beides meistens nur halbherzig bzw. zur Schau getan wird, aber die Geste bleibt). Dann das, was wir uns durch diese strategische Entscheidung erhofften einfach nicht zu bekommen ist fatal. In diesem Fall die Kundgebung vor dem Knast. In "sicherer Entfernung" konnten wir unseren eigenen Redebeiträgen sowie der Musik lauschen. Fernab von Gefangenen und Angehörigen. Diese mussten unglücklicher Weise tatsächlich die Bullen fragen, ob sie die Absperrgitter passieren dürften woraufhin sie einen langen Weg auf die andere Seite geschickt wurden um dann dort nochmal ihr Glück zu versuchen... Die Silvester-Demo/Kundgebung ist wichtig. Und es ist durchaus spürbar, dass die vermehrten Solidaritätsbekundungen und Aktionen am Knast nicht unbemerkt an den Bullen vorbei gehen. Schon bei einer der Demos wegen der Tode von Gefangenen im letzten Jahr, wurde der Knast zum Teil komplett abgeriegelt. Gut in Erinnerung bleibt uns auch das Aufgebot während des unangemeldeten Antiknast Spaziergangs während der IMK Woche. Doch selbst da konnte improvisiert werden. Es ist eindeutig, dass sie nicht wollen, dass wir den Gefangenen unsere Solidarität zeigen, dass wir die Isolation brechen und dass wir Aufmerksamkeit auf die Knäste ziehen. Es bleibt also wichtig unsere Kämpfe auch gegen die Knäste zu führen... nur zu welchem Preis? Die Frage, die sich also stellt ist in wie fern sollten wir aus Wanderkesseln und Tagen wie Silvester tatsächlich Konsequenzen ziehen? Es scheint, als wenn wir Räume, die als verloren gelten kampflos aufgeben. Wenn Spontan-Demos vor der Flora nicht mehr laufen dann muss sich wohl Ort, Zeit und Tempo ändern. Wenn große Demos in Wanderkessel und Kontrolle erstickt werden, könnte Mensch sich ja durchaus ein wenig später an anderem Ort wieder zusammenfinden (wie es ja einige nach dem 18 Uhr- Antirepressions-Wanderkessel gegen die IMK in Altona taten, super!). Oft sind wir im vergleich zu anderen Orten Viele. Wenn wir also außer Kontrolle sein wollen, wenn wir den Normalzustand durchbrechen wollen, reicht es schon ein paar Menschen an verschiedenen Orten der Stadt zu sein. Einen Hammer, ein paar Steine aus dem nächsten Park, eine Sprühdose... sind nicht schwer zu beschaffen. Und das was uns kontrolliert, uns einsperrt, uns klein hält, guckt uns fast an jeder Ecke an. Wenn wir Räume erkämpfen wollen wie z.B. unangemeldete Demos, Vermummung, (passive) Bewaffnung..., müssen wir uns Wege dafür suchen. Ein Punkt, der uns auffiel, ist das Wechselkleidung anscheinend immer noch ein Geheimtipp zu sein scheint. Eine farbige Jacke und andere Kopfbedeckungen sind wirklich keine schwere Last und es lohnt sich und macht es den Bullen so viel schwerer und uns so viel leichter... . Die letzten Wochen wurde einiges des Erwähnten zum Teil im Zusammenhang mit der Räumung der Liebig 14 getan. Tatsächlich spontane Demos und dezentrale Sabotage haben sich gut angefühlt und waren ein kurzzeitiger Ausbruch weg von der Routine. Doch es war auch viel Glück und die Verplantheit der Bullen auf unserer Seite.

Es bleibt jedoch ein gelungener Start in ein kämpferisches Jahr. Wenn wir also das nächste Mal feststellen, dass eine Strategie, ein Plan, nicht mehr funktioniert, sollten wir es einfach mal mit etwas anderem versuchen und nicht immer Fehler wiederholen. Wir wollen kein abgeklärtes Schauspiel mit den Bullen. Die Freiheit, die wir erkämpfen wollen kennt keine Auflagen, Gesetze, Gitter, Zäune und Grenzen. Für einen Frühling der Revolte nicht nur in Tunesien, Algerien, Albanien..., Überall!

the uncontrollables

Hamburg, Jan/Feb 2011

REVOLTE HEISST LEBEN

Die Fesseln von uns zu reißen, die Autorität zu konfrontieren und anzugreifen bedeutet unser Leben in die eigenen Hände nehmen.



Solidarität mit den Revolten in Tunesien, Algerien, Albanien, Jemen und Ägypten!
Der soziale Aufstand ist notwendig und gerechtfertigt überall !
Gestern, heute und morgen !
Freiheit für Alle!



Solidarität mit den 10 ehemaligen Militanten

Ehemalige Mitglieder aus der RAF werden im März als ZeugInnen im Stuttgarter Prozess gegen Verena Becker vorgeladen und es droht ihnen bei Aussageverweigerung Beugehaft bis zu sechs Monaten. Am 10. März müssen Günter Sonnenberg, Stefan Wisniewski, Rolf Heißler und Adelheid Schulz, am 24.März Knut Folkerts und Brigitte Mohnhaupt, am 25. März Sieglinde Hofmann, Rolf Clemens Wagner und Irmgard Möller und am 31. März Siegfried Haag erscheinen. Bis auf Irmgard Möller, die sich seit 1972 im Knast befand, waren alle Mitte der siebziger Jahre in der RAF organisiert.

Hintergründe zum Prozess gegen Verena Becker und den Beugehaftandrohungen

Am 30. September letzten Jahres begann in Stuttgart-Stammheim vor dem Oberlandesgericht der Prozess gegen Verena Bekker, einem ehemaligen Mitglied der RAF, die 1983 aus dem Kollektiv der Gefangenen aus der RAF ausgeschlossen wurde. Angeklagt ist sie wegen der Aktion gegen den damaligen Generalbundesanwalt Buback, der im April 1977 vom "Kommando Ulrike Meinhof" erschossen wurde. Buback, ein ehemaliges NSDAP-Mitglied, war verantwortlich für die Verschärfung der Isolationshaftbedingungen und den Tod von vier Gefangenen aus der RAF: Holger Meins, Katharina Hammerschmidt, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof. Im Rahmen der seit 2007 laufenden Ermittlungen wurde gegen einige ehemalige Gefangene bereits Beugehaft angedroht. Gegen Rolf Heißler und Stefan Wisniewski laufen laut Medien weiter Ermittlungsverfahren. Aus Gazetten ist weiterhin zu entnehmen, das die Kronzeugen Jürgen-Peter Boock, Werner Lotze, Silke Maier-Witt und Sigrid Sternebeck im Prozess gegen Verena Becker geladen sind oder waren. Alle Vier haben durch ihre Aussagen ehemalige RAF-Mitglieder denunziert und dadurch weitere Jahre Knast verursacht.

Die Verfolgung von ehemaligen RAF-AktivistInnen geht weiter

(...) Ehemalige Gefangene aus der RAF erklärten in einem Papier, das "von Einigen, die zu unterschiedlichen Zeiten in der RAF waren" im Mai 2010 veröffentlicht wurde: "Wenn von uns niemand Aussagen gemacht hat, dann nicht, weil es darüber eine besondere 'Absprache' in der RAF gegeben hätte, sondern weil das für jeden Menschen mit politischem Bewusstsein selbstverständlich ist. Eine Sache der Würde, der Identität - der Seite, auf die wir uns gestellt haben."

Die RAF verstand sich als Befreiungsbewegung im Kontext mit den Kämpfen im Trikont und in den Metropolen. Sie stand für Aufrichtigkeit, Mut und Hoffnung, auch unter schwierigen Bedingungen zu agieren und war für viele Linke ein wichtiger Bezugspunkt. (...)

Warum weiterhin dieses Verfolgungsinteresse und die Hetze?

Der legitime und notwendige Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung wird im Rahmen der Aufstandsbekämpfung mit allen erdenklichen Mitteln bekämpft, angefangen bei Desinformations- und Hetzkampagnen, bis hin zu Folter und extralegalen Hinrichtungen. (...) In diesem Kontext muss auch jetzt der Prozess gegen Verena Becker gesehen werden. Denn auch 40 Jahre nach ihrer Gründung und 12 Jahre nach ihrer Auflösung steht die RAF noch immer im Fadenkreuz der Repressionsorgane. Der Prozess soll dazu dienen, ein weiteres Mal mit der Geschichte der RAF abzurechnen, indem diese umgedeutet, diffamiert und letztlich entpolitisiert wird. Vor Gericht steht also nicht nur Verena Becker, sondern auch die Geschichte und Politik der RAF und damit verbunden die revolutionären Kämpfe in der BRD und weltweit. (...)

Solidarität mit den 10 vorgeladenen GenossInnen!

Wir müssen die RAF als wichtigen und elementaren Bestandteil unserer Geschichte - der Geschichte der revolutionären Linken - begreifen und vehement verteidigen. Von daher rufen wir dazu auf, die vorgeladenen GenossInnen vor Gericht zu unterstützen und sie durch einen gut gefüllten Prozesssaal zu unterstützen. Nicht zuletzt gegenüber den herrschenden Medien, die zahlreich anwesend sein werden. Denn jede/r, die/der schon einmal vor der Klassenjustiz stand, weiß, wie wichtig es ist, wenn man hinter sich solidarische GenossInnen weiß. Die Vorladungen sind am 10., 24., 25. und 31. März im Landgericht Stuttgart, Urbanstr. 20, Stuttgart-Mitte (Nahe Charlottenplatz), Saal 153. Zeigt euch solidarisch mit den 10, lasst sie bei ihren Vorladungen nicht allein und kommt zum Prozess!

Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen 26. Februar 2011

www.political-prisoners.net

www.nullaefinito.jimdo.com

(aus: Indymedia, gekürzt)



autoritäre formierung und repression

der folgende text fasst die stichworte eines vortrages zusammen, der 2010 im rahmen einer veranstaltungsreihe in hamburg zu staatlicher repression gehalten wurde. er sollte eine inhaltliche klammer um die veranstaltungswoche darstellen und über das innerhalb der linken gängige bild von repression hinaus weisen. dass die linke nur einen übermächtigen staat beschreibt, mit all seinen polizeilichen, geheimdienstlichen und militärischen möglichkeiten, führt zu einer diffusen angst.

ausgangsfragen des vortrages waren die fragen nach dem hintergrund einer sich verschärfenden repression, in welchem zusammenhang sie zu betrachten ist und welche politischen absichten damit verbunden sind.
außerdem sollte angedacht werden, was wir als radikale linke daraus ableiten können und müssen, zum einen für die praktische antirepressionsarbeit, aber vielmehr auch, um zu begreifen, mit welchen politischen mechanismen und realitäten wir konfrontiert sind. nur so sind wir auch in der lage, handlungsmöglichkeiten zu entwickeln, die über rein praktische antirepressionsarbeit hinausgehen.

1. wahrnehmung von repression in der linken

aus der subjektiven wahrnehmung der radikalen linken heraus ist die aktuelle repression immer die schärfste. je nach politischer und gesellschaftlicher situation hat es allerdings immer wieder wellen der repression gegeben. wer heute sagt, die aktuelle repression sei am schärfsten, ignoriert objektiv die bedingungen der eigenen bewegungsgeschichte. wie z.b. die repression gegen linke strukturen im zusammenhang mit bewaffneten gruppen von den 70er bis 90er jahren. killfahndung und mörderische isolationshaft gegen organisierte militante und ihre unterstützer_innen gehörten dabei zum repertoire staatlicher repression.
jene, denen bewaffnete gruppen zu fern sind und die sich persönlich mehr auf rein autonome geschichte beziehen möchten, sollten sich die kriminalisierung massenmilitanter bewegungen, wie die repressionswelle gegen den startbahn- und antiatomwiderstand vor augen führen. nach den schüssen an der frankfurter startbahn-west im herbst 1987 wurde die szene von einer groß angelegten und nachhaltigen repressionswelle überzogen. oder mensch betrachte sich die im lauf von mehr als 20 jahren wiederholten schläge gegen die 'radikal', die zuletzt 1995 für mehrere leute untersuchungshaft, für andere abtauchen bedeutete.
schon diese beispiele zeigen, dass es in der vergangenheit konkretere und deutlich härtere konsequenzen von repression für aktivist_innen gab.
wir stehen heute allerdings veränderten gesellschaftlichen bedingungen gegenüber. sowohl die politischen ausgangspunkte als auch die strategische bestimmung von repression sind jetzt andere.

was hat sich also tatsächlich verändert, außer dass es eine flut neuer gesetze gibt? auch wir sehen, dass sich repression zusehens verändert und verschärft, denken jedoch, dass es in der politischen analyse zu kurz greift nur die auswirkungen auf linke mobilisierungenen und aktivitäten zu betrachten.
repressive staatliche strategien finden mittlerweile auf allen gesellschaftlichen und politischen ebenen ihre umsetzung.

2. formen der repression innerhalb der gesellschaft

beginnend mit den 80er jahren im zuge europäischer vereinheitlichungspolitik auf dem weg zur eu wurden zunehmend neoliberale strategien auf nationaler und europäischer ebene propagiert und umgesetzt, um im globalen rahmen für eurpäisches kapital optimale verwertungsbedingungen durchzusetzen. die kapitalistische zauberformel deregulierung bedeutete den abbau staatlicher eingriffe in produktion, handel, waren- und geldverkehr. der markt soll sich selbst organisieren. marktradikalität und verwertungslogik sollen alle gesellschaftlichen bereiche bestimmen.

noch in den jahren vorher gab es als rahmenbedigungen des verwertungssystems staatlich gesetzte beschränkungen für das kapitalistische system. arbeitsschutzgesetze, kündigungsschutz oder flächendeckende tarifverträge waren genauso eckpunkte staatlicher intervention in den verwertungsprozess, wie ein wohlfahrtssystem, das auf dem solidarprinzip aufbaute. dahinter stand politisch das ziel, die meisten menschen ins gesellschaftliche einerlei zu integrieren, solange dies aus kapitalistischer sicht sinn machte und finanzierbar war.

spätestens mit den 90er jahren und parallel zum zusamenbruch der "rael"sozialistischen staaten war der gegenentwurf durchgesetzt: individualisierung, fragmentierung und wettbewerb kapitalistischer konkurrenzen, sei es zwischen indivduen, standorten oder staaten, bestimmen die gesellschaftlichen bedingungen und sozialen verhältnisse.
das ende des sogenannten wohlfahrt- und sozialstaates, bedeutet gleichzeitig, dass das staatliche system der parlamentarischen demokratien westeuropas nicht mehr für formale bürgerliche freiheitsrechte, bzw. für liberale demokratie steht.
im gegenteil ist es ein system, dass nur noch in der logik von verwertung denkt und die bedingungen dafür zunehmend repressiv absichert, nach innen wie nach aussen.
je erfolgreicher neoliberale politik umgesetzt wird, um so mehr verschärfen sich soziale, ökonomische und kulturelle widersprüche. massenarbeitslosigkeit, sinkende einkommen und die komplette demontage sozialer sicherungssysteme sind gleichzeitig kalkül wie auch konsequenz neoliberaler politik und keineswegs ergebnisse einer behaupteten krise.

sicherheit und repression sind mittlerweile schlüsselbegriffe im gesellschaftlichen diskurs und werden vorherrschende aspekte von kernideologien kapitalistischer herrschaft. das bewusstsein, gesellschaftliche und ökonomische widersprüche seien nicht strukturell zu lösen, sondern nur durch sanktion, ausschluss und verdrängung, soll umfassend durchgesetzt werden.
auf der ebene von individualisierungsstrategien bedeutet dies, dass jede_r für ihre_seine 'probleme' selbst verantwortlich und schließlich selbsthaftbar ist. das ganze wird als flexibilität und empowerment schöngeredet. schlussendlich greift repression dort, wo individuelle lösungen nicht möglich oder nicht leistbar sind - und das auf allen gesellschaftlichen und politischen ebenen.

auch im sozialbereich läuft es nach genau diesem schema: systematische arbeitslosigkeit, keine neue arbeit gefunden, "nicht genug bemüht", "arbeitsscheu", hartz-IV, 1-euro-job verweigert, keine leistungen mehr etc. auch die tatsache, dass ein jugendrichter im hamburger stadtteil bergedorf schuleschwänzen mit knast bestraft und als begründung anführt, schuleschwänzen sei ein anzeichen von delinquenz, macht deutlich, dass die zeiten von integration und sozialarbeit endgültig vorbei sind.
und wenn dann die hamburger presse das urteil abfeiert und schuleschwänzen als bedrohung propagiert, bedient sie eine politische stimmung, die durch konstruktion und überbetonung von bedrohungsszenarien geprägt ist.

groß angelegte mediale aufarbeitungen und politische initiativen erfüllen genau den einen zweck, nämlich den sicherheitsstaat (und darin ist mit sicherheit nicht die soziale sicherheit einbegriffen) weiter auszubauen und als alternativlos darzustellen.
der strategische nutzen für den staat liegt dabei im bestreben seine souveränität und legitimität zu garantieren und die bestehenden kapitalistischen eigentums- und machtverhältnisse wie rassismus, sexismus

aufrecht zu erhalten.
ein strategischer eckpunkt staatlicher politik ist also perspektivisch die durchsetzung eines autoritären, repressiven apparates inklusive eines sicherheitsdiskurses, der alle gesellschaftlichen bereiche durchzieht und schließlich die permanente aufrüstung nach innen wie nach außen durchsetzt.

was wir erleben, ist die transformation des gesellschaftlichen bewusstseins, in dem die bedürfnisse nach individuellen und kollektiven freiheiten zerschlagen und aufgelöst werden.
dabei sind die menschen nicht nur passive objekte von überwachung und repression. transformation heisst hier auch, dass sie die ideologien des präventiven sicherheitsstaates als subjekte verinnerlichen sollen.Das spiegelt sich zum beispiel in der ausführung gesellschaftlicher kontrolle oder der akzeptanz von kameraüberwachung ("ich habe nichts zu verbergen") weitgehend wieder.
so wird sicherheit als schutz gegen kaptitalistische internationalisierung, wie arbeitsmigration, "ausländische drogenbanden" und "islamistischen terrorismus", imaginiert. zugleich bieten hartz-IV und 1eurojobs oft genug terrain für die konstruierte hetze gegen sogenannte sozialschmarotzer. denn in der selbstdisziplinierung und konkurrenz um ihre markttauglichkeit bekämpfen und verurteilen individuen abweichendes verhalten und fügen sich damit dem sozialen druck eines vermeintlichen gesellschaftlichen normalzustandes. die macht- und repressionsausübung und die durchsetzung eines hegemonialen sicherheitsbegriffes erfolgt also nicht allein von außen, sondern ganz maßgeblich durch die individualisierten menschen innerhalb der gesellschaft selbst.
das projekt des präventiven sicherheitsstaates, die durchsetzung von neoliberaler politik und eine autoritäre formierung von gesellschaft gehören untrennbar zusammen.
früher hieß es, repression ist die staatliche reaktion auf zugespitzte soziale oder ökonomische widersprüche. die strategie eines präventiven sicherheitsstaates setzt den fokus darauf, schon weit im vorfeld einer zuspitzung zu agieren und wirkungsmacht zu entfalten.

3. militarisierung
der extremste ausdruck des derzeitigen sicherheitsdiskurses ist die zunehmende militarisierung des staatlichen denkens und handelns bis hin zur militärischen interventionen, also das führen von krieg. der etablierte sicherheitsbegriff ermöglicht es, militärische und polizeiliche handlungsebenen zu verbinden. im offiziellen eu- sprachgebrauch werden weltweit zu führende kriege mit sicherheitsbegrifflichkeiten legitimiert. (nämlich mit der sicherheit der energieressourcen der eu und der sicherheit der waren- und finanzwege). nichts anderes bedeutet der als polizeieinsatz legitimierte internationale militäreinsatz gegen sogenannte piraten vor der ostafrikanischen küste.

nicht nur durch die flut von sicherheitsgesetzen, sondern auch über eine immer weiterentwickelte feindbekämpfung wird auch im inneren ein permanenter ausnahmezustand behauptet und umgesetzt. (polizeigesetze und ausländerrecht als gefahrenabwehrgesetze, politisch motivierte extremismustheorien, feindbekämpfungsideologien) schäuble hat 2006 als innenminister durchblicken lassen, wohin sich der sicherheitsbegriff nach innen entwickeln soll, als er behauptet hat, die brd befände sich im kriegs- bzw. im kriegsfolgerecht und müsse sich entsprechende instrumentarien schaffen, um gegner zu bekämpfen.
für die menschen in den metropolen werden krieg und frieden deckungsgleich gemacht, auch wenn der krieg andernorts geführt wird. das ignorieren, bzw kritiklose hinnehmen des kriegszustandes, in dem sich die brd, die eu und die nato weltweit befinden, wird zur normalität erklärt. denn globale militärische interventionen gehören heute mehr als je zuvor zum kapitalistischen normalzustand.
staatliche feindkonstruktionen und -erklärungen sind kein statischer zustand, sondern unterliegen staatlichen politischen notwendigkeiten. die globalen gesellschaftlichen und ökonomischen bedingungen lassen erahnen, dass immer mehr menschen auch in den metropolen wieder zu denen gehören könnten, gegen die krieg geführt wird.
als radikale linke müssen wir in unsere praxis mit einbeziehen, dass krieg die herrschenden bedingungen maßgeblich bestimmt. genau das muss teil der grundlage unser eigenen politik werden.
wir organisieren uns auf dem gebiet eines kriegführenden systems.

4. resume
in der vorliegenden zusammenfassung wird deutlich gemacht, dass repression weit mehr ist als das, mit dem wir uns in der regel als praktische antirepressionsarbeit befassen (festnahmen auf demos, u-haft, anquatschversuche usw).
staatliche repression betrifft nicht nur uns als linke, sondern in anderer form auch viele andere menschen.
repression gegen linke strukturen entspringt dem selben kalkül, wie etwa der sozialer druck auf individuen oder der vorherrschende sicherheitsdiskurs, nämlich der aufrechterhaltung des kapitalistsichen normalzustands im nationalen wie im globalen maßstab.
wichtig ist es zu verstehen, inwiefern repressive praxis und ideologie fundamente kapitalistischer ordnung auf vielen verschiedenen ebenen ist. es geht eben nicht um ein beklagen der allmächtigen repression und nicht um den ruf nach rechtsstaatlichkeit.

es geht um ein ein analytisches verständnis staatlicher ideologien und gesellschaftlicher mechanismen des systems, das wir bekämpfen, um eine gesellschaftlich wirksame linksradikale praxis entwickeln zu können.
unter diesen gesichtspunkten ist es verwunderlich, wie wenig die sicherheitsgesetze (ähnlich wie das hartz-gesetzespaket) thema in linken diskussionen waren, obwohl sie zum einen auch 'uns' gelten, zum anderen die gesellschaftlichen bedingungen hier nachhaltig verändert haben.

antirepressionsgruppe
hamburg

Auch bei Spontis gilt: Keine Demo ohne den EA!

In der letzten Zeit gab es in Hamburg einige erfreuliche spontane Demos und Aktionen, bei denen auch viel bei uns angerufen wurde. Nicht ganz so erfreulich ist, dass wir immer öfter nicht angefragt wurden. Wenn wir da sein sollen, müssen aus unserer Sicht bestimmte Grundlagen vorhanden sein:

1. wir kriegen Bescheid gesagt - möglichst früh.
2. wir besprechen dann mit euch, was für eine gute EA-Arbeit wichtig ist.
3. nur wenn ihr mit uns gesprochen habt, könnt ihr sicher sein, dass das Telefon besetzt ist.

So viel erstmal.
Lasst es krachen.
Anna & Arthur halten's Maul!

Liebe Grüße der EA

Aus der Wüste - Zwischenbericht des Solizusammenhangs

Nachdem die Ereignisse nun mehr als ein Jahr zurückliegen, wollen wir nochmal den aktuellen Verfahrensstand bezüglich der Beschuldigung der versuchten Brandstiftung transparent machen: Im August 2009 wurde eine Genossin im Hamburger Internetcafe Gamespot im Kleiner Schäferkamp 24 vorläufig festgenommen.
Es lief wohl so ab, dass sie einem der dortigen Mitarbeiter "auffällig", was auch immer das heißt, erschien und er daraufhin einen Screenshot von dem von ihr benutzten Arbeitsplatz machte. Das ist offensichtlich eine gängige Praxis in Internetcafes.
Daraufhin verständigte er die Bullen und die Geschichte nahm ihren unerfreulichen Lauf. Unter dem Vorwurf einer versuchten Brandstiftung wurde sie vorläufig festgenommen, anschließend fand eine Hausdurchsuchung und eine erkennungsdienstliche Behandlung statt. Die Genossin verweigerte die Aussage.
Laut Hamburger Verfassungsschutzbericht bezieht sich die Bullenaktion auf die seit November 2008 laufende Aktionsreihe gegen die Kriegsdienstleisterin Deutsche Post/DHL.

Dort heißt es: "Am 25.08.09 wurde eine Hamburger Autonome wegen versuchter Brandstiftung festgenommen, nachdem sie in einem Internetcafe eine Bekennung mit der Überschrift "Der Bundeswehr und ihren PartnerInnen Feuer unterm Arsch machen!" verfasst hatte. Darin ging es um geplante Brandanschläge auf Fahrzeuge der Deutschen Post und der DHL; die Taten wurden nicht ausgeführt. "Freund_Innen und Genoss_Innen" erklärten sich per Flyer wenige Tage später solidarisch mit der Beschuldigten." Zitat Ende.

Ein Teil des Umfelds der Betroffenen und auch die Betroffene selbst, wurden anschließend über einen längeren Zeitraum einigermaßen intensiv observiert. Nachdem diese Observationen im Rahmen einer Veranstaltung öffentlich gemacht wurden, endete die offensichtliche Überwachung der Personen.
Ob die Observationen tatsächlich mit dem Verfahren zusammenhingen wissen wir schlicht und einfach nicht. Es sei aber an dieser Stelle nochmals darauf hingewiesen, dass in Hamburg zahlreiche Ermittlungen gegen Unbekannt laufen und der Staatsschutz massiv versucht linke Strukturen zu durchleuchten.

Um den Hintergrund des Verfahrens verständlich zu machen, wollen wir kurz einige dokumentatorische Worte zu der oben erwähnten Kampagne verlieren: In dieser wird, laut der Internetseite der Kampagne, die Rolle der DHL als Militärlogistikerin der Bundeswehr öffentlich gemacht, mit dem Ziel, dem Gewinn aus dem Geschäft mit dem Krieg, einen möglichst unkalkulierbaren Imageschaden entgegen zu setzen. Das geschah bisher bundesweit beispielsweise durch Plakataktionen, Flugblätter, Kundgebungen, durch Umfärben von Postfassaden, Paketstationen und Briefkästen und auch durch feuertechnische Eingriffe in den Fuhrpark der DHL.

Nach wie vor will die Bundeswehr große Teile ihrer Basislogistik an ein ziviles Unternehmen abtreten, was als umfangreichstes Projekt der Privatisierung und Umstrukturierung der Bundeswehr gilt. Dabei geht es um Lagerung von Material, den Transport von Kriegsgerät sowie Soldat_innen, Treibstoff und Munition. Zivile Firmen und Dienstleister_innen werden so zu aktiven Akteur_innen einer kriegerischen Mobilmachung, weil sie mit Krieg und kriegerischen Friedenseinsätzen ein ökonomisches Interesse verbinden und daraus auch real wirtschaftlichen Profit schlagen. Unter anderen bewarb sich auch die DHL 2008 um diesen bislang größten Auftrag der deutschen Transportbranche.
Das politische Ziel der Kampagne besteht darin, die Zusammenarbeit der DHL als olivfarbener Briefträger und Transporteur von Kriegslogistik bis hin zur Auslieferung von Munitionsteilen für die Bundeswehr öffentlich zu thematisieren und zu skandalisieren. Mit der Skandalisierung am Beispiel der DHL wird beabsichtigt, eine breite Kampagne auszurufen, welche die wachsende Verzahnung ziviler und militärischer Bereiche in das Bewusstsein der Öffentlichkeit tragen soll.

Das praktische Ziel der Kampagne ist offensichtlich: Die DHL sollte sich aus dem Geschäft mit der Bundeswehr zurückzuziehen, weil der Imageschaden und ein wachsender Konsument_innenstreik durch Ereignisse vielfältigster Art schwerer wiegen würden als der ökonomische Aspekt.
Nach über einem Jahr ungewöhnlich offensiver Aktivitäten gegen den Kriegslogistiker DHL und nach über einem Jahr wirtschaftlicher Flaute zog die DHL Anfang 2010 ihre Bewerbung für den Bundeswehr Auftrag zurück, "weil die mit dem Auftrag verbunden Risiken als zu groß galten" (Financial Times). Dieser Rückzug kann aber weder als definitiv gewertet werden noch sollte das militärische Engagement der DHL jenseits dieses Vertrages vernachlässigt werden. So lange der Konzern bei seiner Haltung bleibt, dass Bundeswehr und NATO Kunden wie jede anderen auch seien und so lange sich diese Haltung in Kriegsbeteiligungen an der Seite der NATO - Kampfeinheiten in Afghanistan und Irak ausdrückt, so lange wird, laut Kampagnen - Broschüre, auch die Imagebeschmutzungskampagne weitergeführt werden.

Krieg ist ein Geschäft. Nicht nur für Rüstungsfirmen, sondern auch Unternehmen wie die Deutsche Post/DHL. Und seit die Bundeswehr nach 1945 zu einem völlig normalen Instrument deutscher Außenpolitik geworden ist, sogar ein verhältnismäßig "krisenfestes" Geschäft. Je umfangreicher die Kriegseinsätze, um so höher der Umsatz in der Bilanz. Die Produktion und Dienstleistung für das Militär tragen zur Anerkennung und Akzeptanz des Krieges und zur Militarisierung der Gesellschaft bei, die durch die immer wiederkehrende Diskussionen um den Einsatz der Bundeswehr im "Inneren" und den Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit noch verstärkt wird. Dass die BRD zu den weltgrößten Rüstungsexporteuren gehört, ist keine Erfolgsnachricht, sondern nur ein weiterer Grund, in diesem Land antimilitaristisch zu intervenieren.

Im Rahmen der Beschuldigungen in Hamburg bewegt sich derweil alles in seinen juristischen Bahnen. LKA und Staatsanwaltschaft lassen sich Zeit die Ermittlungen endgültig abzuschließen und der Anwältin die vollständige Akte zu übermitteln. Ob die Ergebnisse für die Eröffnung eines Prozesses ausreichen, bleibt somit weiterhin offen.

An alle, die uns bislang unterstützt haben,
vielen Dank,
viel Power für die Genossin

Solizusammenhang Hamburg
Dezember 2010

Weitere Gedanken zu Repression, Ohnmacht und Perspektiven

Vor einiger Zeit schrieb ein Solizusammenhang aus Hamburg einen Text*, in dem über Repression, Ohnmacht und Perspektiven nachgedacht wird. Vieles hat uns sehr gefallen und so wollen wir mit dieser Antwort eigene Gedanken und unsere Solidarität äußern. Repression Die im vergangenen Jahr festgenommene Gefährtin wird beschuldigt, sie hätte etwas aus antimilitaristischen Gründen anzünden wollen. Ob dies wirklich der Fall ist, interessiert uns, da es aus Bullenfeder stammt, überhaupt nicht. Abgesehen davon finden wir es gut und wichtig aus antimilitaristischen Gründen (und vielen mehr) Dinge anzuzünden! Gerade in der aktuellen Spannung, ist es wichtig einen klaren Kopf im Umgang mit Angriffen wie diesem zu bewahren. In Anbetracht der im Text des Solizusammenhangs erwähnten Mischung aus medialer Hetze und Vorverurteilungen, frustrierter Bullen und unter Zugzwang stehender Politik ist uns allen klar, dass es weitere Repressionsschläge geben wird. In einer solchen Situation denken wir, dass es wichtig ist Solidarität in Form von offener Komplizenschaft zu äußern um somit angemessen reagieren zu können. Wenn bei den Bullen und in den Medien von "HassbrennerInnen" die Rede ist, wenn PolitikerInnen die Extremismustheorie auf den Tisch packen, ist dies ein guter Zeitpunkt in Wort und Tat den gestreckten Mittelfinger herauszuholen und zu zeigen, wie gut Hass brennt; dass der Versuch unsere Gefährtin und uns alle einzuschüchtern so nicht stehen bleiben darf. Jeder weitere Schlag klopft an ihre Tür und wenn wir die Ausreden für die Aufklärungsquote, das Jammern der Eppendorfer Limosinenbesitzer und das Gepöbel von Polizeigewerkschaftsführer Lenders hören, schmeckt der Kaffee morgens gleich besser. Ohnmacht Wir waren sehr erfreut in dem Text des Solizusammenhangs über ihre Gedanken zum "Ohnmachtsgefühl" zu lesen. Zu unserem Solidaritätsbegriff gehört neben dem oben genannten Umgang mit Repression natürlich die konkrete Unterstützung der/ des Betroffenen und der Umgang unter den Gefährtinnen. Wenn wir von Schikanen wie offensichtlicher Observation hören, kommt der Hass wieder hoch. Es muss unsere Aufgabe sein in militanten Zusammenhängen, die aufkommenden Ängste und Gefühle aufzufangen und zu teilen. Sie gehen uns alle an. Keine/r ist alleine. Durch regen Austausch, durch offene Kommunikation und das nicht Trennen unserer alltäglichen Gefühle von unseren Emotionen im Kampf müssen wir versuchen gemeinsam in unseren Zusammenhängen entstehende Ängste zu bewältigen. Es ist uns durchaus bewusst, dass solch ein Vertrauen nicht leicht aufzubauen ist, denken jedoch, dass es ein wichtiger Bestandteil sein sollte. Eine solche Basis stellt ein Muss dar um mit verschiedenen Situationen wie z.B. Schocks oder Traumata durch Knast und Bullengewalt klarzukommen und nicht daran zu zerbrechen. In einem weiteren Punkt wollen wir euch zustimmen. Es stellt in jedem Fall keine Perspektive dar, Hoffnungen auf den juristischen Prozess zu setzen. Konkreter denken wir, dass bis auf die von Fall zu Fall und Mensch zu Mensch unterschiedlich auszuwählende Strategie den Prozess betreffend, dieser Teil nebensächlich ist. Wir wollen und können nicht auf das Rechtssystem setzen. Am Ende sind wir selbst es, die die Situation, wie auch immer sie sich wendet, gemeinsam tragen müssen. Diese von vorne herein zusammen zu bestimmen und in eigenen Händen zu behalten ist der einzige Weg, um unseren Vorstellungen, Grundsätzen, Analysen und Träumen gerecht zu werden. Natürlich ist auch dies leichter gesagt als getan, es ist so schwer sich nicht verrückt machen zu lassen. Gerade deswegen darf keine/r alleine gelassen werden. Zusammen müssen wir uns der Situation stellen, dem Druck standhalten und uns nicht klein kriegen lassen. Es kommen immer Fragen auf, die sich nicht ignorieren lassen, zu denen es aber gilt gemeinsam eine konsequente selbstbewusste Haltung zu entwickeln. Vereinzelung ist das, was uns im Alltag abhängig und schwach machen soll. ...Suche nach Perspektiven Wir finden euren Text weder passiv noch resignativ. Eher offensiv und auch nachvollziehbar. Klar haben auch wir mehr Fragen als Antworten. Und in der Praxis ist es oft nicht leicht unsere scheinbar so klaren Ideen umzusetzen. Auch wir haben kein Patentrezept, aber dafür den Willen verschiedene Ideen praktisch anzugehen, uns auszutauschen und uns nicht alleine zu lassen. Dem Warten seine Starrheit zu nehmen und ihm kämpferisch zu begegnen. Wir werden euch in dieser Situation unterstützen wie es nur geht. Wir senden solidarische Grüsse, viel Kraft und Ausdauer an die betroffene hamburger Gefährtin und den Solizusammenhang.



An alle, die für die Freiheit kämpfen- ob draußen auf der Straße oder in den Knästen und Lagern. Mit Feuer im Herzen und in den Händen. Solidarität und Komplizenschaft! Für den sozialen Aufstand!

ein Rudel Anarchistinnen und Anarchisten
Herbst 2010 Hamburg

* Der Text ist in der "Entfesselt" Ausgabe Sommer 2010 (auch digital auf abc-berlin.net) zu finden

Freispruch für das Gefangenen Info

Ein Prozessbericht der Roten Hilfe OG Magdeburg.

Die Rote Hilfe OG Berlin, das Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen und das Gefangenen Info riefen zum 11. Oktober 2010 zu einer Prozessdelegation zur Unterstützung des Gefangenen Infos auf, an welcher wir mit einem vollbesetzten Auto teilnahmen. An diesem Montag fand der Revisionsprozess gegen den presserechtlichen Verantwortlichen des Gefangenen Infos - Wolfgang Lettow - statt.

Hintergrund:
Am 21. April 2010 wurde Wolfgang zu einer Geldstrafe von 800 Euro verurteilt, da er für die Veröffentlichung eines Artikels der Roten Hilfe OG Düsseldorf / Mönchengladbach / Neuss verantwortlich sei. Es handelte sich hierbei um einen Prozessbericht vom 2. Juli 2009 im Düsseldorfer 129b Prozess gegen Faruk Ereren, der in der 348sten Ausgabe des GI' s abgedruckt wurde. In diesem wurde die Verhängung von Beugehaft gegen den durch jahrelange Haft und Folter in der Türkei erblindeten Nuri Eryüksel thematisiert. Unter anderem soll der Richter B. Klein die Verhängung der Beugehaft mit der zynischen Bemerkung "für Nuri sei die Beugehaft wohl ein wirksames Mittel, um sich zu besinnen, denn er sei ja erblindet" begleitet haben. Das Gefangenen Info erhielt deswegen neben dem Online-Portal "Scharf Links" eine Anklage wegen Verleumdung.
Die Beugehaft gegen Nuri wurden 4 Wochen später durch das BGH als rechtswidrig erklärt.

Revisionsprozess vor dem Berliner Landgericht:
Am 11. Oktober 2010 fand vor dem Berliner Landgericht die von der Verteidigung des Gefangenen Infos eingeforderte Revisionsverhandlung statt. Um 13 Uhr versammelten sich einige Personen zu einer Kundgebung vor dem Landgericht. Es wurden ein Transparent des Gefangenen Infos mit der Aufschrift "Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen" als auch eines von TAYAD mit den Gesichtern der Düsseldorfer 129 b Angeklagten gezeigt. Anwesend waren u.a. Vertreter des Komitee für den Aufbau einer Roten Hilfe International Italien, der Roten Hilfe Düsseldorf, des Netzwerk Freiheit für alle politischen Gefangenen, des Komitees für Grundrechte und Demokratie und des TAYAD Komitees. Schon im Vorfeld gab es Solidaritätserklärungen von den Gefangenen Nurhan Erdem, Thomas Meyer Falk, Faruk Ereren sowie von der Bundestagsabgeordneten Ulla Jelpke.

Um 13.30 Uhr begann der Prozess, der von circa 20 Menschen solidarisch begleitet wurde. Nach den üblichen Formalias verlas Wolfgang eine Prozesserklärung, in der es unter anderem hieß: "Die Repression gegen linke Medien ist kein Einzelfall, denn seit einem halben Jahr hat sie zugenommen. Ebenso kommt es wegen des Abdrucks desselben Artikels gegen das Internetportal "Scharf-links" zu einer Berufungsverhandlung. Gegen linke Buch- und Infoläden kam es neben München vor allem in Berlin zu mehreren Durchsuchungswellen, weil sie subversive Zeitschriften ausgelegt hatten. Hier werden die Betreiber_innnen dieser Läden nach Meinung der Staatsanwaltschaft für den Inhalt dieser Publikationen verantwortlich gemacht und so wird fortlaufenden Druck und Repression auf sie ausgeübt. In den 21 Jahren seit Bestehen des "Gefangenen Infos" hat es über 30 Versuche seitens des Staates gegeben, die Zeitung mundtot zu machen. In Anbetracht der Tatsache, dass linke Medienprojekte wie das "Gefangenen Info" keine kommerziellen Ziele verfolgen und somit nicht über ein dickes Finanzpolster verfügen, gleicht jeder Strafbefehl und jede Geldstrafe einem massiven Angriff, der die Existenz dieses Projektes
gefährdet. Da diese repressiven Maßnahmen in erster Linie wirtschaftlichen Schaden anrichten und einschüchtern sollen, stellt sich uns die Frage, ob diese Maßnahmen nicht hart an der Grenze zur Medienzensur liegen.
Neben der redaktionellen Arbeit musste die Existenz und damit das Fortbestehen des Infos auch immer vor Gericht verteidigt werden, um damit das Leben vor allem der Gefangenen aus der RAF vor staatlichen Übergriffen hinter Gittern zu schützen. Heute sind es vor allem Eingesperrten aus türkischen und anderen migrantischen Zusammenhängen, die diesen Sonderhaftbedingungen und -gesetzen ausgesetzt sind. Es bedeutet immer Kampf auf allen diesen Ebenen, den Weggesperrten einen unzensierten Raum zu geben für ihre politischen Vorstellungen bis hin zur ihrer Freiheit!..." (Zitat Wolfgang Lettow - Prozesserklärung vom 11.10.2010).
Die Verteidigung stellte fest, dass der Artikel, der die Grundlage der Anklage bildete, nicht vom Gefangenen Info verfasst wurde, sondern von Prozessbeobachtern der Roten Hilfe OG Düsseldorf / Mönchengladbach / Neuss. Personen, die kontinuierlich den Prozess gegen Faruk besuchen und durch diese Kontinuität entsprechend vertrauenswürdige Berichte schrieben und schreiben. Selbst wenn die Aussage des Richters nicht gestimmt hätte, hätte Wolfgang nicht stutzig werden müssen, wenn man sich die gesamten Umstände des Prozesses zu Gemüte zieht. Danach verlas die Richterin die Zeugenaussagen einiger Richter und Mitarbeiter des OLG Düsseldorf. Diese leugneten eine derartige Bemerkung des Richter Klein. Die Richterin bemerkte nach der Verlesung, dass ihr nicht klar sei was er denn dann gesagt habe. Dass er was gesagt haben muss, davon gehe sie aus, aber in keine der Aussagen der Richter und Mitarbeiter könne sie einen Hinweis darauf finden. Die Verteidigung stellte zwei Beweisanträge. Unter anderem sollte W. Wekmüller, Rechtsanwalt von Nuri Eryüskel, geladen werden, der am besagten Verhandlungstag des 2.7.2009 anwesend war und deshalb berichten könne, wie der Richter Klein sich gegenüber Nuri verhalten hat. Weiterhin sei es am OLG Düsseldorf üblich, dass gerne zynische und auch mal rassistische Bemerkung gegen unsere arabischen Mitmenschen getätigt werden. So wolle ein anderes Mitglieds des OLG, Richter Breidling - auch als Richter " Tacheles" bekannt - "keine Geschichten aus 1001Nacht hören" und schimpft regelmäßig auf " die Missstände" in der Anwendung des Ausländergesetz. Und das meint er nicht in unserem Sinne. Das Gericht war den Anträgen positiv gestimmt, wies aber daraufhin, dass diese doch als Hilfsanträge zu stellen seien, da das Gericht zu einem Freispruch neigt. So könne unnötiges in die Länge ziehen verhindert werden. Die Verteidigung stimmte dem zu. Nach einer Unterbrechung wurden die Plädoyers gehalten. Anschließend verkündete das Gericht den Freispruch. Das Urteil ist inzwischen rechtskräftig, davon Seiten der Staatsanwaltschaft auf Berufung verzichtet wurde.

Schade war's, dass doch relativ wenig Menschen dem Aufruf der Prozessdelegation folgten. Gerade die Beteiligung aus Berlin angesichts einer starken Aktivengruppen lies doch zu Wünschen übrig.
Nichts desto trotz und gerade deshalb: Solidarität muss praktisch werden!
Glückwunsch an das Gefangenen Info für den Freispruch!

Rote Hilfe OG Magdeburg
www.magdeburg.rote-hilfe.de

Versammlungsrecht als repressives Instrument gegen Blockadekonzepte

Massenkriminalisierung von Blokkierer innen eines '1000 Kreuzemarsches' in Münster

Im März 2009 stellten sich in Münster etwa 150 Protestierende einem 1000 Kreuzemarsch christlich-fundamentalistischer Abtreibungsgegner_innen in den Weg und hielten ihn über eine Stunde auf. 106 Blokkierer_innen wurden von der Polizei eingekesselt, festgenommen und ED-behandelt. Noch auf auf der Straße wurde einigen der Festgenommenen von der Einsatzleitung angekündigt, dass gegen sie ein Verfahren wegen 'Sprengung einer Versammlung' eingeleitet werden würde.
In Münster aber auch in verschiedenen anderen Städten wie Berlin, München oder Fulda finden seit Jahren 'Gebetsprozessionen' radikaler Abtreibungsgeger_innen statt. Das Bild dieser Märsche ähnelt sich, weiße Holzkreuze in den Händen ziehen sie dunkel gekleidet und entweder schweigend oder lautsprecherverstärkt betend durch die Straßen.

Seit 2007 ist 'EuroProLife' als Dachorganisation verschiedener europäischer Lebensschützergruppen verantwortlich für die Durchführung dieser Demonstrationen,eine Organisation, die erklärt mit den Märschen die 'Kultur des Todes' innerhalb der Gesellschaft überwinden zu wollen. Eine ihrer Hauptargumentationslinien ist dabei offen völkisch/nationalistisch, wenn im demographischen Zusammenhang die Existenz des deutschen oder europäischen 'Volkes' durch Abtreibungen als gefährdet begriffen wird. 'Ein Volk stirbt im Mutterleib' ist eine wiederkehrende Parole von EPL, deren Kontakte ins rechtskonservative Lager logische Konsequenz einer gemeinsamen Weltanschauung sind. So gehört der Bundesvorsitzende des 'Bundesverbands Lebensrecht' zu den Erstunterzeichner_innen des 'Manifestes gegen den Linkstrend', eines Papiers aus der Schnittmenge von CDU und 'Neuer Rechter', in dem gegen Abtreibungen aber auch gegen 'Geschlechterumerziehung' polemisiert und die Gefahr der 'Islamisierung Deutschlands' imaginiert wird. Nicht erstaunlich also auch, dass 2008 und 2009 sowohl in München als auch in Münster organisierte Nazis an 1000 Kreuze Märschen teilgenommen haben.

Seit 2008 formiert sich in Berlin, München und Münster organisierter Protest gegen die 1000 Kreuze Märsche, um der reaktionären, antifeministischen und homophoben Propaganda christlicher Fundamentalist_innen auf der Straße entgegen zu treten. In Berlin endeten 2009 diverse Kreuze in der Spree, nachdem über 500 Menschen den 1000 Kreuze Marsch begleitet und lautstark kommentiert hatten.

Versammlung gesprengt?

In Münster wurden im März 2009 über hundert Menschen festgenommen, nachdem einige sich dem Marsch in den Weg gestellt hatten; soweit ein eher gewohntes Vorgehen der Staatsmacht. Was dann folgte ist ganz offensichtlich ein politisch/juristischer Testballon. Allen Festgenommenen wurde vorgeworfen den Straftatbestand der Versammlungssprengung erfüllt zu haben.
Versammlungsgesetz § 21[Störung von Versammlungen oder Aufzügen] Wer in der Absicht, nichtverboteneVersammlungen oder Aufzüge zu verhindern oder zu sprengen oder sonst ihre Durchführung zu vereiteln, Gewalttätigkeiten vornimmt oder androht oder grobe Störungen verursacht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

Die Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende wurden bis jetzt zwar zum größten Teil eingestellt, aber diese fast alle gegen Sozialauflagen. Gegen alle Erwachsenen wurden Strafbefehle über 30 Tagessätze in Gesamtstrafen zwischen 300 und 1200€ verhängt, einer sogar über 60 Tagessätze zu 2400€. Alle Strafen wurden für 2 Jahre zur Bewährung ausgesetzt. Gegen die Strafbefehle wurde kollektiv Widerspruch eingelegt, so dass es bis jetzt zu ca. 70 Hauptverhandlungen mit unterschiedlichen Ergebnissen gekommen ist. Diverse Verfahren wurden gegen Zahlung von 300€ Geldbuße eingestellt, andere Beschuldigte wurden freigesprochen. Aber bis jetzt 16 Beschuldigte wurden wieder zu hohen Geldstrafen verurteilt, zwei sogar wegen 'Beihilfezur Versammlungssprengung', weil ihre 'physische Präsenz auf dem Fussweg die Blockierer auf der Straße psychisch unterstützt' ätte !

Ein Urteil ist vom Oberlandesgericht Hamm mittlerweile wieder aufgehoben und ans Amtsgericht Münster zurückverwiesen worden. Was auf den ersten Blick wie ein Erfolg wirkt, ist bei genauerer Betrachtung eine Aufforderung des OLG das Urteil schlüssiger zu begründen.
Quer durch den beteiligten Justizapparat in Nordrhein-Westfalen gibt es ein explizites Verurteilungsinteresse, dass offenbar neue Normen im Rahmen des Versammlungsrechts festschreiben soll.

Strategie gegen Massenblockaden

Die Verfahren in Münster eignen sich ganz offensichtlich zu dem Versuch, juristisch einen Weg einzuschlagen, Massenblockaden wirksam zu kriminalisieren. Die Durchsetzung dieses Mittels würde ganz erheblich dazu beitragen können, von der Teilnahme an Blockaden von z.B. Naziaufmärschen abzuschrecken.
Massenblockaden haben den Weg zurück ins gesellschaftliche Bewusstsein als Praxis des 'zivilen Ungehorsams' gefunden. Die breite Beteiligung auch explizit nicht linksradikaler Blockierer_innen
z.B. in Dresden macht es der Staatsmacht zusehends dringlicher einen repressiven Umgang zu entwickeln, der dieses entstehende gesellschaftliche Bewusstsein wieder in die Schranken des präventiven Sicherheitsstaates verweist.

2010 gab es in Dresden Durchsuchungen, Beschlagnahmungen von Plakaten und Ermittlungsverfahren wegen des Aufrufs zur 'Sprengung' der Naziversammlung. Angesichts der Teilnahme soviel bürgerlicher Prominenz ging dieser Schlag gegen die Mobilisierung für den Staatsapparat allerdings eher nach hinten los.
Das Durchsetzen der Ermittlungsverfahren und Verurteilungen in der christlich geprägten Provinz von NRW mit einem strafrechtlichen eher ungewöhnlichen Vorwurf und dem Versuch diese Urteile ohne mediale Öffentlichkeit dann auch in höheren Instanzen bestätigt zu bekommen, scheint als Versuch der juristischen Normensetzung vielversprechender.

Schließlich gehört dieser juristische Testlauf auch in den Zusammenhang mit den Diskussionen um neue z.T. erst zu schaffende Versammlungsgesetze der Länder. Ein wirksames Instrumentarium gegen Blockaden, dass in der juristischen Praxis Bestand hat,

würde Eingang in die neuen Gesetze finden. Sollte die Justiz in NRW mit den Verfahren scheitern, würde der § 21 des Versammlungsgesetzes als nicht probat auf dem Müllhaufen der Justizgeschichte landen. Eine Nagelprobe stellen die Verfahren schließlich auch für die letzten Überreste einer angeblich liberalen, rechtsstaatlich orientierten Justiz dar. Bis jetzt galt auch für nicht angemeldete Versammlungen und eben auch Blockaden, dass sie unter dem expliziten Schutz des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit stehen. Das bloße Blokkieren an sich stellte bis heute juristisch weder eine Gewalttätigkeit noch grobe Störung dar.
Die Verurteilungen in Münster sind schon jetzt außergewöhnlich. Es gab bis jetzt nur ein Verfahren in den 1990er Jahren, dass mit einer Verurteilung wegen Versammlungssprengung geendet hat und das, obwohl es den Straftatbestand seit über 60 Jahren gibt.

Im Zusammenhang mit den Verfahren in Münster werden Kosten von über 60.000€ auflaufen.

Sammelt, spendet, macht Party und dann her mit dem Geld auf das Konto:

Schwarz-Rote-Hilfe Münster
Kto. 282052468
BLZ 440 100 46
Postbank Dortmund

Wer sich weiter mit dem Thema beschäftigen will, dem sei die Seite http://gegen1000kreuze.de empfohlen.

Hier gibts auch die Möglichkeit Kontakt zur Soligruppe Münster zu kriegen und Info-Veranstaltungen zu buchen.

Dank an
Antifa Info Blatt 3.2010, 1000 Kreuze für das Leben, Christlich-fundamentalistische Aufmärsche und der Protest dagegen
Lotta Nr.41, Blockieren gegen Nazis, Neue Strategien und polizeiliche Repression
Forum Recht 04 2010, Weg frei für Antifeminist_innen

antirepressionsgruppe
hamburg



Zum wiederholten Mal wollen fundamentalistische Christ_innen mit großen weißen Holzkreuzen gegen Schwangerschaftsabbrüche in Münsters Innenstadt demonstrieren. Ihren reaktionären Forderungen schließen sich auch immer wieder Neonazis aus der Region an.

Ihr offen genanntes Ziel ist die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, die sie auch als "Babycaust" bezeichnen und Frauen so unterstellen mit ihrer Wahl schlimmere Verbrechen zu begehen als die Nationalsozialist_innen. Mit ihren Forderungen stellen sie sich zudem klar gegen eine Selbstbestimmung von Frauen über ihren eigenen Körper und gegen Homosexualität. Aufgrund von rassistischen und völkischen Einstellungen wundert es auch nicht, dass einige der Teilnehmenden als Autor_innen des neurechten Wochenblatts "Junge Freiheit" geführt werden.
In den letzten 2 Jahren wurde der "1000-Kreuze-Marsch" durch vielfältigen Protest gestört. Auch in diesem Jahr werden wir uns gegen die anti-feministische, rassistische, homophobe Statements fundamentalistischer Christ_innen stellen.
Nähre Infos unter http://gegen1000kreuze.blogsport.de

Für einen selbstbestimmten Umgang mit der eigenen Sexualität!
Für das Recht auf Schwangerschaftsabbruch!
Weg mit §218!

Ein paar Argumente für die autonome Vollversammlung

Am 15. Februar 2011 war es soweit: Die Hamburger autonome Vollversammlung (AVV) feierte ihren ersten Geburtstag. Grund genug für eine erste Auswertung des Konzepts Vollversammlung. So war die Frage nach Erfahrungen, Sinn und Nutzen, Kritik und Perspektiven auch das Thema beim Februar-Termin. Dieser Text kommt von einer Person, die an dieser AVV teilgenommen hat, und möchte an ein paar der Punkte, die dort angesprochen wurden anknüpfen.

Um es vorwegzunehmen: Bei aller Zufriedenheit, dass nach einem Jahr AVV mit gleichbleibend guter Beteiligung der Bedarf nach Diskussionen über den Dunstkreis der eigenen Bezüge hinaus als bewiesen betrachtet werden kann, stellt sich trotzdem die Frage, was mit denen ist, die weggeblieben sind oder nie vorbeigeschaut haben. Diese Feststellung gilt vor allem mit Blick auf nicht wenige der aktiven Hamburger Gruppen, die in der autonomen und linksradikalen politischen Praxis durchaus präsent sind, aber die gute Gelegenheit zu Vernetzung und Austausch, die mit der Vollversammlung geschaffen worden ist, nicht nutzen. Weil das nicht einfach schade ist, sondern damit auch Chancen vertan werden, soll mit dem folgenden Beitrag sowohl für die AVV als ein szeneinternes Forum geworben, als auch gefragt werden, welche Bedenken und Hinderungsgründe es gibt.

Zur Erinnerung: Gestartet war die AVV vor einem Jahr als Versuch, bestehende Gruppen, neue Zusammenhänge und unorganisierte Einzelpersonen zusammenzubringen. Es sollte ein Rahmen geboten werden, damit mensch auch jenseits von Demovorbereitungen, Events u.ä. mitbekommen kann, wer denn eigentlich gerade hier in der Stadt linksradikal unterwegs ist. Der erklärte Anspruch war und ist nicht leicht einzulösen: Größtmögliche Offenheit und der explizite Wunsch, eine Einstiegsmöglichkeit für "Neue" zu schaffen, mit strategischen Diskussionen über Perspektiven, Formen und Ansatzpunkte "unserer" Politik zu verbinden. Darum sollte es gehen.
Nach einem Jahr lässt sich mit aller Vorsicht formulieren, dass zumindest Teile dieses Konzeptes aufgegangen sind: Trotz haariger Anfangsbedingungen - die ersten AVV mussten sich aus gegebenem Anlass mit den Themen Umgangsformen und Ausschlusskriterien beschäftigen - ist es gelungen, eine gute und produktive Diskussionsatmosphäre durch- und kontroverse Situationen auszuhalten. Die konstruktive Diskussionskultur wurde auch bei der Auswertung am 15.2. von vielen als großer Pluspunkt angesprochen. Es gab mehrere Beiträge, die den angenehmen Umgangston in diesem großen und wechselnden Kreis von Leuten, die sich eben gerade nicht alle schon seit Jahren kennen, hervorhoben. Als positiv wurde auch gesehen, dass mensch auf der AVV Ansatzpunkte und Meinungen mitbekommen kann, die im jeweils eigenen Umfeld vielleicht nicht so vertreten werden. Es soll aber nicht verschwiegen werden, dass sicher nicht jede Diskussion des abgelaufenen Jahres von Esprit und bedeutungsschweren Beiträgen geprägt war.

Die Bedeutung, die so eine Diskussionskultur für "die Szene" hat, sollte jedoch nicht unterschätzt werden. Sie beschränkt sich nicht darauf, hinterher sagen zu können "Schön, dass wir mal darüber gesprochen haben!", sondern besteht darin, dass die AVV als ein selbstdefinierter Ort von Öffentlichkeit verstanden werden kann. Öffentlichkeit im Sinn von Meinungsbildung, produktiver Kontroverse, der Möglichkeit, gemeinsame Bezugspunkte ebenso festzustellen, wie auch das, was unsere praktischen und inhaltlichen Ansätze unterscheidet, besser benennen zu können. Wenn überhaupt, finden szeneöffentliche Debatten sonst in vielen Fällen nur schriftlich statt. Das bietet zwar den Vorteil, geschützter und damit vielleicht offener Position beziehen zu können als bei einer Veranstaltung wie der Vollversammlung, es hat aber auch Nachteile. Zum einen ist die Hürde, sich schriftlich auf einen Diskussionsbeitrag zu beziehen, deutlich höher und das Tempo solcher Auseinandersetzungen wenig rasant. Es bleibt dem Zufall überlassen, ob sich andere ausreichend angesprochen fühlen, um zu reagieren. Bei der AVV, die gemeinsam die Themen bestimmt, über die diskutiert werden soll, läuft das anders. Zum andern birgt die Anonymität schriftlicher Diskussionen auch die Gefahr, dass solche Debatten unverbindlich und wirkungslos bleiben. Damit ist nicht gesagt, dass das bei der öffentlichen Diskussion anders ist. Es kann aber anders sein. Und es macht auch für das Aufeinandertreffen in der Praxis einen gewissen Unterschied, wenn mensch einen Eindruck davon hat, was die, mit denen da zusammen agiert wird, eigentlich wollen. Wenn diese Potentiale der AVV noch stärker ausgebaut und von mehr Menschen und Gruppen genutzt würden, könnten wir dort eine gute Basis entwickeln. Einen Ausgangspunkt, um die ganzen unterschiedlichen thematischen und praktischen Felder linksradikaler und autonomer Intervention in Hamburg lose zu vernetzen und die Frage, ob es genug Berührungspunkte gibt, um auch zumindest punktuell vernetzt zu agieren, praktisch zu beantworten. Das Ziel könnte also sein, mit der AVV einen verbindlichen Rahmen auch für strategische Diskussionen zu etablieren. Voraussetzung dafür wäre aber, dass alle Gruppen, die solche Diskussionen führen und umsetzen können und wollen, diese Chance auch nutzen. Vielleicht ist das aber auch zu optimistisch gedacht. Es bleibt nämlich auf jeden Fall die Schwierigkeit, dass die AVV ausdrücklich eine öffentliche Veranstaltung ist. Und das erfordert von allen Beteiligten, sehr verantwortlich mit der Frage der Repression umzugehen. Auch kann ein solcher Raum nicht die verbindliche Vernetzung organisierter Gruppen ersetzen. Das soll er aber auch gar nicht. Bei der AVV geht es um nicht anderes, als um die Idee, dass wir sowohl mehr werden müssen, d.h. auch Wege gesucht werden sollten, um neue Leute zu integrieren und nicht abzuschrecken, als uns auch intensiver und kontinuierlicher um Klärungsprozesse kümmern müssen, wenn wir mit autonomen und linksradikalen Politikansätzen in Hamburg wieder relevanter werden wollen.

Damit wäre der nächste Punkt angesprochen, der bei der Auswertung von einem Jahr AVV eine Rolle spielte: die Vernetzung und gemeinsame Praxis. Der Erfolg der AVV im Hinblick auf den erklärten Anspruch, zur besseren Vernetzung beizutragen, wurde in der Diskussion recht unterschiedlich bewertet. Für einige wurde er eingelöst, andere sahen das skeptischer. Wenn sich hier tatsächlich Ansätze zur Zusammenarbeit ergeben haben, wäre das aber prima und muss öffentlich auch gar nicht unbedingt verhandelt werden.
Was es in diesem ersten Jahr auf alle Fälle so gut wie gar nicht gegeben hat, waren Ansatzpunkte, auch gemeinsam etwas aus der AVV loszutreten. Zwar standen sowohl die Information über Mobilisierungen wie z.B. zur IMK, zum Celler Trialog oder zum Castor auf der Tagesordnung der AVV, als auch mit schöner Regelmäßigkeit die gemeinsame Auswertung gelaufener Demos und Aktionen. Aber aus der AVV heraus sind keine Initiativen gestartet worden. Eventuell steht diese Vorstellung aber auch im Widerspruch zu dem, was die AVV ist. Würde der Wunsch nach konkreten praktischen Initiativen zu stark im Mittelpunkt stehen, hätten wir vielleicht bald gar keine

Vollversammlung mehr, sondern einfach ein weiteres Bündnis. Es bestünde auch die realistische Gefahr, dass mit einer thematischen Verengung auf einzelne gemeinsame Projekte immer mehr Gruppen und Einzelpersonen wegblieben, die zu anderen Themen arbeiten. Trotz dieser Bedenken, wäre es aber schon ein Erfolg, wenn die AVV perspektivisch mehr Beiträge zur Praxis liefern würde. Das heißt, dass die AVV von allen Beteiligten noch deutlicher als Forum begriffen werden müsste, in dem Initiativen zur Diskussion gestellt und kritisch hinterfragt werden können. Wenn geplante Projekte dort vorgestellt und konkrete Unterstützung angefragt wird, wenn sich in der AVV Leute zu Initiativen zusammenfinden, die dann andernorts weiterverfolgt werden, oder auch wenn die Gelegenheit genutzt wird, sich gemeinsam über Sinn und Unsinn einzelner Projekte und Praxisformen auseinander zu setzen, kann die AVV durchaus einen praktischen Beitrag liefern.

Gerade die Themen Demos, Demofrust, Alternativkonzepte und Vermittlung von linksradikalen Inhalten wurden im Laufe des Jahres immer wieder engagiert diskutiert. Die Chance, auch jenseits des Drucks, der auf laufenden Mobilisierungen lastet, die eigenen Praxisformen kritisch einzuschätzen, ist einer der Vorteile der AVV. Ein anderer ist die Möglichkeit, verhältnismäßig zeitnah und spontan aktuelle Ereignisse zu diskutieren und auszuwerten. Es wäre schon schön, wenn der implizit auf der AVV laufende Auseinandersetzungsprozess zu autonomen und linksradikalen Praxisformen nicht nur weitergeführt, sondern auch mit noch mehr Menschen und organisierten Gruppen vorangetrieben würde. Oder auf die ganz banale Alltagspraxis runtergebrochen: Seit Jahren beklagen sich alle, dass auf Demos zu wenig zusammenläuft, dass die Geschlossenheit oft fehlt, vor allem auch, dass zu wenig organisierte Zusammenhänge beteiligt sind. Demos würden von zu vielen nur konsumiert und zu wenig vorbereitet. Genau das wurde auch in den Diskussionen der AVV kritisiert. Je ernster wir die Verständigung über die Demopraxis auf den AVV nehmen, desto mehr wächst aber auch die Wahrscheinlichkeit, dass es wieder anders wird.

Zum Schluss bleibt nur die Aufforderung an alle, die das bis jetzt nicht getan haben: Nehmt die AVV ernst! Also formuliert eure Kritik und eure Bedenken. Besser noch: Kommt einfach auch! Ob aus den hoffnungsvollen Ansätzen der autonomen Vollversammlung ein Projekt entstehen wird, das auf Dauer auch zur Stärkung autonomer und linksradikaler Positionen und Politik in Hamburg führen wird, entscheidet sich nicht zuletzt daran, wie viele organisierte Gruppen bereit sind, das zu ihrem Projekt zu machen.

Einladung zum Vorbereitungstreffen für einen Kongress für autonome Politik 2011

Am 22. Januar fand in Köln das erste breite Vorbereitungstreffen für einen "autonomen kongress 2011" statt.
Teilgenommen hatten Einzelpersonen und Gruppen aus Köln, Wuppertal, Hannover, Hamburg und Berlin. Die Idee eines weiteren Kongresses ist in direkter Folge des "autonom-kongresses" in Hamburg im Oktober 2009 entstanden. Wurde in HH noch eine sehr selbstbezogene Bestandsaufnahme über den Zustand der "Autonomen" betrieben, so soll der Schwerpunkt bei der Vorbereitung und der Durchführung eines weiteren Kongresses eine Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse und Bedingungen sein. Erst davon ausgehend kann eine neue Bewegungspraxis diskutiert und verankert werden. Die drei vom Vor-Vorbereitungskreis veröffentlichten Texte zu "Krise", "Transformation der Autonomen" und "Militanz" spiegeln dementsprechend die Idee einer inhaltlichen Struktur für einen Folgekongress wider (http://autonomerkongress.blogsport.de).

Eine erste Zusammentragung von bisherigen Feedbacks zu den Texten und unsere eigenen Diskussionen auf dem Vorbereitungstreffen haben vorerst zur Folge, dass die Texte erneut überarbeitet werden. Es gibt verschiedene Anregungen und Kritiken, die sinnvoll einzubeziehen sind.
So ist beispielsweise der Krisenbegriff grundsätzlich als Ausgangspunkt einer Analyse der Verhältnisse von den meisten kritisiert worden, weil er Analyse auf einen ökonomistischen Blick verengt. Der Begriff Krise sei sich schwer anzueignen, weil er zu sehr ideologischer Kampfbegriff ist und andere grundlegende Gewalt- und Machtverhältnisse verschleiert und verdrängt. Auch der Begriff Tranformation ist umstritten, vor allem wegen seiner gesellschaftlichen Verwendung. Er geht außerdem von bestimmten Erfahrungen aus und bezieht den subjektiven Standpunkt von jüngeren nicht mit ein. Die Ansatzpunkte im Text hingegen hatten viel Zustimmung erhalten; über konkrete Thesen können hierzu kontroverse und interessante Diskussionen stattfinden.

Auf dem Treffen in Köln wurden als weitere inhaltliche Vorschläge für einen Kongress die Themenkomplexe "Organisierung"' und "Verbindlichkeit von Strukturen" eingebracht, genauso wie die Frage nach den Veränderungen von Bedingungen linksradikaler Politik. Bisher haben wir in der Vorbereitung unter anderem folgende Fragen aufgeworfen: Bezug zur Gesellschaft: Unsere soziale Verortung ist zurzeit zu unreflektiert. In den letzten 20 Jahren hat sich die radikale Linke zu viel auf sich selbst bezogen; Kämpfe zerfallen zusehends in kleinste Prozesse. Wie können wir uns sowohl zu den bestehenden Verhältnissen als auch zu anderen in Beziehung setzen? Wollen wir eine relevante gesellschaftliche Kraft durch die Offenheit gegenüber anderen werden, dann muss die nischenhafte Feierabendpolitik aufgebrochen werden. Und wir müssen einen Begriff von der Wirklichkeit der anderer Gesellschaftsstrukturen kriegen, uns in ihre Kämpfe einmischen und mit ihnen austauschen.
Bezug zu Widerstand: Was bewegt uns im Widerstand, was ist unsere Utopie, wie wollen wir leben? Was ist unsere gemeinsame Basis, Politikform, Identität, Praxis? Kann ein Kongress helfen die (wieder) zu finden? Wohin wollen wir Widerstand bewegen? Alle Auseinandersetzungsprozesse gehören zusammen. Die "Gegenseite" begreift die gesellschaftliche und ökonomische Neustrukturierung als Konzept, doch wir kriegen die Teilbereiche nicht zusammen. Wir brauchen also einen gemeinsamen analytischen Ansatz. Zuallererst daraus entwickelt sich eine Praxis des Widerstands. Ist eine solche Analyse überhaupt wünschenswert und möglich?
Darüber hinaus: Was ist mit anderen Macht- und Herrschaftsverhältnissen?

Wenn über Stand und Bedeutung unserer Kämpfe diskutiert wird, sollten europaweite/internationale Kämpfe ebenfalls einbezogen werden. Sollte der Kongress schon in der Einladung ohne das Label autonom auskommen und stattdessen die Formen und Praxen der Politik beschreiben.

Was wollen wir von einem weiteren Kongress?

Auf dem Hamburger Kongress ist zwar was losgegangen, jedoch blieb mensch bei der autonomen Nabelschau stehen, ohne inhaltlich voranzukommen. Strukturell hatte HH allerdings verschiedene AVV zur Folge. Jetzt geht es darum, eine weitere Vernetzung und Kontinuität in Diskussionen zu forcieren. Ein Kongress bietet die Möglichkeit eine gemeinsame politische Agenda zu finden und inhaltliche Schwerpunkte von Diskussionen zu setzen.

Also: Wir wollen einen weiteren Kongress! Als Termin haben wir das Wochenende 17. bis 19. Juni anvisiert. Stattfinden soll das ganze voraussichtlich im AZ in Köln. Nach wie vor finden wir es sinnvoll, die Kongressvorbereitung auf eine breite Basis zu stellen, um schon im Vorfeld inhaltliche Diskussionen zu repräsentieren. Daher laden wir alle Interessierte ein, sich mit Feedback und am liebsten auch persönlich an der Vorbereitung des Kongresses zu beteiligen.

Das nächste Vorbereitungstreffen ist am 12. März im AZ in Köln um 12 Uhr.

Wiersbergstraße 44, Köln-Kalk, U-Bahnhalt: Kalk-Kapelle, unsersquat.blogsport.eu

Bisherige Punkte:

- Diskussion über den Text zu `Militanz` (siehe: http://autonomerkongress.blogsport.de) und als ergänzende Grundlage der Text "'Hoffnung, Militanz & Perspektive" (siehe: interim Nr. 721)
- Eckpunkte der Kongress Einladung.
- Wer bereitet noch mit vor?
- Diskutieren, diskutieren, planen

Kontakt: autonome-perspektive@nadir.org

Ein Gespenst geht um in den Städten!

FREE OZ' ART AND ACTIVISM

Am 3. Februar 2011 beginnt ein Verfahren gegen Hamburgs bekanntesten Graffiti-Künstler.

Bereits acht Jahre seines Lebens saß Oz im Gefängnis. Nun droht ihm eine weitere, im schlimmsten Fall mehrjährige Haftstrafe für seine künstlerische Tätigkeit. Oz wird dabei nicht nur als einzelner Streetart-Aktivist, sondern stellvertretend für Graffiti als kriminalisierte Form urbaner Kunst verfolgt. Die aktuellen Vorwürfe sind meist banal. Vielfach geht es um "Straftaten" wie die Verschönerung der Rückseite von Verkehrsschildern oder das Anbringen von Aufklebern an Automaten.

Gemessen am Bekanntheitsgrad dürfte Oz einer der erfolgreichsten Grafiker und Maler aus Hamburg sein. In ganz Europa kennt man seine Smileys und sein Logo. Wo andere Künstler_innen umworben und vereinnahmt werden, die Stadt versucht, deren kreativen Ruhm für den Standort und die Marke Hamburg zu vermarkten, wird im Fall von Oz mit beispielloser Repression reagiert. Der Grund ist einfacher Natur: der Hauptteil seiner Arbeiten entzieht sich einer ökonomischen Verwertung.

In Boulevard-Medien wurde er in den vergangenen Jahren mit dicken Schlagzeilen als "Außenstehender" und "Bedrohung der Gesellschaft" diffamiert. Seine Arbeiten werden aus diesem Blickwinkel nicht als Bereicherung für die Menschen dargestellt, sondern als diffuse Gefahr für die Allgemeinheit heraufbeschworen. Das Urbane wird in dieser Deutung jenseits eines historischen Begriffes der Freiheit von Stadtluft zu einer sehr deutschen Form von Schicksalsgemeinschaft, der es sich unterzuordnen gilt. Menschen, die auf ihre Autonomie beharren oder einfach sperrig sind, werden dabei als zu bekämpfende Abweichung betrachtet. Einerseits offenbart sich darin eine uralte, tiefsitzende bürgerliche Verachtung gegenüber anderen Lebensentwürfen, andererseits fehlen die Voraussetzungen, die Bedeutung kultureller Ausdrucksformen zu verstehen, die sich ökonomischer Sinnhaftigkeit scheinbar verweigern. Doch da die Gesetzmäßigkeiten des Kunstmarktes sich auch in jene Bereiche erstrecken, die versuchen sich ihm entziehen, ist ein Teil der Arbeit von Oz inzwischen durchaus auch in Ausstellungen und Galerien gelandet. Er steht damit in der Tradition von umstrittenen Künstlern wie Gérard Zlotykamien oder Harald Naegelie.

Dass "vergnüglicher Vandalismus" Kunst darstellen kann, wittert sogar das Flaggschiff hanseatischer Lesekultur, die Zeit. Wird dort doch ein anderer Street-Art Aktivist regelrecht gefeiert, Banksy. Analogien sind ein gefährliches Pflaster und obwohl Smileys auf Stopschildern der Ironie von Bansky durchaus entsprechen, soll es nicht darum gehen, die Arbeiten beider zu vergleichen. Doch wer mag, stelle sich vor, Bansky hätte nicht im hippen London, sondern im schillernden Hamburg gelebt. Die Hamburger Staatsanwaltschaft hätte ihn durch 12 MEK Beamte observieren lassen, vor Gericht erfolglos nach Möglichkeiten gesucht, ihm als "notorischen Sachbeschädiger" die Schuldfähigkeit abzusprechen und ihn damit als Triebtäter zu klassifizieren und mit Sicherheitsverwahrung zu bedrohen. In den Medien wäre sein Urteil hämisch mit "Graffitis nur noch im Knast" begrüßt worden und er hätte große Teile seines Lebens in Haft verbracht.

Wir fragen uns, wo liegt das Verbrechen beim Zeichnen eines Smileys auf einen Stromkasten oder eine leere Wand? Wie lässt sich verstehen oder erklären, dass ein Mensch deshalb eine in der Summe mehrjährige Haftstrafe erhält, welche von der Dauer einer juristischen Schwere von Taten wie Mord oder Totschlag gleichkommt?

Der juristische Exorzismus, mit dem die Zeichen Oz ausgetrieben werden sollen, geht einher mit einem zunehmend repressiveren Begriff von Stadt und öffentlichem Raum. Kameraüberwachung, staatliche und privatisierte Kontrolle, Sauberkeit und Ordnung als Messpunkte subjektiver Sicherheit durchdringen den öffentlichen Raum. Parolen, Bilder, Plakate, Demonstrationen oder Straßentheater sind Bestandteile des öffentlichen Lebens. Das meiste davon wird in den Innenstädten mittlerweile verboten, um einen reibungslosen Konsum zu perfektionieren.

Für eine Stadt der Zeichen, Bilder und surrealen Botschaften!

Freiheit für Oz und Einstellung des Verfahrens!

AG Repression und Solidarität

Kontakt: freeoz@gmx.de

....

Spendet Geld für Prozesskosten und die Öffentlichkeitsarbeit.

Zeigt Solidarität und besucht den Prozess gegen Oz. Leitet diese Solidaritätserklärung weiter und veröffentlicht sie.

Prozesstermine
4.3. 9-13 Uhr | 11.3. 9-13 Uhr
Amtsgericht Barmbeck Saal E 10

Solidarität mit der Jüdischen Gemeinde Pinneberg

Die Jüdische Gemeinde Pinneberg sieht sich seit nunmehr drei Wochen Todesdrohungen und verbalen Angriffen durch den Pinneberger Islamisten Harry Machura, Betreiber der islamistischen Internetseite "Islamic Hacker Union", ausgesetzt. Mit Erschrecken und Wut haben wir, antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen aus Hamburg, von diesen Gewaltdrohungen, die sich insbesondere gegen den Vorsitzenden der Gemeinde und engagierten Antifaschisten Wolfgang Seibert richten, erfahren. Nach einer ersten Informationsveranstaltung haben wir uns daher zusammengetan, um den ernstzunehmenden Drohungen unsere Solidarität entgegenzusetzen und die Betroffenen, neben der jüdischen Gemeinde auch die Hamburger Imamin Halima Krausen, praktisch wie politisch gegen jede Bedrohung zu unterstützen. Dabei musste einmal mehr festgestellt werden, dass die Hamburger Linke im Umgang mit dem politischen Islamismus weder über eine fundierte theoretische Bestimmung noch über praktische Handlungsansätze verfügt. Auch daran müssen und wollen wir arbeiten.

Der Hintergrund

Anschläge und Drohungen gegen die Jüdische Gemeinde Pinneberg sind leider kein neues Phänomen. Neu ist hingegen, dass die Bedrohung nicht mehr nur von Neonazis, sondern auch von Islamisten ausgeht. Den Hass des Pinneberger Konvertiten hatte die jüdische Gemeinde durch Wolfgang Seiberts öffentliche Kritik an einem Auftritt des Rappers und islamistischen Predigers Deso Dogg aka Abu Malik in der Pinneberger Al Sunna Moschee auf sich gezogen. Als Reaktion auf die Kritik an Maliks auf Vernichtung zielende jihadistischer Agitation erschien auf der Website Islamic Hacker Union ein durchgestrichenes Foto Wolfgang Seiberts mit dem Kommentar: "pass auf das Allah dich nicht schon im diesseits straft mit dem Tod das ist keine drohung von mir sondern von Allah dem ALLMÄCHTIGEN". Vervollständigt wurde die Drohung durch ein Video eines Gebäudeeinsturzes auf eine Hochzeitsgesellschaft und die Beschimpfung "dreckiger Jude". Auch die Hamburger Imamin Halima Krausen, welche sich ebenfalls kritisch zu dem Auftritt des Rappers äußerte, wurde mit den Worten "Gott möge sie rechtleiten oder zerfetzen" angegriffen.

Die Website stellt insgesamt ein Konglomerat aus bunten Werbefilmchen für die Vernichtung der Feinde des Islams, antisemitischen Hetzartikeln und Drohungen gegenüber allen Ungläubigen ("egal welche Nation") dar. Polizei und Staatsschutz haben sich in die Vorgänge eingeschaltet, die Wohnung von Harry Machura wurde durchsucht und seine Website abgeschaltet. Kurze Zeit später erreichte Wolfgang Seibert am 26. Januar 2011 jedoch wieder eine E-Mail, in der es heißt:

"Wir werden weiter machen und sagen dir wenn du versuchst nochmal den Islam anzugreifen glaube mir denn werden wir 100 mal härter angreifen."

Die islamistische Website ist mittlerweile wieder im Netz abrufbar und verbreitet fleißig weiter ihre Propaganda. So ist dort unter anderem zu lesen: "was aber diejenigen angeht die versuchen den Islam anzugreifen sollen den Islam fürchten wie er euch stück für stück zerfetzt und euren Shirk(Götzendienst/Beigesellung) zerschmettert". Auch das durchgestrichene Foto findet sich dort immer noch.

Ein politisches Trauerspiel

Die Presse thematisierte die Drohungen anhand mal mehr, mal weniger verdrehter Aussagen Seiberts und gab sich alle Mühe, einen "Religionskrieg" in Pinneberg ausfindig zu machen. Der regierenden SPD Bürgermeisterin fiel nichts besseres ein, als die Islamisten, aus deren Reihen die Drohungen kamen, zu einem Runden Tisch mit den anderen Religionsgemeinschaften einzuladen - ein Vorschlag, der nach Kritik der jüdischen Gemeinde und der evangelischen Kirche inzwischen wieder verworfen wurde. Rassistische Initiativen wie Politically Incorrect griffen den Fall auf, um ihren Feldzug gegen Muslime weiter zu unterfüttern, während die NPD sich darin versuchte, den Hass auf Moschee und jüdische Gemeinde zu kombinieren und mit der "wahren abendländischen Kultur" zu kontern. Bis jetzt sind es vor allem Kraftanstrengungen Einzelner, die ihren Genossen tatkräftig unterstüzen, während die meisten Initiativen und Parteien es vorziehen, zu dem Thema zu schweigen.

...und wir

Die Entwicklung verdeutlicht auf dramatische Weise die Tendenz in der radikalen Linken, sich aus Angst vor falschen Freund_innen nicht zu dem Problem Islamismus verhalten zu wollen. Dass die Befürchtung, Applaus von der falschen Seite zu bekommen, nicht ganz unberechtigt ist, zeigt schon die Flut rassistischer Kommentare unter den Artikeln der bürgerlichen Zeitungen zu dem Vorfall. Diese Befürchtung darf aber nicht dazu führen, die notwendige Kritik am islamistischen Antisemitismus und an der reaktionären Bewegung Islamismus unter den Tisch fallen zu lassen. Wir empfinden jegliche Bedrohungen von Jüdinnen und Juden und jeden Antisemitismus, ob von Islamist_innen, Nazis oder sonst wem, unerträglich. Wir solidarisieren uns mit der Jüdischen Gemeinde Pinneberg und treten entschlossen solchen Vorgängen entgegen. Gleichermaßen entschlossen wenden wir uns gegen den in Deutschland virulenten antimuslimischen Rassismus und alle seine Freund_innen. Es ist für die radikale Linke und alle Antifaschist_innen an der Zeit, sich mit der Jüdischen Gemeinde Pinneberg zu solidarisieren und konkrete Unterstützung zu organisieren. Perspektivisch sollte es darum gehen, eine emanzipatorische Kritik am Islamismus starkzumachen und die vorherrschende Ratlosigkeit zu überwinden. Darum werden wir in Kürze unter anderem eine Veranstaltungsreihe zu dem Thema organisieren. Alle emanzipatorischen Gruppen und Einzelpersonen, die sich gemeinsam mit uns der praktischen Solidaritätsarbeit und der theoretischen Debatte widmen wollen, sind dazu aufgerufen, mit uns in Kontakt zu treten.

Entschlossen und gemeinsam gegen Antisemitismus, Rassismus und Islamismus!

AGIRA
http://agira2011.wordpress.com/
Februar 2011

Prozesskostensoliparty für Wolfgang Seibert am 16. April in der Flora

Presseerklärung des Bündnis gegen "Extremismusstudien" am Rauhen Haus

In den letzten Wochen haben wir erfahren, dass am Institut für Soziale Praxis am Rauhen Haus, welches seit Anfang des Jahres an die evangelische Hochschule angegliedert ist, eine Studie über sogenannte "linksautonome Jugendliche" durchgeführt wird. Diese soll Aufschluss über Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren geben, die sich selber als "linksautonom" begreifen. Es soll hierbei unter anderem geklärt werden, ob diese "Szene" an "gewalttätigen Auseinandersetzungen in "Szenestadtteilen" und Sachbeschädigungen in Hamburg" (Forschungsauftrag) beteiligt war und ob dies politisch motiviert war. Des Weiteren soll erforscht werden, ob und wie die Sozialarbeit dort eingreifen kann/muss.

Die Studie reiht sich somit in einen seit längerer Zeit bestehenden Extremismusdiskurs ein, den konservative Politiker_innen immer weiter voran treiben. Dabei ist der Begriff des Extremismus ist vor allem ein Kampfbegriff, mit dem politisch unliebsame Bewegungen delegetimiert werden sollen. Diesem Diskurs liegt die sogenannte "Hufeisen Theorie" zu Grunde, die politische Meinungen im Bild eines Hufeisens darstellt. An den Enden dieses Hufeisens befinden sich Links- und Rechtsextremismus, dazwischen die politische Mitte. Vertreter_innen dieser absurden Theorie gehen davon aus, dass sich Links- und Rechtsextremisten an den äußeren Enden des Hufeisens fast begegnen. Es findet somit eine Gleichsetzung statt, Ziele und Ideale Linker Ideen werden vollkommen außer Acht gelassen.

Dass die evangelische Hochschule des Rauhen Hauses diesen Diskurs und die damit verbundene Theorie durch ihre Studie mit trägt finden wir absolut inakzeptabel. Wenn gerade - wie aktuell - etliche soziale Projekte gegen Rassismus an die Kette gelegt werden, indem ihnen mit dem Entzug von Geldern gedroht wird, wenn sie nicht Klauseln unterschreiben, die ihnen eine Zusammenarbeit mit Gruppen verbieten, die vom Verfassungsschutz als extremistisch angesehen werden, so lässt dies diese Studie noch zweifelhafter erscheinen. Unhinterfragt werden hier die Vorgaben der Geheimdienste übernommen, ohne Möglichkeit deren Erkenntnisse effektiv in Frage zu Stellen und zu überprüfen.

Ein Sprecher des AStA sagt:
"Aus unserer Sicht stellen derart suggestive Forschungsvorhaben eine Verkennung und Verleugnung realer gesellschaftlicher Verhältnisse da. Der sog. "Linksextremismus" wird von BKA und Innenministerkonferenz zum Staatsfeind Nummer 1 hochstilisiert, um jeglichen Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse im Keim zu erstikken."

Die Verantwortlichen der Studie versuchen unterdessen, sich mit lückenhaften Argumenten zu legitimieren. Zum einen wird behauptet, man forsche nicht an "Linksextremisten" sondern an "Linksautonomen", der Extremismusdiskurs spiele deswegen keine Rolle. Zum anderen sieht man aber in der Studie die einzige Möglichkeit, sich an eben diesem Diskurs zu beteiligen.
Dies ist nicht nur ein Widerspruch in sich, sondern auch vollkommen abseits aller Tatsachen. Zum einen stammen Die Gelder für die Studie, die sich auf 43.400 Euro belaufen, von der Initiative "Demokratie stärken" des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die "insbesondere präventiv gegen Linksextremismus und islamistischen Extremismus vorgeht" (www.bmfsfj.de). Sie ist also klar als Studie über Linksextremismus zu begreifen. Zum anderen müssen, um in den Diskurs einzusteigen, nicht seine falschen Thesen mitgetragen werden. Viel sinnvoller ist es doch, diese zu kritisieren und als falsch zu entlarven.
Diese und andere Studien dienen dazu, politische Meinungen zu pädagogisieren. Ziele und Utopien der Menschen bleiben unbeachtet, ihre Handlungen werden als pädagogisches Problem und somit als "behandelbar" dargestellt. Die "politische Mitte" schützt sich so vor Kritik. Sie möchte weiterhin als einzig normal betrachtet werden.
Radikale Kritik, die so unerwünscht zu sein scheint, halten wir für einen wichtigen Bestandteil einer jeden Gesellschaft. Auseinandersetzung, Widerstand und Bewegung sind ein Kernstück jeder fortschrittlichen Gesellschaft jenseits autoritärer Zustände.

Wir fordern die sofortige Einstellung der Studie durch das Institut für soziale Praxis. Wir rufen dazu auf, sich nicht an der Studie zu beteiligen.
Schluss mit Extremismusquatsch!

Bündnis gegen "Extremismusstudien" am Rauhen Haus

Mehr Informationen zur Extremismustheorie gibt's unter:
http://extremismus.blogsport.de



Keinen Frieden für die Feinde der Freiheit

Über die aktuellen Festnahmen von Anarchist_innen in Frankreich

Und die Geschichten gehen immer weiter... Montag den 20. Dezember 2010 wurde Bruno in Paris verhaftet. Er war im Januar 2008 im sog. "Rauchbomben Fall" angeklagt und Ziel von Anti-Terror Ermittlungen geworden. Er wurde angeklagt wegen "Transport und Besitzt von brennbarem oder explosivem Material" nach seiner Festnahme auf dem Weg zu einer Demonstration vor dem Abschiebe-Knast Vincennes. Er saß vier einhalb Monate im Knast und entschied sich danach sich jeglicher juristischer Kontrolle zu entziehen. Er stand also unter Arrest. Weil die Ermittlungen Ende 2010 beendet werden sollten wurde er am 21. Dezember in den Knast Fresnes eingesperrt. Am 08. Februar wurde dann auch Ivan wieder festgenommen. Er wurde mit drei weiteren Personen in einer Bar in Paris kontrolliert, die ein paar hundert Meter von einem Geschäft entfernt war in dem einige Minuten zuvor eine_r von ihnen beschuldigt wurde, gestohlen zu haben. Das war auf jeden Fall der Vorwandt den die Zivilbullen nutzten um sie alle zu kontollieren. Ivan sitzt nun auch in Fresnes. Genau wie Bruno gab es einen Haftbefehl gegen ihn, da er sich gegen seine Arrestauflagen widersetzt hatte. Er wurde im Januar 2008 auf dem Weg zu einer Demonstration vor dem Abschiebeknast Vincennes festgenommen. Es wurde ihm Besitzt von Rauchbomben und Krähenfüßen zum Vorwurf gemacht. Nach vier einhalb Monaten wurde er im Juni 2008 unter Auflagen aus der Haft entlassen.

Im März 2009 wurde er angeklagt gegen diese Auflagen verstoßen zu haben. Ivan entschied sich nicht auf Vorladungen zu reagieren und die juristische Kontrolle zu ignorieren. Am 12. Januar 2011 wurden im Pariser Viertel Belleville in Frankreich drei Anarchist_innen festgenommen. Der Vorwand sind Graffitis in Solidarität mit den Aufständen in Algerien und Tunesien: "Algerien-Tunesien, Aufstand! Es lebe die Anarchie!" Eine der drei wurde unter Arrest entlassen. Die beiden Gefährten Daniel und Olivier wurden der "Anti-Terror Abteilung" übergeben und sind weiter in Haft. Sie waren in naher Vergangenheit bereits angeklagt in Solidarität mit den Revolten in dem Abschiebeknast Vincennes Sabotage-Aktionen verübt zu haben. In Frankreich sowie anderen Ländern gab es die letzen Jahre viele Aktionen gegen humanitäre Organisationen wie z.B. das Rote Kreuz. Dieses sowie viele Organisatonen dieser Art sind maßgeblich an der Verwaltung und Organisation von Abschiebeknästen und Lagern beteiligt. Aktionen gegen diese Logik und Zustände der Ausbeutung und Unterdrükkung werden Dan und Olivier anscheinen vorgeworfen.

Unsere Gedanken, unsere Solidarität den Gefangenen und all denen, die gegen das Einsperren und für die Freiheit Aller kämpfen.

Informationen: http://polisson.noblogs.org
http://noprisonnostate.blogsport.de

Ein Brief von Olivier aus dem Knast

Wir sind nicht im Knast für Graffiti Wir wurden auf der Straße in Belleville von der BAC (Brigade gegen Kriminalität- Kriminalpolizei) festgenommen. Zwei Streifen fuhren herum und wussten was sie suchen. In einer Tasche fanden die Cops eine Sprühdose und unsere Hände waren ihnen wohl ein bisschen zu dunkel. Die Fahrt zur Wache war nicht lang aber gerade lang genug für die Bullen ihr gewohntes Repertoire herauszuhohlen. Weniger um uns zum Reden zu bringen als uns einzuschüchtern. Am Nachmittag des 13. Januar holte uns die SAT-Criminal Brigade (Anti-terrorismus Abteilung der Brigade gegen Kriminalität) grinsend ab. Deshalb erscheint es ziemlich klar das Graffiti nur ein unwichtiges Detail, ein Aufhänger sein wird, um uns klein zu kriegen. "Zu blöd das ihr nicht aufgehört habt, wir waren durch mit all dem aber nun habt ihr alles wieder von vorne gestartet." Einige Versuche von Verhören fürs Protokoll. Davor gab es Hausdurchsuchungen um ihre Archive von Publikationen auf den neusten Stand zu bringen und ein bisschen Unordnung anzurichten. In Büros informieren uns aufgehängte Notizen über Strafanzeigen vom Roten Kreuz. Schon in der Polizei Wache des 20. Bezirks redeten die Bullen über ein Spezielles Treffen nachdem es einen Anruf von 36 Quai des Orfevres gab über das Zerlegen von mehreren Rotes Kreuz Gebäuden in Paris, in der Nacht des 11. und 12. Januar. Andere Graffitis verzierten das Haus der Justiz und Gesetzes im 10. Bezirk. Die Anti-Terror Abteilung zeigt ihre Zähne wegen Graffitis? Hier stimmt irgendwas nicht. In der Nacht unser Festnahme wurden Graffitis in Solidarität mit den tunesischen Revolten der letzten Wochen, sowie den algerischen, gegen den Staat, egal ob demokratisch oder unter Diktatur, gesprüht. Also befragten sie uns zu diesen sowie zu denen der Vornacht und behaupteten das es ja der selbe Hintergrund sei. (Es stimmt das nur wenige dem Staat ihre Feindschaft zeigen...) Und Ausdrücke wie "Tod dem Staat" wurden in beiden Fällen gefunden. Neben diesen spezifischen Fakten beschuldigen sie uns der Fortsetzung unser Aktivitäten, unser Beteiligung im Kampf und somit den Beziehungen basierend auf Komplizenschaft und Freundschaft gefestigt während dieser Kämpfe. In diesem Kontext, Knast als Bestrafung für den Verstoß gegen juristische Kontrolle, die zwei von uns verbot sich zu sehen und zu kommunizieren, was ganz klar, das diese hinter dem demokratischen Vorhang und der sozialen Kontrolle darauf abzielt alle Formen des Kampfes und der Organisation zu zerstören. Kriminelle Vereinigung, selbst wenn das in unserem Fall nicht so benannt wird, bleibt die Idee derer die sich auf jedes Vorkommnis stürzen, sei es so "trivial" wie Graffiti, Rauchbomben, Poster um es in das Muster "Anarcho-Autonom" zu passen. Eine sehr praktisches Konstrukt um einige mit Zwang zu separieren, andere zu terrorisieren, eventuell die "Anführer_innen" von den "Unterstützer_innen" zu unterscheiden, "Theoretiker_innen" und "Plakatierer_innen", "Vorbereiter_innen" und "Ausführer_innen" auszumachen, also in Kürze dem hierarchischen und autoritären Modell dieser Gesellschaft entsprechend ,die wir bekämpfen und die uns täglich so anwidert. Diese Art von Druck tauchte auf als einige Kämpfe gegen Abschiebe Zentren und alle Formen des Eingesperrtsein stattfanden , um anscheinend in einem Akt von Vorbeugung jeden Versuch von Konflikt gegen das was uns unterdrückt im Keim zu ersticken.

Die regelmäßigen Strafanzeigen des Roten Kreuzes passen gut zu dieser Offensive der Bullen, nie eine Möglichkeit verpassen mit ihnen zu kollaborieren. Hand in Hand für das Management der Gefängnisse, Hand in Hand bei der Kleinhaltung der antiautoritären Kämpfe. Ein Bisschen Farbe für diese Humanitären mit roten Händen, ist kein hoher Preis zu zahlen... Neben den verschiedenen Praktiken und Bedeutungen die im Kampf genutzt werden (wie neben Feuer, gezielte Zerstörung, einfache Beschädigung, Kollektive Besetzungen...) ist es der Kampf selbst und was er bedeutet bezüglich unser Vorstellungen und Perspektiven (eine Welt ohne Ausbeutung, ohne Geld, ohne Knäste, ohne Staat) was die Machthabenden ersticken wollen. Dies ist

nichts anderes als die Konsequenz eines Staates, oder "Notstandsgesetze". Freiheit und Demokratie haben nichts miteinander zu tun. Man muss schon ein ziemlicher Lügner sein um das Gegenteil zu behaupten. Was sie anpisst ist das unsere Wut, unsere Revolte und unsere Kämpfe nichts fordern, nichts zum Anbieten, nichts zum Verwehren und nach nichts betteln. Wir sind glücklich all das den Professionellen und den Opportunisten der Politik zu überlassen. Genau wie unsere Freundschaft unsere Affinität nicht verhandelbar ist. Die Freiheit die wir wollen ist bedingungslos. Ein Slogan der Revolte in Kabylia sagt: "Ihr könnt uns nicht töten, wir sind schon tot." Der Staat mag uns also im Knast unterdrücken aber die existierenden sozialen Verhältnisse sperren uns schon ein.

Eine Sache sollten wir nie vergessen: Wir haben nur ein Leben. Zusammengefasst: Sie sagen uns: "Keine Freiheit für die Feinde der Macht."

Wir sagen: "Keinen Frieden für die Feinde der Freiheit."

Olivier

Nachlese: "CASTOR schottern"

Wie ihr sicher mitbekommen habt, haben wir einige Kritik an Umsetzung und Propagierung der Idee der Kampagne "CASTOR schottern".

Auf mehreren Treffen wurde ja eingefordert, keine grundsätzlichen Diskussionen zu führen, da sie nur Zeit kosten und die praktische Vorbereitung verzögern. Wir denken aber, genau das läge an - in Zeiten, in denen der kleinbürgerliche, reformistische Einfluss gerade auch in der Anti-AKW-Bewegung wieder verstärkt Einfluss gewinnt: "Hand in Hand mit Gabriel und Trittin!"

Wir wollen euch einige Ergebnisse unserer Diskussion kurz vermitteln zur Aktion "CASTOR schottern":

Bewegungsmanagerinnen, Kampagner_innen, Animateure, Verkäufer_innen bieten die Ware, das Projekt, die Kampagne, das Event "CASTOR schottern" an. Schick, modern, für jeden Menschen ansprechbar und versprechen ein spannendes Erlebnis. Gefahrlosigkeit wird suggeriert! Durch Konsumangebote und Übernahme der politischen Führung sollen die "Massen" pädagogisch politisiert werden. Supervision ersetzt die politische Auseinandersetzung. Der Erfolg wird an dem Presseecho und an den beteiligten Füssen gemessen.

Das führt zu:

- ideologischer Vereinnahmung
- Hierarchisierung von politischen Vorgaben und Entscheidungen vor Ort
- Instrumentalisierung / Funktionalisierung von Menschen

das richtet sich gegen:

- basisorientierte Entscheidungsstrukturen (keine gemeinsam entwickelte Aktion)
- die Dialektik von Selbstbestimmung und Kollektivität

Es wurden falsche Erwartungen geschürt. Beschönigend, verharmlosend wurde den Menschen Mut gemacht. Da wurde dann gesprochen von:

"Polizei auf der Schiene wegdrücken", oder "die Polizei zur Gewaltfreiheit auffordern", oder an die Polizei zu appellieren, "sich zurückzuziehen".

Es wurde von "bunten, vielfältigen und gewaltfreien Protest" gesprochen: "die Polizei ist nicht unser Gegner", "unser wichtigster Schutz ist die massenhafte Beteiligung, unsere Vielfalt und Entschlossenheit".

So wurden Leute im Unklaren gelassen, was sie erwartet. Obwohl aus den Erfahrungen der vorigen Jahre eindeutig klar war und auch aus den vielfältigen Erfahrung anderer politischer Aktionen, dass bei dem angekündigten Charakter von "CASTOR schottern", die Leute auf den Kopf bekommen werden. Noch bevor der CASTOR durch war, wurde die Aktion von einer Sprecherin öffentlich für beendet erklärt. Obwohl zu dieser Zeit noch Leute vor Ort waren und für sie die Aktion noch lange nicht zu ende war. Auch dies zeigt noch einmal, wie sehr der symbolische Charakter und die mediale Inszenierung der Aktion für die Bewegungsmanager_innen im Vordergrund standen. Nachdem der CASTOR-Transport das Zwischenlager erreicht hatte, feierte die Pressegruppe mit überzogenen Meldungen den "Erfolg" - der "Erfolg" wurde herbeigeredet.

Der materielle Schaden hat den Transport zwar nicht behindert - der Transport davor konnte im Rahmen anderer Widerstandstrukturen weit empfindlicher gestört werden - aber auch das war für die Organisator_innen nicht Anlass genug, um über Anspruch und Ablauf der Aktion neu nachzudenken.

Wir als Autonome / Anarchistinnen respektieren unterschiedliche Widerstandsformen und Menschen, die unterschiedliche Vorstellungen von Kampf um Befreiung haben. Wir erwarten aber einen ehrlichen und selbstkritischen Umgang untereinander. Wir lehnen es ab Menschen zu instrumentalisieren und mit ihnen taktisch umzugehen, sie für die eigenen Vorstellungen zu vereinnahmen. So halten wir es für Heuchelei, wenn "CASTOR schottern" auch als "autonom", "linksradikal", "militant", "antikapitalistisch" verkauft wurde. Das lenkt nur von der Auseinandersetzung um Emanzipation und autonomer/anarchistischer Utopie ab.

Die Stärke der linksradikalen autonomen/anarchistischen Bewegung ist u.a. die Unberechenbarkeit, der antagonistische Charakter unserer Aktion. Sich berechenbar zu machen (wie im Aufruf zur Schotter-Aktion ausgeführt, ja selbst neutrale Beobachter_innen, Pressevertreter innen",Prominente" zu der Aktion mitzunehmen) setzt Vertrauen in den Staat (Politik, Justiz, Polizei) voraus und ist immer auch ein Angebot zum Dialog und zur Integration. So sind wir auch nicht "zivil und ungehorsam". "Ungehorsam" kann ich nur einer Autorität gegenüber sein (in diesem Fall "der Staat"), die ich als solche grundsätzlich akzeptiere, aber mit bestimmten Verhaltensweisen/ Fehlern/ Auswüchsen nicht einverstanden bin: "unsere Handlung ist legitim - die Politik/Polizei ist im Unrecht!"

Die Atomtechnologie ist aber kein Fehler/Auswuchs, sondern durchaus konsequenter Ausdruck dieser herrschenden Verhältnisse. Und uns geht es nicht nur darum, bestimmte Erscheinungen zu beheben, sondern die Ursachen - die kapitalistischen, patriarchalen, rassistischen Verhältnisse - zu überwinden. Sich zum unschuldigen, hilflosen Opfer machen zu lassen, die Strafe bewusst und ohne sich zu wehren hinzunehmen, um das Vorgehen der Politik/Polizei zu entlarven und darüber Empörung in der Bevölkerung zu produzieren, verkennt vollkommen die politischen Machtverhältnisse.

Der Charakter - zivil oder militant - unserer Mittel gegen die herrschenden Verhältnisse bestimmt sich aus vielen Faktoren, aus privaten, politischen und technischen Möglichkeiten. Es würde zu weit gehen, das jetzt hier zu diskutieren. Sog. Prominente oder Parteienvertreter_innen mit ihren Parteifunktionen für die Unterstützung unseres Aufrufs zu gewinnen und damit auch für uns sprechen zu lassen, bedeutet anknüpfen an/funktionalisieren von (klein-)bürgerlichen Vorstellungen von Hierarchie, Kategorisierung, Normierung und Selektion (sozialer Rassismus!). Grundgedanke autonomer/anarchistischer Idee war/ist immer und sollte sein: "jeder Mensch ist außergewöhnlich!" und "wir akzeptieren kein Oben und Unten!". Parteiorganisationen für die Unterzeichnung unseres Aufrufs zu gewinnen und sie damit für uns sprechen zu lassen, verkennt vollkommen den Charak-

ter/die Funktion und die Möglichkeiten von Parteien in den herrschenden Verhältnissen. Ein gutes Beispiel ist die Entwicklung der Grünen. Sie sind ja gerade aus der Anti-AKW- Bewegung hervorgegangen und sind sicher oft individuell mit durchaus integeren Absichten angetreten. Die sich aber dann - in Regierungsverantwortung - u.a. zur Kriegspartei und auch zum Garant für den Weiterbetrieb von Atomanlagen ("Konsensvertrag") entwickelt haben. Es kommt nicht nur darauf an, dass wir viele sind, um dann technisch und taktisch mit der Situation und den beteiligten Menschen umzugehen (taktischer, pädagogischer Massenopportunismus, Instrumentalisierung von Menschen). Es könnte sein, dass der CASTOR gestoppt wird, oder gar die Atomtechnologie stillgelegt wird und wir unserer gesellschaftlichen Utopie von Kommunikation, Solidarität und Befreiung keinen Schritt näher gekommen sind, die Ursachen für Entwicklung und Nutzung der Atomtechnologie als konsequenter Ausdruck der herrschenden Verhältnisse (auch in uns) nicht beseidgt sind.
Deshalb ist es wichtig, dass sich in all unserem Sein, im Aufruf, in der Aktion, in unserem Alltag, ... unsere Utopien wieder spiegeln und möglichst für andere erkennbar und nachvollziehbar sind - das heißt auch: keine technischen, taktischen Kompromisse nur um "mehr" zu sein.
Die Aktion sollte nach dem CASTOR-Transport (wie immer sie ausgeht) nicht beendet sein und sollte nicht abgehakt werden - und dann auf zur nächsten. Sondern sie sollte ein Meilenstein bleiben in unserem Kampf für eine andere Gesellschaft - und das ist eben nicht nur eine technische Frage und eine Frage der bloßen Anzahl der Beteiligten.
Nur so - ehrlich und offen, radikal in unserer Haltung und unserem Tun - werden wir Menschen und uns selbst anregen/neugierig machen/Hoffnung vermitteln, sich gemeinsam auseinander zusetzten und sie/und uns für einen gemeinsamen Kampf für eine menschliche Gesellschaft gewinnen und so Kommunikation als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen zu begreifen. Es wurden durch die "CASTOR schottern" - Kampagne viele Menschen erreicht, aber woher kommen sie und wo gehen sie hin und wie und wohin können wir gemeinsam gehen? Wenn Autonome jetzt sagen, sie hatten sich der "CASTOR schottern" - Kampagne nur angeschlossen, weil nichts besseres/eigenes im Angebot war, spricht das nicht gerade für selbstbestimmtes Denken und Handeln. Was das jetzt alles konkret heißt, für unseren Kampf um Solidarität und Befreiung, gegen die Atomtechnologie und die Atomtransporte, wollen wir in den anstehenden Diskussionen herausfinden.
"Nicht das Beispiel der Unterwerfung macht den Menschen Hoffnung und Mut, sondern das Beispiel der Rebellion!" und "die Großen erscheinen uns nur so groß, weil wir vor ihnen auf den Knien liegen - erheben wir uns!"
Autonome/Anarchistische Aktion, Nr. 2, Dezember 2010

Frohes neues Jahr!

Nur in besonders erfolgreichen Jahren, ragt die Castor Nachbereitung wie die zum Castor 2010 in das Folgejahre hinein. Und so ist das noch in diesem Monat dokumentierte Auswerungspapier des Anti-Atom-Büros jenseits des Inhaltes, ein Indikator für die große resonanz die der vergangene Castor nach Gorleben hatte.
Im Zuge der Mobilisierung fand sich in Hamburg sogar ein recht umtriebiges offenes Plenum zusammen, dass sich mit der Mobilisierung zum Castor nach Greifswald im Dezember von einem reinen Mobilisierungstreffen zu einer eigenständigen Insitution mauserte. Mit im Schnitt zwanzig bis dreißig Personen ist es gut besucht, so dass neben den etablierten Gruppen auch zahlreiche Einzelpersonen und Bezugsgruppen Ideen vorbringen und mit anderen umsetzen. So wurde beispielsweise ein Buss nach Greifswald aus dem Plenum heraus organisiert und finanziert. Wie bunt und vielfältig das Plenum ist zeigte sich beim erstmals ausgerichteten Neujahrsempfang im Gängeviertel Anfang Januar. Neben den Sitzblockaden beim Castor im Februar nach Lubmin, präsentierte sich die nächste Schottern Kampagne, Tschüss Vattenfall, ein Bündniss gegen die Wiederinbetriebnahme des AKW Krümmel und der Organisationskreis zum Tschernobyl Jahrestag, um nur die größeren Kampagne aufzuzählen. Neben den Anti-Atom-Kampagnen wird sich das Plenum auch in das Bürgerbegehren zum Rückkauf des Strom und Gasnetzes in Hamburg einmischen, und sich mit den Kampagnen des Klimaplenums befassen. Nachdem sich im Zuge der Mobilsierung gegen die Greifswaldtransporte und der Nachbereitung des letzten Gorlebentransportes fast wöchentlich getroffen wurde, soll nun das regelmäßige Plenum immer am 4. Montag im Monat um 18 im Centro Sociale / Nähe U3 - Feldstrasse stattfinden. Die nächsten Termine sind also der 28.2. Thema: Atomtransporte durch den Hamburger Hafen, und weiteres was mitgebracht wird, der 21.3. und der 17.4. (25.2 = Ostern). Weitere vom Plenum organisierte Veranstaltungen findet ihr immer auch auf dem Bewegungsmelder, am Besten kommt mensch aber einfach vorbei um mitzukriegen was gerade ausgeheckt wird.

An dieser Stelle dokumentieren wir ein Auswertungspapier des Anti-Atom-Büros Hamburg zur Kampagne Castor?Schottern! 2010

Einige Gedanken zu Castor?Schottern!

Vorne weg: Dieses Papier hat nicht den Anspruch, alle Aspekte der Kampagne Castor?Schottern! auszuwerten. Ein Beispiel für die Dynamik, die diese Kampagne entwickelt hat, ist die Tatsache, dass zum jetzigen Zeitpunkt (01/2011) fünf andere Auswertungspapiere vorliegen. Unser Text beschränkt sich daher darauf, an einigen Stellen - besonders im aktionsbezogenen Teil - zu ergänzen und an anderen Stellen Widerspruch zu formulieren.
Als beteiligte autonome Gruppe sehen wir die Kampagne Castor?Schottern! als Erfolg an, auch wenn quantitativ wenig Schotter pro Person bewegt wurde. Wir sehen sowohl die politische Auseinandersetzung und das Hineinwirken mit radikalen Inhalten in breite gesellschaftliche Kreise als geglückt an, als auch die Bereitschaft von Tausenden sich in eine direkte Auseinandersetzung zu begeben und durch den Versuch der Sabotage die eigene Überzeugung umzusetzen.

Ein Blick zurück in Raum und Zeit

Nach dem großartigen Widerstand gegen den Castor im Frühjahr 2001, der den Castorzug über einen Tag lang aufhalten konnte, schnürte die Polizei in den folgenden Jahren den Widerstand an den Schienen so weit es ging in seiner Bewegungsfreiheit ein. Mit einer massiven "Raumdekkung" unterband sie schon das Betreten der Göhrde. An jedem größerem Waldweg wurden Polizeifahrzeuge postiert, Pferdestaffeln durchstreiften das Unterholz. Als letzter Rückzugspunkt konnte das Scheunencamp in Metzingen durchgesetzt werden. Dort, wo heute geparkt wird, standen damals Polizeifahrzeuge dicht an dicht und

machten deutlich, dass das Camp jederzeit geräumt werden könnte.
Für eine derartige Raumdeckung musste ein Großteil der Polizeikräfte aufgewandt werden. Gleichzeitig fehlten diese Einheiten an den Schienen, was einzelne, gut organisierte, Gruppen immer wieder in die Lage versetzte, an die Schienen zu kommen. Spätestens 2006 war klar, dass die Polizei diese Strategie nicht länger durchhalten konnte, und sich darauf zurück zog, neben der Schiene nur noch die zentralen Waldwege zu kontrollieren. Unbefriedigend blieb dabei aber, dass die zahlreichen Kleingruppen, die immer wieder an die Schienen gelangten, dort kaum etwas ausrichten konnten.
Vor diesem Hintergrund gab es 2008 mit der Kampagne "gemeinsam zum Zug kommen" einen ersten Versuch autonomer Gruppen die Kräfte der zahlreichen Kleingruppen an einem Ort zu bündeln. Der Erfolg waren etwa 15 Minuten Schottern und verbogene Schienen - großartig. Allen Beteiligten war jedoch bewusst, dass sich eine solche Aktion nicht einfach wiederholen ließe. Für 2010 war es notwendig mit mehr Menschen und einer ausgefeilten Strategie den sich weiterentwickelnden Polizeistrategien einen Schritt voraus zu sein.
2008 standen noch viele Menschen unentschlossen am Bahndamm und wussten nicht so recht, was sie an den Schienen ausrichten könnten. Die Kampagne Castor?Schottern! hingegen machte von Anfang an deutlich, worum es ging, und dass es keine Spezialist_innen brauchte um einzugreifen. Es war darüber hinaus richtig, den Schritt weg von der diffusen Mobilisierung nach irgendwo hin zu einem klaren Aktionsbild zu machen. Dieses Aktionsbild war der Hintergrund, vor dem sich die auch für uns absolut bemerkenswerte Entschlossenheit der Aktivist_innen an den Aktionsorten entwickeln konnte. Wir glauben, dass die Kampagne Castor?Schottern! den Impuls von 2008 in die richtige Richtung weiter entwickeln konnte.

Kräfte bündeln

Mit dem Ansatz: "Ihr bekommt nichts hin, was wir nicht schnell wieder reparieren können", war die Polizei in den vergangenen Jahren recht lückig an den Schienen aufgestellt, mit gerade so vielen Polizisten, dass sie kleine Gruppen weghauen konnten bevor diese substanziell etwas anrichten konnten. Vor diesem Hintergrund halten wir den Versuch der Kampagne Castor?Schottern! auf möglichst hohem Organisierungsniveau so viele Aktivist_innen wie möglich auf eine Stelle zu konzentrieren weiterhin für richtig. Die Tatsache, dass die Polizei durch den Einsatz aller Mittel unterhalb der Schusswaffe (Reizgas, Pferde, Wasserwerfer, Schlagstock) unseren Ansturm gerade so abwehren konnte, spricht nicht dagegen, dass dieser Versuch unternommen wurde. All jene, die jetzt ein "Kleingruppenkonzept" befürworten, seien an dieser Stelle an das Scheitern des P.A.U.L.A. Konzeptes beim G8 in Heiligendamm erinnert. So richtig damals der Versuch des Kleingruppenkonzeptes war, so deutlich wurde doch auch, dass es bedauerlicherweise zu wenige organisierte Kleingruppen gibt, die dieses Konzept aufgreifen. Wir halten das Ausweichen in dezentrale Kleingruppenkonzepte als Castor-Gesamtstrategie für ein Verharren in alten Positionen, für zu defensiv. Dies sehen wir nicht im Widerspruch zu gut organisierten, militanten Kleingruppen, die ohnehin "ihr Ding" machen. Zwei Beispiele machen dies deutlich: Die rund 150 Menschen, die abgetrennt vom Nord-Arm rund 15 Minuten vor den organisierten Fingern beim ersten Anlauf auf die Schienen kamen, trafen kaum auf Polizei und konnten dennoch substanziell kaum etwas ausrichten. Und auch die 200 gut organisierten Schotter_innen, die am Montag morgen nur 10 Minuten vor dem Castor auf die Schienen kamen, schafften es nicht, einen substantiellen Schaden anzurichten - auch wenn die Polizeikräfte vor Ort vom Auftauchen der Aktivist_innen so kurz vor dem Zug vollkommen überrascht waren. Für eine Weiterentwicklung des Schotterns sollte unserer Ansicht nach auf keinen Fall das Organisierungsniveau zurückgenommen werden. Im Gegenteil, es spricht vieles dafür, sich organisatorisch noch breiter auf zu stellen, und mit Gruppen von mindestens 500 Personen zu agieren. Wir, und viele andere auch, haben mit Schottern etwas Neues ausprobiert, vieles hat hervorragend geklappt, anderes haben wir schon wieder vergessen und verworfen, und wir haben einiges dazugelernt was wir gerne in die nächste Kampagne einbringen wollen. Denn so gut wir die Kampagne 2010 fanden, eine Kampagne 2011 muss und wird anders aussehen.
Auf bisher nicht erreichtem Niveau - gescheitert? Wir haben angekündigt ein Großes Loch machen zu wollen - wir haben es nicht geschafft. Scheitern sieht unserer Ansicht nach aber anders aus. Noch nie in den vergangenen 15 Jahren haben so viele Leute so gut vorbereitet den ernsthaften Versuch gestartet, die Schienen zu zerstören.
Dabei mag der subjektive Eindruck vom Verlauf der Aktion sehr unterschiedlich ausfallen. Während die rund 800 Menschen im ersten Finger des Süd-Armes (Violett-Grün) auf ganzer Breite in die nachrückenden Polizeieinheiten gerieten, und beim ersten Anlauf nicht einmal die Schienen sahen, kamen kaum 200 Meter weiter fast alle 500-800 Menschen des zweiten Südfingers (gelb-grün) auf die Schienen und sahen sich dort den bereits auf den Nord-Arm einprügelnden Bullen gegenüber. Nur so lässt sich die Motivation der beiden hinteren Südarme verstehen, die kaum eine halbe Stunde nach dem ersten Rückzug zu einem neuen Anlauf aufbrachen. Im Gegensatz zu den "violetten" hatten viele "gelbe" und "blaue" das Gefühl, nicht ganz fertig geworden zu sein.
Manche sagen jetzt, die Aktion sei symbolisch gewesen - mitnichten. Zwar konnte die Polizei unseren Angriff auf die Schienen abwehren, aber der Preis dafür war erheblich. Den Versuch, die Göhrde zu kontrollieren, musste die Polizei vollständig aufgeben. Jenseits der Schienen konnten wir uns frei bewegen, uns reorganisieren und erneut zum Zug kommen.
Von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang (gegen 16) ist es uns gelungen, die Polizei immer wieder an ihr Limit zu bringen. Gerade für die Abwehr des letzten Anlaufs gegen 14 mussten bereits wieder aus der Göhrde abgezogene Polizeieinheiten zurück geordert werden, und andere Einheiten mit Hubschraubern eingeflogen werden. Über die reine Strafvereitelung hinaus hatte die Polizei keine Kräfte mehr, um ihrem "Auftrag" der Strafverfolgung gerecht zu werden. Schon wegen einer einzigen Person die sich wie beim Schottern vermummt, verkleidet und sichtbar schützt, würde normalerweise in Berlin, Hamburg oder Nürnberg eine ganze Versammlung aufgelöst werden. Durch die Aktionen am Sonntag wurde jene Zeit effektiv genutzt, die bei längeren Aufenthalten des Transports sonst häufig ungenutzt verstreicht (z.B. 2001): Unverständlich ist es für uns aber weiterhin, warum nur so wenige Aktivist_innen an den Aktionen am eigentlichen Transporttag teilnahmen. Daran - und an einem vermittelbaren Straßenkonzept - sollte bei einer Neuauflage des Schotterns weitergearbeitet werden.

Sich selber schützen

Jenseits eines dunkelbunten Szene-Dresscodes hat die Kampagne für Viele den Raum aufgemacht, sich neu zu überlegen, wie sie sich gegen Polizeigewalt schützen wollen oder welche Verkleidung sie angesichts von Polizeikameras für richtig halten. Stirnlampen gegen das Filmen in der Nacht; Säcke, Isomatten und Planen gegen Schlagstöcke oder Motocross Brillen gegen die mehr als 2000 Kartuschen Pfefferspray waren das Ergebnis solcher Überlegungen. Nach den Aktionen gab es viele, die zusammenstanden und sich Gedanken machten, wie sie beim nächsten Mal oder bei an-

deren Aktionen ihren Schutz weiterentwickeln könnten. Diese gemeinsame Debatte, in der die Mittel zur Durchsetzung eines Zieles selbst bestimmt werden, in der ein selbstbestimmter Umgang mit staatlichen Gesetzen und Polizeigewalt gesucht wird, ist unserer Ansicht nach eine militante Debatte im besten Sinne, und die daraus folgende Intervention ist eine massenmilitante Aktion.
Es geht uns bei Aktionen dieser Art nicht nur um ein Ziel, dass beispielsweise in Minuten stehendem Castor oder in Kubikmeter bewegtem Schotter gemessen werden kann, sondern auch um den Prozess, der zur Intervention führt, und um die Frage, ob uns dieser Prozess einer emanzipatorischen Gesellschaft näher bringt oder nicht.
Wir hoffen, dass viele Leute das Erlebte als motivierend empfinden und sich nicht von den Bullen abschrecken lassen. Wir hatten im Vorfeld mit einem solch brutalem Agieren der Bullen gerechnet, aber auch gehofft, dass wir größere Lücken finden würden. Auch wenn Teile des Bündnisses die Konfrontation mit den Bullen etwas kleingeredet haben, glauben wir, dass niemand völlig überrascht einem knüppelndem Bullen gegenüber stand, und es genügend Bewegungsfreiheit gab um zu gehen wenn es eineR zu viel wurde. Ein Großteil der Aktivist_innen aus dem Süden entschloss sich aber trotz der Bullenpräsenz es gegen Mittag an einem anderen Ort noch einmal zu versuchen. Schön war während des Tages der kollektive Lernprozess Aller, wodurch es gerade am zweiten Ort über längere Zeit immer wieder gelang, auf die Schienen zu kommen.

Trainings

In diesem Zusammenhang fanden wir es eine besondere Qualität der Kampagne, dass schon im Vorfeld durch zahlreiche Trainings die Möglichkeit bestand, miteinander ins Gespräch zu kommen, Dinge für sich selbst zu klären und sich gemeinsam zu organisieren. Dies trifft sicherlich nicht auf alle 4000 Leute zu, die an der Aktion teilgenommen haben, aber grob überschlagen haben zwischen 800 und 1000 Leute während der Kampagne und in den Camps an den Trainings teilgenommen. Unserer Ansicht nach machte dies einen großen Teil der Entschlossenheit in der Aktion aus, auch wenn die Qualität der Polizeigewalt am oberen Ende dessen war, womit wir gerechnet haben. Für eine Weiterentwicklung der Kampagne Castor?Schottern! würden wir uns wünschen, dass schon viel früher mit diesem Selbstorganisationsprozess begonnen wird, dass sich Finger eventuell in lokalen und regionalen Bündnissen organisieren und nicht nur über bereits bestehende Organisationen und Gruppen.

Aktionsbild

Neben den Trainings fanden wir das Aktionsbild hilfreich, denn es bot für alle einen Rahmen in dem mensch mit einiger Sicherheit agieren konnte, und in dem klar beschrieben wurde worum es in der Aktion geht. So wurde verhindert dass viele wie noch bei "zum Zug kommen" (2008) überrascht am Bahndamm stehen bleiben, weil keine Klarheit darüber besteht, was denn am Gleis passieren würde.
Die Aktionsform "Schottern" war dabei das richtige Konfrontationsniveau, denn Tausende, auch jene, die dann an der Aktion nicht Teil genommen haben, und auch in anderen Bewegungsteilen konnten sich spontan etwas unter dieser Aktionsform vorstellen, sie vermittelt sich unmittelbar. In diesem Sinne war das Schottern eine Propaganda der Tat, hieß Schottern "die Dinge in die Hand zu nehmen" und bedurfte keiner weiteren Erläuterung. Schottern ist die unmittelbarste Umsetzung des Leitspruchs "Atomausstieg ist Handarbeit" und dieser wiederum die klarste Absage an eine parteienvermittelte Anti-Atompolitik. Einigen waren die Flyer und Plakate inhaltlich zu dünn, wir denken jedoch, dass die direkte Aktion und das Label mehr aussagen konnten als viele Seiten beschriebenes Papier (was keine Absage an Theoriearbeit sein soll!)

Vorsicht gefährliche Strömungen

Castor?Schottern! war neben allem Anderen auch ein mutiges Experiment, bei dem autonome Gruppen und die Strukturen der interventionistischen Linken (IL) versuchten, die sie trennenden Erfahrungen aus dem Widerstand gegen den G8 Gipfel 2007 zu überwinden. Für die IL hieß dies, sich einem wesentlich offensiveren Aktionsverlauf, einer aktiv geschützten Massensabotage, zu nähern; für autonome Gruppen das Einlassen auf ein Aktionsbild, dass in autonomen Strukturen probate Aktionsformen ausschließt. Nach dem monatelangen Ringen um das Aktionsbild können wir festhalten, dass es sich in der Aktion bewährt hat. Wir denken weiterhin, dass Steine werfen in der Situation nicht wesentlich weitergeholfen hätte, wohl aber das Risiko für Verletzte auf unserer Seite deutlich erhöht hätte. Wir wollen uns gar nicht prinzipiell gegen einzelne Aktionsformen aussprechen, denken aber, dass sich die Mittel dem politischen Ziel anzupassen haben. Eine Diskussion, die innerhalb der autonomen Linken leider viel zu selten geführt wird.
Darüber, ob das "interkulturelle Bündnis" mit der IL ein Erfolg war, gehen in autonomen Kreisen die Meinungen auseinander. Wir fanden die Kampagne insgesamt und die Zusammenarbeit in der Aktion einen großen Schritt nach vorn, auch wenn die Fallstricke einer offensiven Öffentlichkeitsarbeit sehr aufmerksam zu beachten sind.

Jenseits der Aktion - diskursiver Geländegewinn - vom Protest zum Widerstand

Erinnern wir uns an das Frühjahr 2010: mehr als 120.000 Menschen nehmen sich am Tschernobyl-Jahrestag an die Hand, um gegen Atomanlagen zu demonstrieren. Eine Menschenkette von Brokdorf über Brunsbüttel nach Krümmel entsteht und stellt den größten Massenprotest der letzten zwanzig Jahre gegen Atomanlagen dar. Doch neben dem Anlass, dem Tschernobyl-Jahrestag, geht beim Händchenhalten mit Grünen und SPD vollkommen verloren, wer den Weiterbetrieb der Atomanlagen zwischen 1998 und 2006 organisiert hat und mit welchem Engagement die Grünen die Stilllegung der Anti-Atom-Bewegung betrieben haben als sie an der Regierung waren. Nach dem Sommer der Menschenketten und Großdemonstrationen, war die Kampagne Castor?Schottern! sicherlich ein wichtiges Element, das dafür gesorgt hat, dass durch den Castorwiderstand das Atomthema nicht vollkommen von den Grünen absorbiert werden konnte, dass dem Protest der Widerstand folgte. So musste sich Jürgen Trittin im NDR die Frage gefallen lassen, ob er denn nun mitschottere. Dass einem Parteivorsitzenden in einem öffentlich-rechtlichen Sender eine solche Frage gestellt werden konnte, macht den "diskursiven Geländegewinn" deutlich, den die Kampagne erreicht hat. Weit über die Kampagne hinaus fand Castor?Schottern! große Sympathien und viele Menschen, die sich bis dato einfach nur hingesetzt hatten, sahen für sich eine Option einen Schritt weiter zu gehen. So sehr sich die etablierten Parteien und die Polizei auch bemühten, eine Kriminalisierung und Delegitimierung der Kampagne gelang ihnen nicht. Stattdessen wurde das vielfach schon verkrustete Castorritual aufgebrochen und neue Interventionsräume geschaffen. Widersetzen, die dezentralen Trekkerblockaden und das Schottern, um nur einige zu nennen, haben eine bunte und unkontrollierbare Gemengelage entstehen lassen, die vielen vor Augen führte, dass der Transport technisch vielleicht machbar, politisch aber nicht durchsetzbar ist.

Anti-Atom-Büro Hamburg

Rote Flora im März



Fr 04.03. 20 Uhr
Subculture Fest
Narcolaptic + Korall + An-Archia + Goodbye Fairground

Sa 05.03. 21 Uhr
„Ü-30-Party“ mit: das Massenkaraoke "Jetzt alle singen"
Runter vom Sofa, rein in die Flora
DJanes: papp records sans barfuß entertainment & subte#1
mash up hop francais pop punk electro soul
DJ faux pas classic-modern soul/top pop/indie- electro pop
& Tischtennisfloor

Do 10.03. 19 Uhr
Theater
Marionetten-Theater
Krabat

Sa 12.03. 22Uhr
Party mit Konzert
Soli für das Infomobil Sportallee

Regelmässige Termine in der Flora

Montag:
Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr) - Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr
Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr - Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007) -
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr
Jeden 15. im Monat Autonome VV 19.30 Uhr